

READER GEFÄNGNISSELSORGE

Blick' (nicht) zurück im Zorn
Gefängnisseelsorge im Prozeß
des Zusammenwachsens
von Ost und West

VORTRÄGE VON

Dr. Helga Einsele/Frankfurt a.M.

Frank Hiekel/Dresden

Dr. Hans-Joachim Maaz/Halle

Monika Seifert/Frankfurt a.M.

BIBELARBEITEN VON

Ruth Misselwitz/Berlin (Ost)

Wolfgang See/Berlin (West)

BEITRÄGE VON

David Gilman/London

Walter Hoffmann/Regensberg, Schweiz



Heft 6 / 1996

Herausgegeben von Manfred Lösch

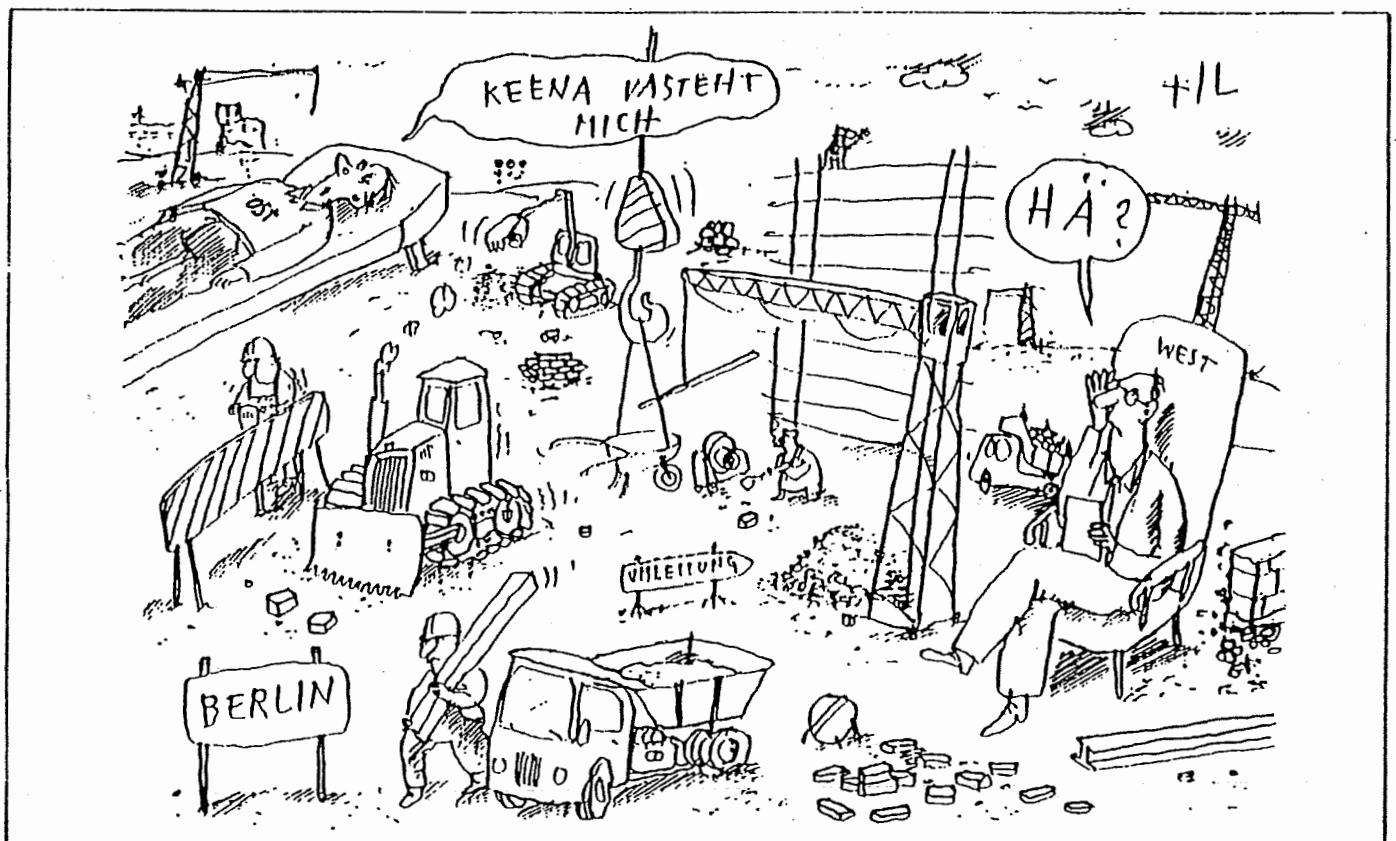
Beauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland für
Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten
im Selbstverlag der

Evangelischen Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland

Geschäftsstelle: D 10117 Berlin, Auguststraße 80, Tel.: (030) 28395-119 * Fax.: (030) 28395-180

INHALT

VORWORT	3
GRUSSWORTE	
Traugott Simon/Landsberg	5
Johannes Drews/Brandenburg	8
VORTRÄGE	
Dr. Helga Einsele/Frankfurt a.M.	10
Vollzugsziele und -praxis in der BRD/DDR	
Frank Hiekel/Dresden	25
Vollzugsziele und -praxis in der DDR	
Dr. Hans-Joachim Maaz/Halle	38
Sozialisationsbedingungen in Ost- und Westdeutschland und ihre Folgen im Vereinigungsprozeß	
Monika Seifert/Frankfurt a.M.	44
Sozialisationsbedingungen in der "alten" Bundesrepublik - Impulse der Achtundsechziger	
BIBELARBEITEN	
Ruth Misselwitz/Berlin (Ost)	49
Bibelarbeit zu Lukas 7, 36-50	
Wolfgang See/Berlin (West)	57
Bibelarbeit zu Markus 8, 27-30	
BEITRÄGE	
David Gillman, London	69
Blick' zurück, nicht im Zorn	
Walter Hoffmann/Regensburg (Schweiz)	75
Sechs Monate Bautzen Bericht über einen Studienurlaub	
ANHANG	89
Programm der Jahrestagung 1995	
Votum zur Abschiebehaft und zur besonderen Situation ausländischer Strafgefangener vom 11. Mai 1995	
Werkstattgottesdienst, 12. Mai 1995	
Literaturhinweise	



Diese Karikatur machte während der Jahrestagung die Runde. Ihre Herkunft ist leider unbekannt.

VORWORT

Fünf Jahre hat es gebraucht, bis die Evangelische Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft im Osten Deutschlands und dem darauf folgenden Einigungsvertrag zum ersten Mal eine Jahrestagung in Ostdeutschland abhalten konnte.

Auch daran ist abzulesen, daß "die Wende" ein schwieriges, schwerfälliges Manöver ist, das Zeit, Geduld und viel Fingerspitzengefühl und Augenmaß verlangt. Wo es daran fehlt - so habe ich schon in der Fahrschule gelernt - geht der Karren leicht gegen die Wand oder gerät ins Schleudern.

Sehr schnell haben ab Herbst 1989 in der Gefängnisseelsorge die "Alten" die "Neuen" unter die Fittiche genommen und die "Neuen" bei den "Alten" Anschluß und Unterstützung gesucht. Dabei hat es auch hier sicherlich gelegentlich die Versuchung gegeben, einerseits zu vereinnahmen und andererseits sich vorschnell anzupassen. Insgesamt aber ist das Bewußtsein dafür, daß sorgfältig aufeinander und auf die jeweils unterschiedlichen Erfahrungshintergründe und Gegebenheiten zu achten ist, nicht verlorengegangen, sondern eher noch gewachsen.

Kontakte zwischen Gefängnisseelsorgern in der BRD und in der DDR gab es - natürlich nicht offiziell - auch schon vor dem Herbst 1989. Hier in der Berliner Auguststraße, wo vor der Außenstelle der EKD das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR untergebracht war, gab es jährliche Zusammenkünfte ausgewählter Kollegen aus Ost und West, durch die beide Seiten mehr voneinander wußten als offiziell bekannt.

Im Jahr 1988 durften sogar erstmals zwei mit der Gefängnisseelsorge beauftragte Theologen aus der DDR an einer europäischen Konferenz von Gefängnisseelsorgern und Gefängnisseelsorgerinnen in Espoo bei Helsinki teilnehmen: Oberkirchenrat Siegfried Schulze aus Dessau und Propst Hannes Urmoneit aus Magdeburg.

Mich hat damals sehr beeindruckt, wie tief bewegt beide die Konferenz und vor allem eine anschließende kleine Rundreise mit Besuchen in Strafvollzugs- und Straffälligenhilfe-Einrichtungen erlebten. In den gemeinsamen Tagen in Finnland wurde mir damals erst so richtig deutlich, wie weit entfernt voneinander die Praxis der Gefängnisseelsorge in den beiden deutschen Staaten war. Für mich als Gefängnisseelsorger im Westteil Berlins war es selbstverständlich, mit Gefangenen und Bediensteten das offene, unüberwachte Gespräch zu suchen - für die Kollegen aus der DDR war es eine absolut neue, aufregende Erfahrung.

Inzwischen gilt im vereinten Deutschland das gleiche Strafvollzugsrecht. Und doch ist vieles anders im Osten und im Westen. Es gibt eben unterschiedliche "Altlasten", unterschiedliche Blickwinkel und Sichtweisen, unterschiedliche Herausforderungen und Probleme. Ihnen auf die Spur zu kommen im Interesse einer gemeinsamen Theoriebildung und der praktischen Zusammenarbeit, war das Anliegen der Jahrestagung 1995 im Evangelischen Stift in Reinhardsbrunn/Thüringen.

Die Beiträge dieser Tagung, die alle zunächst nur als Tonbandmitschnitte verfügbar waren, werden hier dokumentiert. Sie sind in Zusammenarbeit zwischen Verfassern und Herausgeber gründlich bearbeitet, z.T. sogar völlig neu zu Papier gebracht worden.

Ergänzt werden die Vorträge und Bibelarbeiten durch das Eröffnungsvotum des Vorsitzenden der Konferenz und das Grußwort des Vertreters der katholischen Schwesterkonferenz, durch ausgewählte Tagungsunterlagen und zwei "Fundsachen", die den Prozeß des Zusammenwachsens aus dem Blickwinkel europäischer Nachbarn beobachten und beschreiben.

Mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers der englischen Zeitschrift für Gefängnis-seelsorge *newlife* hat Reinhold Trott den Bericht von David Gillman aus London über seine Eindrücke von der Jahrestagung ("Look Back Not in Anger", *newlife*, issue 12/1995) für R GS übersetzt.

Mit besonderer Freude habe ich eine leicht gekürzte Fassung des Berichtes eines Schweizer Kollegen aufgenommen. Pfarrer Walter Hoffmann, der seit vielen Jahren fast regelmäßig als Gast an den Jahrestagungen der evangelischen Gefängnis-seelsorge in Deutschland teilgenommen hat, arbeitete für volle sechs Monate von Oktober 1993 bis März 1994 als Anstaltsseelsorger in der JVA Bautzen im Freistaat Sachsen mit. Ungeschminkt beschreibt er seine Eindrücke von Kirche und Strafvollzug in einem Teil Deutschlands nach der Wende.

Umfangreicher als bisher ist dieses Heft geworden. Aber wie gesagt: Das Manöver "Wende" beansprucht Geduld - beim Zuhören und auch beim Lesen!

Berlin, im März 1996

Manfred Gier

ICH DENKE AN DIE FRÜHEREN ZEITEN
EINSTIMMUNG AUF DAS THEMA DER TAGUNG

Traugott Simon, Landsberg

Wir eröffnen unsere Tagung an einem geschichtsträchtigen Datum: 8. Mai 1995. Heute vor fünfzig Jahren war der zweite Weltkrieg zu Ende. Alles, was wir auf unserer Tagung analysieren und besprechen werden über die unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten, die sich anschließend bildeten, steht unter diesem Vorzeichen. Ohne den zweiten Weltkrieg, den Deutschland vom Zaun brach, müßten wir jetzt nicht darüber reden.

Die jüngste Vergangenheit, die unser Thema sein wird und die wir im Zorn und hoffentlich auch ohne Zorn betrachten werden, wurzelt in dieser älteren Vergangenheit, die zum 8. Mai 1945 führte. In welchem Geist werden wir uns diesen Vergangenheiten stellen? Ich schlage vor, es im Geist des letzten der sieben kirchlichen Bußpsalmen zu tun.

Im Psalm 143 heißt es:

*Ich denke an die früheren Zeiten;
Ich sinne nach über alle deine Taten (o Jahwe)
und spreche von den Werken deiner Hände." (V.5)*

Nicht, daß wir die Verantwortung von uns Menschen, sei's damals vor 1945, sei's heute, sei's im Osten, sei's im Westen, wegschieben oder gar verschweigen dürfen. Obwohl der Beter des 143. Psalms auf "bessere Zeiten" zurückblickt, ist es ein Gebet menschlicher Selbstbesinnung. Gleich am Anfang bittet er:

*"Um deiner Bündnistreue willen erhöre mich -
und geh nicht ins Gericht mit deinem Knecht;
denn vor dir ist kein Lebendiger gerecht."*

Solche Sätze entziehen aller Selbstgerechtigkeit den Boden. Auch im Rückblick auf die vergangenen fünfzig Jahre werden wir nicht darum herumkommen, von menschlicher Schuld zu sprechen und menschliches Versagen klar zu benennen. Wenn unser geschichtlicher Rückblick aber im Geiste jenes 143. Psalms geschieht, werden wir auch Spuren der Bündnistreue Gottes entdecken. Durch Gericht und Gnade, durch Niederlage und Befreiung, durch Katastrophe und Neuanfang hindurch hält Gott seiner Menschheit die Treue. Der treue Gott hat - ich kann's nicht festlegen, wie - seine Hände in unserem Spiel.

Ich bitte Sie darum, daß wir in diesen Tagen diese Spur nicht aus dem Auge verlieren. Dann wird es uns auch leichter fallen, daß hier in Reinhardsbrunn Wessis und Ossis, Ossis und Wessis, auch: östliche Europäer und westliche Europäer, aufeinander hören und voneinander lernen.

Denn darum wird es nun in diesen Tagen in erster Linie gehen: daß wir aufeinander hören und voneinander lernen.

Jüdische und andere Überlebende aus den Konzentrationslagern haben in den vergangenen Wochen immer wieder betont, sie empfänden es als eine wichtige Aufgabe, die Erinnerung wachzuhalten und zwar um der Gegenwart willen, damit sich das Unheil nicht wiederholt. Sie empfänden die Pflicht des Erzählens so sagten viele und so kamen sie nun nach fünfzig Jahren zu den Gedenkfeiern und vor allem auch in deutsche Schulen, um einfach von damals zu erzählen.

So sollten wir es auch miteinander halten. Wir sollten im Rückblick auf die Zeit nach 1945 vor allem einander erzählen. Auch wir sollten der Pflicht des Erzählens nachkommen, solange wir noch erzählen können.

Der Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, hat in einem Interview mit dem Deutschen Sonntagsblatt (31.3.1995) unter anderem gesagt: "Wir müssen uns in Ost und West die Erfahrungen aus der je anderen Lebenswelt gegenseitig zumuten, dann gewinnen wir auch mehr Geduld miteinander."

Ja, Geduld werden wir brauchen, nicht nur in diesen Tagen, sondern noch über längere Zeit hin, Geduld auch miteinander und füreinander. Wir verwenden oft dieselben Worte, meinen damit aber etwas Verschiedenes. Auch die Worte haben eine unterschiedliche Geschichte und so reden wir oft aneinander vorbei. Ich hoffe, daß wir auch im Blick auf unsere gemeinsame und doch unterschiedliche Sprache zu Klärungen kommen.

Zu Geduld gehört auch, daß wir Streit aushalten. Wir im Westen z.B. haben in den 70er Jahren oft gestritten, daß die Fetzen geflogen sind. Wenn es dabei wirklich um die Sache gegangen ist, waren unsere Erfahrungen mit dem Streiten überwiegend positiv.

Und Ihr im Osten habt in zäher Geduld beharrlich die Sprachregelungen der damals Herrschenden hinterfragt, wenn Ihr Euch versammelt habt, um die Freiheit des Denkens und Handelns zu erstreiten. Das werdet Ihr hoffentlich auch unter den neuen Machtverhältnissen einbringen.

Wenn wir an die "früheren Zeiten" denken, dann muß es uns um die Opfer gehen, um die damaligen Opfer. Vor allem aber geht es dabei auch um unsere eigene Gegenwart. Wollen

wir unsere Gegenwart verstehen und ihr gerecht werden, müssen wir über die Vergangenheit sprechen, besser vielleicht: die Vergangenheit nacherzählen. Das wird auch der beste Schutz davor sein, daß wir dieselben Fehler noch einmal wiederholen. Immer, wenn wir heute an das Kriegsende denken und immer, wenn wir über die Jahrzehnte danach sprechen, wird es deshalb auch zum Beispiel um unseren heutigen Umgang mit den Asylsuchenden gehen müssen. Wir werden sprechen müssen über die Tatsache, daß wir sie fast alle abschieben, und über die Art, wie wir sie abschieben. Ein Beschlußantrag zu diesem Thema ist der Mitgliederversammlung aus Hessen vorgelegt worden.*

Es ist unerträglich, wenn wir voller nachträglicher Reue alte Schuld und alte Versäumnisse bekennen, und zugleich wieder Menschen sehenden Auges in Folter und Tod schicken. Weil wir von Gottes Bündnistreue leben, ist nun unsere eigene Bündnistreue Gott gegenüber und damit auch anderen Menschen gegenüber eingefordert.

Mit diesen Gedanken eröffne ich unsere diesjährige Jahrestagung.

* Das von der Mitgliederversammlung am 11. Mai 1995 beschlossene Votum ist im Anhang abgedruckt.

GRUSSWORT DER KATHOLISCHEN KONFERENZ*

Johannes Drews, Brandenburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Gefängnisseelsorge, sehr verehrte Gäste!

Ich freue mich, Ihnen die Grüße der katholischen Konferenz für Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten überbringen zu dürfen, insbesondere unseres Vorsitzenden Josef Rüssmann, der uns in diesen Tagen auf der Konferenz der Anstaltsseelsorger vertritt...

Am 27. April jährte sich der 50. Jahrestag der Befreiung des Zuchthauses Brandenburg. Erlauben Sie mir, der vielen Opfer zu gedenken und einen Rückblick in die wechselvolle Geschichte der JVA Brandenburg zu versuchen.

1927 begann man mit dem Bau des damals modernsten und sichersten Zuchthauses Europas. Es war geplant als eine Art "Musteranstalt", in welcher der Erziehungsgedanke eine große Rolle spielen sollte.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderten sich Name und Charakter der Anstalt. Vom 1. August 1940 bis zum 20. April 1945 wurden in Brandenburg 2.743 Menschen aus 19 Nationen hingerichtet, davon 1.722 aus politischen Gründen.

Die politischen Gefangenen, Menschen aller Schichten - Arbeiter und Angestellte, Ingenieure, Ärzte, Polizeibeamte und Künstler, Offiziere und Geistliche (wie Franz Jaegerstätter und Josef Metzger) - und aus vielen Ländern - sowjetische Soldaten, Polen, Tschechoslowaken, Franzosen, Belgier, Holländer u.a. - haben ihr Leben gegeben für die Freiheit des Gewissens, für die Achtung der Menschenwürde und für die Freiheit der Völker Europas.

Im Juni 1950 übernahm die Hauptverwaltung Strafvollzug der Deutschen Volkspolizei die Einrichtung. Ab diesem Zeitpunkt wird es schwierig, genaue Angaben zu machen, denn Strafvollzug war ein absolutes Tabuthema. Massenverhaftungen und systematische Folter, insbesondere durch das MfS, waren hier keine Ausnahme.

Im Durchschnitt war die Strafvollzugsanstalt mit ca. 3000 Gefangenen völlig überbelegt. Die DDR-Regierung mußte immer wieder Amnestien aussprechen, um ihre Gefangenen unterbringen zu können. Das Grundprinzip war Disziplinierung und Gehorsamserziehung der Gefangenen.

* Das Grußwort wurde für den Druck geringfügig gekürzt.

Während der ganzen DDR-Geschichte saßen in Brandenburg kriminelle und politische Gefangene. Kriminelle wurden von der offiziellen Staatssicht her auch als Politische gesehen. Sie entsprachen nicht der angestrebten "Sozialistischen Persönlichkeit". Politische Gefangene galten als Kriminelle, weil sie Sympathisanten der bürgerlichen Gesellschaft (BRD) waren oder Kritiker des Systems, also Staatsfeinde - Kriminelle.

Außerdem gab es auch solche Delikte wie "Arbeitsbummelei", die ins Gefängnis führten. Jedes Verhalten bzw. Vergehen wurde gesellschaftspolitisch eingestuft. Neben den willkürlichen Maßnahmen des Vollzugs nach sowjetischem Muster gab es eine andere Macht, die Stasi, welche die ganze Anstalt beherrschte. Von Offizieren über Erzieher und Schließer bis zu angeheuerteten Gefangenen gab es ein engmaschiges Netz, das bis in jede Zelle hinein alles überwachte und entsprechend den politischen Interessen handelte. Die unmenschlichen Methoden werden weitestgehend im Dunkeln bleiben.

Zu Ihrem Tagungsthema: "Blick (nicht) zurück im Zorn":

Ich möchte sagen: Blick zurück im Zorn!

Vergiß nicht die Greuelthaten der Diktatur des Nationalsozialismus und die Unmenschlichkeit der Diktatur des Proletariats bei aller zu differenzierenden (!) Unterschiedlichkeit! In beiden Systemen galt der einzelne Mensch nichts. Der Staat war allein an dem Nutzen interessiert, den ein Mensch einbringen konnte. Ziel war ideologische Vereinnahmung und absolute Beherrschung.

Blick zurück im Zorn, wo die Menschenwürde mit Füßen getreten wurde, wo die Freiheit nichts galt.

Aber "Blick *nicht* zurück im Zorn" auf die Täter!

Denn wer ist sicher vor Verblendung, vor dem Gefangensein in einem System, in einem Denkschema? Wer weiß um die Ängste und Zweifel, die persönliche Geschichte und die wirklichen Absichten von Menschen? Darum seid kritisch und aufmerksam bei der Übergabe von Verantwortung, aber verurteilt nicht!

Gefängnis ist auch heute ein Ort des Leidens. Eingesperrt sein heißt: Ausgegrenzt sein, Verlust von Beziehungen, Angewiesensein und Ausgeliefertsein auf die Entscheidungen anderer über mich. Die Länge der Haft u.a. bedeuten Lebensminderung und machen nicht selten lebensunfähig. Deshalb möchte ich uns erinnern, in die Pflicht nehmen, aufmerksam zu sein, wo Menschenwürde verletzt wird und wo Recht gebeugt wird, wo Ausländer oder andere Gruppen diskriminiert werden.

Gegen solche Maßnahmen müssen wir verantwortlich Widerstand leisten und alle, die sich hilfesuchend an uns wenden begleiten.

Ich wünsche Ihnen eine gute Konferenz.

VOLLZUGSZIELE UND -PRAXIS IN DER BRD / DDR

Dr. Helga Einsele, Frankfurt a.M.

Ein so gesellschaftsrelevantes Thema wie Strafvollzug kann m.E. grundsätzlich nur im Kontext von geschichtlichen Allgemeinereignissen und justizieller Entwicklung angegangen werden. Das gilt für heute und hier noch mehr, weil im Grunde es hier ja darauf ankommen soll, zwei Systeme, die sich auseinander entwickelt haben, zu betrachten, um ihre Berührungspunkte oder Gegensätze eventuell herausarbeiten zu können. Deshalb habe ich meinen Bericht ein bißchen allgemeiner und breiter aufgefaßt und gehe aus von der allgemeinen Entwicklung seit der Zeit, als die beiden Systeme auseinanderwuchsen, also seit 1945, und hoffe, daß das auch meinem Korreferenten, entspricht. Wir haben das am Telefon hoffentlich einigermaßen schlüssig festgestellt. Gegensatzprobleme, die Sie mit dem Strafvollzug haben, sollten dann m.E. mehr den Diskussionen überlassen werden. Davon verstehen Sie wahrscheinlich mehr als ich, weil ich ja doch schon eine ganze Weile nicht mehr im Strafvollzug tätig bin, während Sie das sind und Ihre Probleme mit diesem System natürlich haben.

Zunächst also zur allgemeinen politischen Entwicklung im Westen seit 1945. Aber darüber können wir natürlich nicht sprechen, ohne einen Blick auch auf die Zeit vorher zu werfen, auf das nationalsozialistische System, aus dem wir beide ja herausgewachsen sind. Wahrscheinlich ist uns allen nach 1945 zunehmend klarer geworden, daß der Nationalsozialismus nicht ein "Betriebsunfall" der deutschen Geschichte gewesen ist, herbeigeführt von einer Masse von Verbrechern, sondern daß er tiefer in der deutschen Geschichte und in der deutschen Tradition verwurzelt ist. Und das ist ernst, weil da auch noch Wurzeln für das liegen, was wir heute wieder heraufkommen spüren, wovor wir Angst haben.

Die Hauptprobleme des letzten Jahrhunderts waren m.E. die, daß in Deutschland eine verspätete Entwicklung aus dem Feudalismus in eine moderne Industriegesellschaft stattgefunden hat, die ja von sich aus gewisse demokratische Tendenzen bedingt. Das haben wir verschlafen. Wir hatten infolgedessen auch eine nur halbherzige Rezeption der Aufklärung. Wir haben in gewisser Weise an einem romantisch-feudalistischen Vorstellungsbrei festgehalten, der seine Wurzeln im Untertanengeist vor Fürstenherrschaft hatte. Daran konnte der Nationalsozialismus anknüpfen, als er in der großen Weltdepression der dreißiger Jahre die verzweifelte deutschen Massen zu seinem diktatorischen System verführt hat. Die Folgen des Nationalsozialismus: Krieg, Verelendung ganz Europas, Holocaust, Besetzung usw. Alles das hat bei fast allen zunächst einmal zu einem scharfen antifaschistischen Schock geführt. Die Entwicklung eines wirklich demokratischen Bewußtseins daraus ist eine sehr viel

langsamere und wichtigere, und die ist m.E. immer noch nicht voll abgeschlossen. Kriegsmüde, verzweifelt waren wir alle, als am 8. Mai 1945 diejenigen sich trennten, die diesen Tag als Befreiung und diejenigen, die ihn vor allen Dingen als Niederlage empfunden haben. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, daß da zwei Vorstellungen verschieden geblieben sind.

Zunächst einmal zu den Fakten. Anfangs hatten wir vier Zonen in Deutschland, die von den Siegermächten in Jalta festgelegt worden waren. Ziemlich bald schon hatten wir nur noch zwei Zonen, als der Kalte Krieg schon unsere Geschichte zu bestimmen begann, der uns dann ja viele, viele Jahre im Griff gehalten hat. Die Entnazifizierung geriet in die Hände der Alliierten und war da nicht besonders gut aufgehoben, denn sie wurde schon relativ rasch mit dem Problem der Wiederbewaffnung verbunden. Die Deutschen wurden gebraucht für den Kalten Krieg. Mir ist unvergeßlich, wie mir bei der Besetzung meines Hauses am 6. Mai 1945 junge amerikanische Offiziere schon erzählt haben, daß sie am liebsten gleich mit den Deutschen weiter gen Osten marschieren würden, gegen die Russen. Das war also im amerikanischen Heer schon eine Vorstellung.

Ost und West drifteten dann mehr und mehr auseinander. Ich habe vor allem die amerikanische Zone erlebt und meine Erfahrungen, die ich persönlich gemacht habe, stammen im wesentlichen von daher. Kurze Zeit gab es dort die Vorstellung vom sogenannten Morgenthau-Plan, der Deutschland in einem Agrarzustand halten und verhindern wollte, daß da noch einmal eine mächtige Industrienation entstehen könne. Aber sehr rasch wurden diese Vorstellungen abgelöst durch die Hilfe, die der Marshall-Plan dem Westen angedeihen ließ. Das dürfen wir nie vergessen. Wir haben Hilfe erhalten beim Wiederaufbau, während die Reparationen von der Ostseite bezahlt worden sind an die Nation, die in diesem Krieg am meisten - nächst den Polen wahrscheinlich - am schrecklichsten draufgezahlt hat: eben an die Russen. Das hat der Osten getragen, das war dessen Ausgangsposition. Wir dürfen vielleicht in diesem Kontext auch nicht vergessen, daß in Westdeutschland es vor allen Dingen die Arbeiterschaft gewesen ist, die durch ihren Kampf, durch ihre Streikmaßnahmen verhindert hat, daß die noch bestehenden westlichen Industrieteile abgebaut und nach England und Frankreich transferiert worden sind. Auch dieser Gruppe verdanken wir viel. Die Währungsunion war dann schon etwas, was in Ost und West getrennt vor sich ging. Bei uns am 21. Juni 1948, in der DDR am 24., wenige Tage später. Und an diesem Tag begann die Berliner Blockade, die ja im wesentlichen, vor allem in ihren Lasten, von den Alliierten getragen wurde. Und als die Blockade im Mai 1949 endete, da hatten wir bald darauf die große Freude, das Fest der Verabschiedung der westlichen Verfassung, die Westdeutschland zu einem demokratischen, sozialen Rechtsstaat gemacht hat.

Die Entnazifizierung geriet vor allen Dingen in die Hände der Alliierten und hat damit eine frühe Aufarbeitung der Vergangenheit bei den Deutschen behindert. Genauso wie die Besatzung - das habe ich sogar dem BBC mal erzählt - verhindert hat, daß in Westdeutschland eine stärker sozialistisch ausgerichtete Regierung gebildet werden konnte. Es gab eine Menge von Vorstellungen, die aus der Weimarer Zeit zurückgekommen waren, daß Westdeutschland sozialistischer werden müsse, als es nach der Verfassung war, also daß z.B. Eigentum stärker gebunden werden müsse usw. Diese Entwicklung ist im wesentlichen von den Alliierten unterbunden worden. Aber Sie wissen vielleicht noch- zumindest die Älteren von Ihnen -, daß das Ahlener Programm der CDU damals, in der Leute wie Eugen Kogon, Walter Dirks und Jakob Kaiser tätig waren, heute manchen Sozialdemokraten erstaunen würde.

Das war die Entwicklung im Westen. Es gab einen Alfred Weber, Bruder von Max Weber, ein berühmter Liberaler, der damals gesagt hat: "Deutschland wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein." Und ein Mann wie Gustav Radbruch, der sozialdemokratischer Justizminister in der Weimarer Zeit gewesen war, war vorübergehend Mitglied der CDU. Das zeigt Ihnen ungefähr das damalige Klima in dieser Partei, die sich dann anders entwickelt hat. Es wurden ja alle Deutschen gebraucht, es wurden auch Globkes, Flicks und die IG Farben wieder gebraucht.

Es gab, und auch das haben wir erst mit der Zeit erfahren, sehr viel mehr Widerstand in Deutschland, als wir zunächst wahrgenommen hatten. Da war vor allen Dingen der absolut geheime und auch später geheim gebliebene Widerstand derer, die unter Todesgefahr Menschen zu retten versucht hatten, versteckt hatten. Der nach außen sichtbare Widerstand wurde vor allem und zunächst von der deutschen Linken geleistet, von den Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Kommunisten und liberalen Christen, die als erste in die Konzentrationslager - damals wurde der Name Dachau bekannt - hineingegangen sind. Sie haben den größten Blutzoll geleistet, viel mehr als der dann später von rechts (aber nicht nur von rechts) kommende Widerstand des 20. Juli, der ja auch Leute umfaßt hat, die ursprünglich mal durchaus den Nationalsozialismus begrüßt hatten. Aber das hat lange Zeit in Deutschland das Bild des Widerstandes geprägt. Bis wir dann langsam dahinterkamen, wieviel breiter dieser und der erste Widerstand gewesen ist.

Ein Teil der Deutschen ist damals emigriert. Das war vor allem die deutsche Linke. Man hat sie später nicht leidenschaftlich zurückgerufen. Das dürfen wir nicht vergessen. Man hat ihnen nicht den Weg hierher zurück bereitet. Und diejenigen, die wiederkamen, sind hier zum Teil als Drückeberger und Feiglinge diffamiert worden. Sie erinnern sich an die Kampagnen gegen Willy Brandt und gegen Fritz Bauer, Generalstaatsanwalt in Hessen. Wissenschaftler und Künstler sind zum großen Teil nicht wiedergekommen. Die waren nicht auf die deutsche

Sprache angewiesen, und sie hatten sich im Ausland eingefunden, während diejenigen, die es mit der deutschen Sprache vor allen Dingen zu tun hatten, wie Schriftsteller, gerne wiederkommen wollten. Zurück geblieben sind trotzdem Feuchtwanger, Unruh, Remarque. Andere sind zurückgekommen aus USA, sind aber zum Teil lieber in die Schweiz gegangen als nach Westdeutschland, wie etwa Thomas Mann, Hermann Hesse, Carl Zuckmayer und Robert Neumann. Andere gingen in die DDR, weil sie hofften, daß dort ein sozialistisches System entwickelt würde. Das waren u.a. Stefan Heym, Bert Brecht, Arnold Zweig, Anna Seghers, Ernst Bloch und Hanns Meyer. Einige endeten durch Selbstmord - Kurt Tucholsky, Walter Benjamin, Stefan Zweig und Ernst Toller. Aufs Ganze gesehen hat der deutsche Geist damals einen Blutzoll geleistet, der uns heute noch belastet.

Die Deserteure werden auch heute noch nicht wieder akzeptiert. Was auch immer Motive waren, bei sehr vielen war es das Motiv "Ich schieße für Nazis nicht auf Menschen". Sie wurden als Drückeberger und Feiglinge diffamiert, werden es zum großen Teil noch heute, sind nicht rehabilitiert worden. Und soviel ich weiß, merken sie oder ihre Nachkommen es an ihren Renten. Wir haben lange die Wahrheit zu verdrängen versucht. Dabei half uns die Notwendigkeit des materiellen Wiederaufbaus, half uns der Kalte Krieg. Wir haben auch die Judenvernichtung lange nicht wirklich zur Kenntnis genommen, die der Sinti und Roma noch später, die der Homosexuellen in Auschwitz auch nicht. Und auch nicht die Tötung der intellektuellen Polens, die ausgerottet werden sollten; von uns gemeinsam mit den Stalinisten.

Der Kalte Krieg hat uns - davon wird nachher die Rede sein müssen - ein bedenkliches Strafrecht beschert und er hat uns die Wiederbewaffnung gebracht. Noch 1949 hatte Adenauer definitiv erklärt: "An eine Wiederbewaffnung denken wir in Deutschland nicht." 1950 bereits änderte sich das, und es vertrieb den Innenminister Gustav Heinemann aus dem Kabinett.

Es wurde damals - das vielleicht noch als Faktum - eine bewaffnete Polizei der Länder in Deutschland von zehntausend Mann aufgestellt, als erste Voraushut, und ein Bundesgrenzschutz mit zehn-, später zwanzigtausend Mann. Ich übergehe die heftig diskutierte Stalin-Note von 1952, in der uns ja überraschenderweise ein Friedensvertrag und eine gesamtdeutsche Regierung angeboten wurde. Man nimmt wohl an, daß Stalin dachte, damit den Eintritt in die NATO verhindern zu können. Und ich übergehe auch den Volksaufstand 1953, von dem Sie ja alle genügend wissen, und in dem dieses Volk ja schon einmal versucht hat, seine Regierung zumindest zu verändern.

Der Westen hat sich dann, und das habe ich schrittweise miterlebt, zunehmend mehr in die westliche Sphäre eingebunden, in die Montan-Union, in den Europarat und schließlich auch in die NATO. Und es entwickelte sich, und das müssen wir selbstkritisch wissen und uns

immer wieder vor unser Bewußtsein halten, eine satte Selbstzufriedenheit. Es entwickelte sich der Wille zur Gewinn-Maximierung und eine hohe Konsum-Mentalität. Damals hat es schon angefangen mit dem Abbau sozialer und solidarischer Vorstellungen, was heute ja Früchte treibt. Die Deutschen fanden sich, aber das ist meine Formulierung, "reich, im Recht und duft".

Der Vietnamkrieg der Vereinigten Staaten mit seinen Folgen für die Bürgerbewegungen in den Vereinigten Staaten ist dann auch zu uns hinübergeschwappt und hat zusammen mit der Verweigerung der Elterngeneration in Deutschland, über ihre Verquickung mit dem Nationalsozialismus mit ihren Kindern zu sprechen, zum Aufstand an den Universitäten und in den Schulen geführt. Dadurch ist, was immer man zu dieser Studenten-Bewegung sagen mag, nach der "bleiernen Zeit" der fünfziger Jahre Bewegung in die deutsche, westdeutsche Geschichte hineingeraten. Und angeschlossen hat sich dann auch dort zunächst eine mächtige, heute nachlassende Bürgerbewegung, als Frauen-, Friedens-, Öko- und Anti-Atom-Bewegung. Doch der Zerfall der Studentenbewegung hat dann auch den linken Terrorismus in Deutschland mit entwickelt, der zum Teil Ursache, wie ich meine aber auch zum Teil Vorwand wurde, wieder zurückzukehren zu einem in Deutschland eigentlich näher liegenden konservativen Denken. Sie erinnern sich an die Berufsverbotsentwicklung, die sich sogar an Lokomotivführer und an Postboten wendete, und denen vorwarf, daß sie neben ihrem Dienst am Staat auch noch Mitglieder der damals zugelassenen DKP waren.

Noch später kam- aber das rufe ich nur ganz kurz in Erinnerung - die m.E. unerträgliche Asyldebatte zum Tragen mit ihren verheerenden Folgen, auch für unsere Mentalität. Und, das ist unmittelbare Gegenwart, es folgte das ständige Schüren von Ängsten vor dem Wachsen von Kriminalität, der klassischen wie der organisierten, worüber eine liberale Justizministerin uns heute belehrt, daß sie gar nicht stattfindet, daß die klassische Kriminalität eher leicht zurückgehe, und daß die Gewaltkriminalität in Deutschland hinter der in den anderen europäischen Ländern zurückstehe. Zur Zeit glaube ich, ist die Korruption, die bis in die Staatsämter hinein praktiziert wird, wichtiger für das Entstehen der Politik- und Parteienverdrossenheit, mit der wir heute leben. Aber das ist Zeitgeschichte und muß nicht in Erinnerung gerufen werden. Das steht täglich in der Zeitung.

Nun zur Justiz. Die Justiz ist in Deutschland grundsätzlich konservativ. Das hat sich auch sehr früh im Nationalsozialismus gezeigt. Die Ersten, die den Nationalsozialismus global begrüßt haben, war der Richterbund im März 1933. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen; denn das war unmittelbar nach dem Reichstagsbrand und unmittelbar nach der "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat", die Grundrechte außer Kraft setzte und eine riesige Verhaftungswelle in Deutschland zur Folge hatte, was wiederum wirksam wurde

bei dem Ermächtigungsgesetz 1933, in dem die Kommunisten z.B. für die Mehrheit keine Rolle mehr spielten, weil alle bereits verhaftet waren. Es folgten dann bald der Notariats- und auch der Anwaltsverein. Die Anwälte haben sich ja heute in breiten Bereichen nicht konservativ eingestellt und sind eine Stütze liberaler Rechtsentwicklung geworden. Das war damals offenbar nicht so.

Wichtig zu wissen ist - aber wahrscheinlich wissen Sie es -, daß es in der Zeit der Nationalsozialisten in zwölf Jahren 46.000 Todesurteile gegeben hat. 30.000 von Militärgerichten und 16.000 von Zivilgerichten. Zum Vergleich: In der ganzen, also mehr als der doppelten Zeit zwischen 1907 und 1933, wurden in Deutschland 1547 Todesurteile gesprochen, hingerichtet wurden 377 Personen, während von den 46.000 zwei Drittel hingerichtet worden sind. Es gab in der Weimarer Zeit drei Tatbestände, die zum Tode führten. Wenn ich mich recht erinnere: Mord, Hoch- und Landesverrat. Die Nazis hatten dann 40 Tatbestände für diese Strafe. Das unsäglichste Gericht der Nazizeit war der Volksgerichtshof mit seinem Präsidenten Roland Freisler. Darüber muß nicht gesprochen werden, weil Sie wahrscheinlich alle die Ausschnitte aus seiner Verhandlungsführung gegen die Attentäter des 20. Juli gehört haben. Das charakterisiert Stil und Umgang dieses Gerichtes mit Angeschuldigten zur Genüge. Außer dem Volksgerichtshof gab es 110 Sondergerichte mit einer ähnlichen Jurisdiktion; gegen Widerständler und wegen "Volksverhetzung" und "Desertion" wurde vor den Militärgerichten abgehandelt.

Zusammenfassend muß gesagt werden: Keiner der Richter dieser Gerichte hat nach 1945 eine rechtskräftige Verurteilung vor einem deutschen Gericht erhalten. Es gab im Rahmen der Nürnberger Prozesse einen "Juristenprozeß". Ich weiß nicht, ob jemand sich daran noch erinnert, er ist neben dem großen ersten Prozeß fast vergessen worden. Da wurden sechzehn Juristen angeklagt, von denen drei mit einer lebenslangen Strafe belegt wurden, der Rest mit vier bis fünf Jahren Freiheitsstrafe, wovon nur eine kurze Zeit wirklich auch abgebußt wurde. Alle wurden relativ rasch wieder aus der Haft entlassen. Also, die Aufarbeitung der Justiz ist nicht durch die Justiz erfolgt, anders als das, was wir jetzt im Osten erleben. Die Justiz hat sich selbst freigesprochen, indem sie als Jurisdiktion erfunden hat: bestraft werden kann nur der, der bewußt das damalige Recht gebeugt hat. Also der, der ein Unrechtsbewußtsein bei seiner Rechtsprechung hatte, war zu verurteilen. Zum Beispiel: Ein Richter, der jemanden zum Tode verurteilte, weil er einen polnischen Fremdarbeiter mitmenschlich behandelt hatte, der war nicht als Rechtsbeuger zu verurteilen, denn der hatte ja mit seinem Gewissen im Einklang gestanden. Infolgedessen konnte er freigesprochen werden. Noch eine weitere Konstruktion: Die Richter, die damals im Volksgerichtshof mit Freisler zusammen verurteilt haben, waren nur "Gehilfen"; die waren zwar tatsächlich vollkommen gleichberechtigt, also im Grunde Täter. Aber sie wurden nur als Gehilfen angesehen, denn Haupttäter war

Freisler, der längst tot war durch einen Bombenangriff. Ein liberaler Jurist der neueren Zeit, ich nenne nicht seinen Namen, war der Meinung, daß im Grunde der Gesetzgeber der Täter war. Sie wissen ja, daß Hitler Gesetzgeber sein konnte, wenn er wollte, so daß also Hitler derjenige war, welcher bestraft werden mußte, während die Richter eigentlich nur auf dieser Gesetzgrundlage rechtens gearbeitet haben.

Es gab zwei spektakulär gewordene Verfahren. Das erste Verfahren - ich rufe es in Erinnerung, weil es so typisch war - ging gegen den Strafrichter Rehse. Er wurde durch einige Instanzen gezogen, weil der Hauptankläger der Nürnberger Prozesse, Kempner, in Deutschland geblieben war und keine Ruhe gab. Rehse war Beisitzer bei Freisler, im "Freisler-Senat". Es wurde zunächst gegen ihn ermittelt. Die Staatsanwaltschaft stellte ein, weil sie einen Tötungsvorsatz bei ihm nicht finden konnte. Der Bundesgerichtshof hat ihn dann später freigesprochen, einmal, indem er den Volksgerichtshof zu einem ordentlichen Gericht erklärte und zum zweiten, weil ihm die "niedrigen Beweggründe" bei diesem Richter gefehlt haben. Kempner hat noch einmal eine Wiederaufnahme versucht. Doch 1968 wurde dann alles endgültig eingestellt.

Für Sie ist wahrscheinlich interessanter, daß Dietrich Bonhoeffer noch im Frühjahr 1945, kurz vor Kriegsende, zum Tode verurteilt wurde, so daß er am 9. April noch erhängt werden konnte.*

Etwas anders - darauf möchte ich noch hinweisen - stellte sich das Häftlingsentschädigungsgesetz dar, zu dem ich durch eine Gefangene eine persönliche Beziehung bekommen habe. Das sah Häftlingsentschädigung für unschuldig erlittene Haft in Konzentrationslagern und in Strafanstalten vor und schloß alle diejenigen aus, die sich nach 1945 strafbar gemacht hatten. Wir hatten eine Frau im Gefängnis, um die wir uns bemüht haben, deren gesamte Familie in Auschwitz ausgerottet worden war. Sie selbst war als junges Mädchen von der Familie nach England gebracht worden. Sie kam von dort ohne Berufsausbildung und völlig allein zurück und hat sich hier dann mehrfach, auch rückfällig, strafbar gemacht. Sie wurde ausgeschlossen. Es war zwar nach dem Gesetz vorgesehen, daß auch Kinder von Ermordeten einen Anspruch auf Entschädigung haben sollten. Aber diese Frau hat sie nicht bekommen. Ich glaube, da ist später eine Änderung eingetreten, die habe ich aber dann nicht mehr miterlebt.

* Anmerkung des Herausgebers: Dieses Urteil ist bis heute nicht revidiert. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes 1956 ist es "rechtsgültig", weil - so die Begründung u.a. - auch der NS-Staat ein "Recht auf Selbstbehauptung" gehabt habe!

In der DDR war das ja alles ein bißchen anders. Darüber wird unser Kollege wohl hinterher sprechen. Dort wurden alle belasteten Juristen sofort entlassen, und es wurde in einer Kurzausbildung eine neue Juristengeneration herangebildet, die sicherlich nicht immer "erleuchtetes Recht" gesprochen hat. Wir haben vor allem die berühmten Waldheim-Prozesse erlebt, in denen vierundzwanzig Täter zum Tode verurteilt wurden, ohne Beweisaufnahme, ohne Verteidigung, ohne eigentliches Verteidigungsverfahren und ohne Öffentlichkeit, also Prozesse, die unseren Vorstellungen heute absolut widersprechen. Und es hat danach sicherlich auch noch - davon haben wir ja auch im Westen gehört - Schauprozesse im Sinne der stalinistischen Schauprozesse gegeben, zum Teil geführt von Hilde Benjamin, die später Justizministerin wurde, von der man aber sagte, daß ihr Sohn und ihr Mann - ich kann das nicht nachprüfen - von den Nationalsozialisten hingerichtet worden seien. Es sind in der DDR - in der Zeit der DDR, also der doppelten Zeit des Nationalsozialismus - 194 Personen exekutiert worden, es kamen die 200 Menschen hinzu, die an der Mauer gestorben sind. Das sind 394 Tote zu viel, ohne jeden Zweifel. Aber halten Sie es neben 30.000 Tote, die die Nazi-Prozesse zur Folge hatten. Denen müssen im Grunde noch 55 Millionen Kriegstote hinzugerechnet werden. Das macht dann deutlich, daß man die Systeme nicht gleichsetzen kann, was ja heute immer einmal wieder passiert.

Wir haben die Anfangs-Gesetze des Kalten Krieges, vor allem nach dem Korea-Krieg, in unserem Hause hautnah erlebt, z.B. als wir eine bewegende Gruppe von Gefangenen bekamen, Frauen, die der "Deutsch-Sowjetischen-Gesellschaft" angehörten. Das waren freundliche, ältere, einfache, wahrhaftige, idealistische Frauen, die wir dann als Gefangene behandeln mußten (naja, wir haben sie entsprechend behandelt ...). Wir hatten aber auch einige Frauen, die z.B. mit folgenden Handlungen Strafen von mehr als einem Jahr bekamen: weil sie eine Seite aus einem Telefonbuch herausgerissen und in den Osten geschickt hatten. Oder eine andere: Sie hatte den Zeitplan der Polizeistreife an der Zonengrenze mitgeteilt, etwas, das man von drüben ohne weiteres durch Augenschein hätte feststellen können. Sie hat eine Strafe von, ich glaube, anderthalb Jahren verbüßt.

Ich habe damals zu einer Organisation von Rechtsanwälten, Rechts-Professoren und auch Justiz-Praktikern gehört, dem "Amnestie-Ausschuß". Es gehörten dazu Gustav Heinemann, sein Kollege Posser, der dann später Minister in Nordrhein-Westfalen wurde, Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und der Präsident des Frankfurter Oberlandesgerichts Professor Kurt Staff, Professor Maihofer, damals Professor in Saarbrücken. Die hatten sich vor allen Dingen die Beseitigung eines absolut verfassungswidrigen Zustandes aufs Korn genommen: Damals wurden Kommunisten, die vor dem Verbot der Kommunistischen Partei in dieser Partei aktiv gewesen waren, nach dem Verbot bestraft, und zwar auch mit Haftstrafen. Das "Rückwirkungsverbot" ist etwas, was der Jurist im ersten Semester lernt. So etwas war da-

mals möglich! Es hat lange gedauert, bis der verfassungswidrige Zustand beseitigt worden ist.

Es folgte die "Terroristen-Hysterie", die schließlich jeden in den Kreis der "Sympathisanten" einbezog, der irgendwo mal freundlich mit einer Gruppe von ehemaligen Terroristen oder mit Terroristen umgegangen war.

Immerhin hatte es vorher in der Justiz eine Phase positiver Reformbereitschaft gegeben. In ihr wurden das politische Strafrecht und auch das Sexualstrafrecht "entrümpelt". Die kurzen Freiheitsstrafen wurden eingeschränkt, die Zuchthausstrafen mit ihren Ehrenfolgen beseitigt, ebenso Haftstrafen und Unterbringung im Arbeitshaus. Ansätze für ein liberal und human reformiertes Strafvollzugsrecht wurden entwickelt.

Die Terrorismus-Hysterie aber ließ wieder konservativere Vorstellungen von Strafe überhand nehmen. Vor allem das Vergeltungsdenken breitete sich erneut aus: "Strafe muß Strafe sein." Und heute wird die Angst vor der Kriminalität geschürt, denn an der Stelle eines Innenministers Maihofer sitzt ein Innenminister Kanther.

Ich will nun die Entwicklung von Strafvollzugsrecht und -praxis in ihren einzelnen Phasen ab 1945 schildern:

Die *erste Phase* dauerte etwa bis Ende der fünfziger Jahre. Man könnte sie mit dem Kriminologen Blau die "Reform-, die *Reorganisations-Phase*", nennen. Ich bin 1947 in den Strafvollzug gekommen und fand in gewisser Weise noch Zustände von vor 1945 vor. Ich bin der Meinung, daß der Strafvollzug in den regulären Strafanstalten damals kein KZ-Vollzug gewesen ist. Aber es sind sicher auch dort Prügel, Folter, sogar Tötungen vorgekommen. Wir wollen gar nicht hochmütig sein, auch heute geschieht noch Unrecht, allerdings wenigstens kontrollierter. Doch damals ist Menschenverachtung der entscheidende Gesichtspunkt innerhalb der Strafvollzugsbehandlung gewesen, was sich besonders im Stil, im Umgang deutlich gemacht hat. Die Gefangenen wurden in ruppiger Form angesprochen, u.a. mit Vornamen, mit Du. Sie hatten stramm zu stehen. Und in unserer ersten Vollzugsordnung wurde den Gefangenen verboten, mit den Vollzugsbediensteten zu sprechen. Das hat wohl keine Anstalt wirklich praktiziert. Doch es war eine Vorschrift. Bis zur Geltung des Strafvollzugsgesetzes ab 1977 galt Strafvollzug als "besonderes Gewaltverhältnis". Es dauerte jahrelang und entwickelte sich schrittweise, bis der Gefangene wirklich als Bürger angesehen wurde - mit Wahlrecht, mit dem Recht, die Gerichte gegen Maßnahmen des Vollzugs anzurufen. Erst das Strafvollzugsgesetz brachte schließlich klar zum Ausdruck, daß grundsätzlich Gefangene im Besitz der verfassungsgemäßen Grundrechte sind und daß Einschränkungen im Gesetz benannt sein müssen.

Gegen die unter dem Nationalsozialismus geltende Rechtlosigkeit der Gefangenen hatten die Alliierten die Kontrolle über den Vollzug übernommen. Unter dieser Kontrolle habe ich nach 1947 einige Jahre gearbeitet. Da fanden regelmäßige Inspektionen statt, z.T. für uns demütigend, wenn die Gefangenen in unserer Gegenwart über uns und unseren Umgang mit ihnen befragt wurden. Doch zugleich erzwangen diese Inspektionen erste Reformschritte in Richtung auf einen liberalen und humanen Behandlungsvollzug, wie er damals im amerikanischen Bundesstrafvollzug entwickelt wurde.

Das war insofern gelegentlich etwas komisch, als diese Ideen in Deutschland entstanden waren, verbunden mit Namen wie Franz von Liszt und Gustav Radbruch. Als sie in Deutschland nach 1933 nicht mehr gebraucht wurden, wanderten sie in die USA aus und wurden nun als Zwangsreform zu uns zurückgebracht.

Man muß wohl noch hinzufügen, daß - soweit ich es übersehen kann - das Vollzugspersonal im Westen nahezu vollzählig übernommen worden ist. Meine Vorgängerin war entlassen worden, weil sie nationalsozialistisches Gedankengut besonders kraß praktiziert hatte. Ansonsten blieb der Stamm des Personals erhalten, und so konnte der Umgangsstil mit den Gefangenen erst langsam verändert werden.

Reformtendenzen hat es damals allerdings durchaus auch bei Deutschen gegeben. Sie gingen vor allem von Menschen aus, die schon in der Weimarer Zeit reformerisch im Strafvollzug gearbeitet hatten und die nun zurückkamen. Da war z.B. Albert Krebs, der hier in Thüringen eine Anstalt (Untermaßfeld) geleitet hatte und sofort von den Nazis entlassen worden war. Und da war Walter Hermann, der die Leitung einer Anstalt in Niedersachsen übernahm. Ihre Vorstellungen kreisten um einen "Erziehungsstrafvollzug", der die Erziehung der Gefangenen in den Mittelpunkt stellte, in der Annahme, nach einer liberal-humanen Nacherziehung würde der entlassene Gefangene sein Leben in der Freiheit bewältigen können. Wir erkannten dann später unter den neuen Gedankengängen der Soziologie die hervorragende Bedeutung der sozialen Bedingungen für die Entwicklung und Überwindung der Kriminalität. Das begann dann im Umfang mit den Gefangenen eine zunehmend bedeutsamere Rolle zu spielen. Daß auch dabei der Gefangene als Mensch absolut ernst zu nehmen und in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen war, blieb eine Selbstverständlichkeit.

Die formalen Regelungen lagen damals noch nicht in einem Gesetz, sondern in Verordnungen: anfangs in den einzelnen Ländern, später bundeseinheitlich in der berühmten DVO "Dienst- und Vollzugsordnung".

Es kam dann zu der zweiten Phase, die man die *Vor-Reformphase* nennen kann. Die Öffentlichkeit begann ein starkes Interesse am Strafvollzug zu entwickeln, und das war eminent wichtig. Vor allem wandte sich auch die Wissenschaft dem Strafvollzug zu. Es kam zu einer Reihe von Untersuchungen, vor allen Dingen zur Frage nach der Wirkung der Haft, der Subkultur, Bildung, Einwirkung sozialer Elemente, Bedeutung der "totalen Institution", die ja heute in jeder Magisterarbeit als besonderes Hemmnis für den Strafvollzug dargestellt wird. Es kam zu entscheidenden rechtsvergleichenden Arbeiten, in denen vor allen Dingen auch die Modelle im Ausland stark beachtet wurden. Das waren etwa die sozialtherapeutischen Anstalten in Dänemark Herstedvester und Horsens, es waren in den Niederlanden Utrecht und Groningen, es war in Wien Mittersteig: Anstalten, gegen die man unter heutigen Gesichtspunkten z.T. gewisse Vorbehalte haben kann, die aber doch versucht haben, den Gefangenen einen anderen Stellenwert zu geben. Und man hat auch schon angefangen, hier und da eigene Experimente zu machen, sozialtherapeutische Abteilungen und kleine sozialtherapeutische Einrichtungen zu schaffen und offene Formen vor allem im Jugendvollzug zu praktizieren. Aber die allgemeine Vorstellung war die, daß zunächst das Strafrecht reformiert werden müsse und erst dann der Strafvollzug dran kommen könne.

Wichtig war, daß dann die Reform durch einige Skandale, die sich in deutschen Anstalten abgespielt hatten, in Gang gesetzt worden ist. Es hatte Tote gegeben in Hamburg-Fuhlsbüttel und im Klingelpütz in Köln. Nun wurde die Reform massiv in Angriff genommen. Justizminister Gustav Heinemann berief die "Strafvollzugskommission", die einen Entwurf für ein Strafvollzugsgesetz erarbeiten sollte, bestehend aus Praktikern, Wissenschaftlern und auch einigen Politikern. Er hat damals bei der Einführung dieser Kommission - ich glaube, das haben fast alle vergessen - davon gesprochen, es solle ein "Strafvollzug der Solidarität" entwickelt werden.

Es sollte also ein deutsches Gesetz für den Strafvollzug geschaffen werden. Es war das erste derartige deutsche Gesetz. Bis dahin hatte der deutsche Strafvollzug immer nur auf Verordnungen beruht. Und es sollte ein Reformgesetz sein. Diese Kommission hat in 13 Sitzungen den ganzen Wust der wissenschaftlichen Erarbeitung der Vor-Phase durchgearbeitet, hat selber Vorträge aus eigenem Bereich gehalten, hat die einzelnen Themen diskutiert und in Resolutionen gefaßt und schließlich 1970 einen Entwurf vorgelegt, der dann an das Justizministerium ging, dort zu einem Referenten-Entwurf der Regierung verarbeitet wurde und dann in den Gesetzgebungsgang übergang. Auf diesem Wege ist schon einiges beträchtlich verwässert worden, was die Kommission sich noch anders gewünscht hatte. Mir scheint, daß es vor allem zwei Dinge gewesen sind: Alles, was Kosten machte, wurde zunächst zurückgestellt; obwohl Deutschland damals reicher war, als es heute ist, hatten wir auch damals für den Strafvollzug einfach kein Geld. Zum Beispiel bestimmte Regeln über die Größe

der Anstalten, die eigentlich nicht größer sein sollten als für zwei-, dreihundert Leute, wurden zurückgestellt. Nähere Unterbringungsanordnungen wurden zurückgestellt, bestimmte Programmangebote wurden zurückgestellt. Vor allen Dingen aber, und das ist sicherlich das Wichtigste, wurde die angemessene Bezahlung, die ja ursprünglich für die in der Anstalt geleistete Arbeit angepeilt worden war, zurückgestellt. Hier lagen ernste Nachteile gegenüber dem östlichen System. Die Einbeziehung in Sozial-Versicherungen, die vielleicht für die Gefangenen noch wichtiger gewesen wären, wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung wurde auch zurückgestellt. Später ist wenigstens die Arbeitslosenversicherung eingeführt worden. Die beiden anderen Versicherungen werden im Gesetz zwar angesprochen, doch in Übergangsregelungen vorläufig zurückgestellt.

In der Zeit der Kommissionsarbeit hat eine breite Öffentlichkeitsarbeit stattgefunden, die dieses Gesetz und das, was es wollte, nämlich eine neue Form von Strafvollzug, zu erklären versuchte. Ich bin in meinem Leben nie so viel herumgekommen wie in dieser Zeit, in der man ununterbrochen, auch im Ausland, werben mußte für diese Gedanken - in Italien, in Frankreich, in Norwegen, in Finnland, in den Niederlanden. Überall sind wir gewesen und haben geredet. Und die Öffentlichkeit hat wirklich reagiert. Vor allen Dingen die "Grünen" haben sich immer sehr kritisch dem Strafvollzug gegenüber verhalten und dadurch die Reform gefördert. Manchmal war es ein bißchen schwierig, mit ihnen fertig zu werden. Es ist vielleicht ganz lustig, um das schnell zu erwähnen: Als ich angefangen habe in Hessen, mußte jeder Referendar eine vierwöchige Ausbildung im Strafvollzug machen. Das war wichtig, denn diejenigen, die das hinter sich hatten, kamen später als Richter zu völlig neuen Einstellungen. Aber in dieser Anfangszeit mußten wir uns ständig bei den Referendaren, die bei uns waren, rechtfertigen, weil wir ja keine "Strafe vollstreckten", sondern viel zu freundlich wären. Das sei ja "Hotel-Vollzug". Später, in der letzten Phase, mußten wir uns ständig rechtfertigen, daß wir doch keine Henkersknechte seien, also nicht die Menschen systematisch zugrunde richten wollten.

So hatte sich das Bild in der Öffentlichkeit, besonders bei der Jugend, verändert. In dieser Phase der Öffentlichkeit, hat sich z.B. auch der Juristentag dieses Themas angenommen mit der Frage: "Mit welchem Inhalt soll ein Strafvollzugsgesetz geschaffen werden?" Und das Bundesverfassungsgericht hat, das wird Ihnen entgangen sein, das sehr wichtige "Lebach-Urteil" gefällt, in dem die Resozialisierung quasi zum Grundrecht für die Gefangenen gemacht wurde, das gegen Ende der Haftzeit stärker wirke als das Recht der Öffentlichkeit auf Information.

Es gab auch einen "Alternativ-Entwurf" neben, aber zum Teil auch gegen den Entwurf der Kommission, von einer Gruppe progressiver Professoren verfaßt. Die hatten ein anderes, in

gewisser Weise realistischeres und in gewisser Weise nicht realistisches Konzept: Wir gingen davon aus, daß die Praxis Freiraum brauche, um ihre Möglichkeiten in der Entwicklung zu entfalten. Wir gingen also davon aus, daß jeder Praktiker besessen sei, im Strafvollzug zu resozialisieren, waren also wohl etwas zu idealistisch. Und wir gingen auch davon aus, daß ja das ganze Wissen über Strafvollzugsbehandlung und das, was dabei bewirkt würde, noch gar nicht abgeschlossen sei und daß noch Entwicklung hineinkommen müsse, daß deshalb das Gesetz ein Gesetz mit Freiräumen sein müsse. Überdies sollte es auch an sehr verschiedene Vollzugssysteme anpaßbar sein, für Frauen, für langfristig Bestrafte, kurzfristige Strafen usw. usw. Der Alternativ-Entwurf ging davon aus: Die Praxis müsse gezwungen werden, progressiv Behandlung zu betreiben. So wurde dann ein stringentes Behandlungs-Konzept entwickelt, das aber Theorie blieb.

Wir konnten dann damals - das war für mich persönlich sehr wichtig - jedenfalls in Hessen, (ich nehme an, anderswo auch) vieles von den Reformen, die das Gesetz plante, in der Praxis vorwegnehmen. Wir konnten "Freigang", offenen Vollzug und Beurlaubungen entwickeln. In gewisser Weise war das sogar glücklicher als es heute ist, weil wir das aus eigener Kraft tun konnten, also unsere eigenen Regeln machen konnten. Die kamen noch nicht von oben, sondern wir mußten zwar um jeden einzelnen Fortschritt ringen, kämpfen, aber der wurde uns auch zugebilligt, wenn wir nachweisen konnten, daß wir kein Unheil damit anrichteten. Während heute offenbar die Regelungen viel stringenter geworden sind durch zusätzliche Verwaltungsanordnungen.

Das führt zu der *augenblicklichen Situation*, mit der ja Sie zu tun haben. Die nennt Blau die "*kritische Phase*". Es war die Phase, die begonnen hat mit Rezession, mit Arbeitslosigkeit, mit Staatsverschuldung, die materiell zu einer schwierigen Zeit wurde, in der natürlich auch die Kriminalitätsentwicklung mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit eine Rolle spielte. Doch bei all dem Gerede über die "steigende Kriminalität" spielt den Hauptfaktor immer die Bagatell-Diebstahlskriminalität; die ist gestiegen, also in Bereichen, die etwas mit der zunehmenden Not zu tun haben.

Ich bin der Meinung - und das wollte ich Ihnen heute gerne mitgeben -, daß das Gesetz, so wie wir es haben, bei allen Mängeln, die überwunden werden müssen - wie schlechte Bezahlung und das Fehlen von Sozialversicherungen - ein ordentliches Gesetz ist. Ich glaube, daß man mit ihm, wenn man es nur konsequent anwenden würde, etwas Vernünftiges machen kann. Ich fürchte, es wird oft nicht bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten angewandt; und ich glaube, daß Sie eine Gruppe sind, die darauf bestehen muß. Mit dem Grundgesetz unter dem Arm müssen die deutschen Politiker nicht herumlaufen, aber Sie sollten mit dem Straf-

vollzugsgesetz unter dem Arm herumlaufen und sagen "dies und dies und dies verlangt das Gesetz, das macht ihr nicht, bitte macht es".

Die Aufgabe des Gesetzes ist eindeutig das, was wir ein bißchen global "Resozialisierung" nennen. Das steht so nicht im Gesetz, sondern da steht, daß den Menschen geholfen werden muß, nicht rückfällig zu werden. Das ist der Anspruch dieses Gesetzes und dem ist alles unterzuordnen. Und darauf kann man sich berufen. Es ist dann unter den genannten "Verwässerungen" auch noch der Passus "Strafvollzug dient auch dem Schutze der Gesellschaft" hineingekommen, was wir als Rückschritt empfunden haben. Wir waren in der Kommission der Meinung, daß Strafvollzug dadurch seinen Beitrag gegen die Rückfälligkeit liefere, daß er resozialisiere und daß das die Sicherheit der Gesellschaft gegen Rückfälle am besten gewährleisten könne, während in diesem Zusatz im Grunde Abschreckung gemeint ist, an die kein Fachmann glaubt.

Es gibt im Strafvollzugsgesetz keinen abgeschlossenen Katalog der Behandlungsmaßnahmen. Das gehört zu den Dingen, von denen wir meinten, es müsse sich noch weiterentwickeln, darüber müsse man noch mehr wissen. Im "Vollzugsplan" werden gewisse Behandlungselemente eingetragen. Aber da muß man aufpassen, daß dieser Vollzugsplan (und so ist es vom Gesetz gedacht und das ist leider weitgehend, glaube ich, verwässert worden) Angebote enthält und keinen Zwang. Es ist auch methodisch verkehrt, Menschen zu ihrem Glück zwingen zu wollen, denn das funktioniert nicht: Man kann im Grunde Behandlungsangebote nur durchsetzen (wenn man überhaupt etwas durchsetzen kann - es gibt eine Gruppe von Gefangenen, bei denen das eben sehr, sehr schwierig ist), wenn sie akzeptiert werden. Und akzeptiert werden kann nur dann etwas, wenn in einem Hause ein Klima entstanden ist, in dem ein gewisses Vertrauen an die Stelle des ständigen Mißtrauens, das den Strafvollzug durchzieht, gesetzt werden kann, in dem es auch möglich ist, menschliche Beziehungen herzustellen. Nicht nur zwischen dem Sozialdienst und den Geistlichen und Gefangenen, da geht es ja immer noch am relativ einfachsten, denke ich, aber auch zwischen dem Gesamtpersonal und Gefangenen. Dazu muß Offenheit und Wahrhaftigkeit in dieses System hineingetragen werden, in dem ja so viel im Geheimen abläuft, das dann Mißtrauen schürt. Es muß ein Klima geschaffen werden, in dem Menschen leben, gedeihen können, in dem sie nicht Aggressionen entwickeln, sondern möglicherweise Vertrauen finden, und in dem dann auch akzeptiert wird, was angeboten wird an Bildung, Ausbildung, Freizeitgestaltung, Kreativität. Also alles das, was einem Menschen helfen kann, mit seinem Leben besser fertigzuwerden, also auch Sozialtechniken und therapeutische Behandlung im engeren Sinne. Vor allem dürfen keine Schäden zugefügt werden. Die wurden den Gefangenen in ihrem Vorleben genug zugefügt.

Leider, und damit schließe ich, ist die Öffentlichkeit heute wesentlich weniger interessiert am Strafvollzug, als sie es in der Reformzeit gewesen ist. Die Dinge werden nicht mehr diskutiert. Aber auch dazu könnten Sie beitragen. Eine relativ große Bedeutung hat es etwa in unserer Zeit gehabt, daß die Pfarrerinnen mit Gruppen von Gefangenen hinausgingen in die Kirchengemeinden, wo sie z.B. mit den Frauengruppen diskutiert haben. Das hat einerseits den Frauengruppen der Kirchengemeinden gezeigt, daß das keine Unmenschen, sondern Menschen sind, und es hat den Gefangenen Selbstbewußtsein geschaffen. Die waren erstaunt, wie sehr sie da ernst genommen wurden und über ihre Situation sprechen konnten. Es nahmen wohl sogar Frauen mit lebenslanger Strafe teil. Diese Möglichkeiten hätten Sie ja auch, wenn Sie sich damit durchsetzen könnten. Notwendig für alles, und das ist mein Credo, wäre es allerdings, daß die Belegungszahlen in den Gefängnissen verringert würden. Und zwar massiv durch non-custodiale Maßnahmen. Es ist Unsinn, daß wir Leute wegen Diebstahl einsperren und daß wir dann keinen Raum haben für eine ernsthafte Behandlung derer, die es wirklich brauchen.

Man muß auf Straftaten reagieren. Laisser-faire wäre kontraproduktiv. Aber man muß vielmehr mit ambulanten Maßnahmen reagieren, die erfolgversprechender sind als Haft. Ich kann nur kurz darauf hinweisen, daß wir in Frankfurt in einer Frauengruppe so gearbeitet haben - ich habe es wissenschaftlich begleitet, deshalb kenne ich das genauer. Dabei gab es nur fünf Prozent Rückfälligkeit, während bei manchen Untersuchungen in unserem Hause die Rückfälligkeit bei fünfundvierzig Prozent lag. Und das war schon verhältnismäßig niedrig. Man kann also die Rückfälliziffern durch intensive und besonders personalintensive Behandlung vermindern. Die ist überdies viel billiger als ein Haftjahr. Es gibt keinen Gesichtspunkt, warum man nicht die Zahl der Inhaftierten verringern könnte auf die Zahl derer, die sozial wirklich gefährlich sind. Diebe sind lästig. Wenn mir immer wieder was geklaut wird, ärgere ich mich. Aber sie sind eben nur lästig und man kann ihnen besser ambulant helfen, aus ihrem Teufelskreis herauszukommen. Ich kann jetzt keine Beispiele nennen, dazu haben wir keine Zeit. Aber ich denke, daß wir den ganzen Haushalt der Strafanstalten auf die kleine Gruppe derer einstellen müssen, die stationäre Behandlung wirklich brauchen. Mit der Hoffnung, daß es einmal so weit kommen könnte und daß "Behandlung" dann einen Sinn bekäme, schließe ich.

VOLLZUGSZIELE UND -PRAXIS IN DER DDR

Frank Hiekel, Dresden

Es ist mir nicht leicht gefallen, das Ansinnen, heute hier Vortragender zu sein, anzunehmen. Als ich dann meine Teilnahme an der Konferenz als Referent zugesagt und mich diesem Thema zu stellen hatte, ist mir auch die Erarbeitung des nachfolgenden Vortrages alles andere als leicht gefallen. In den Gesprächen, die ich am gestrigen Abend und am heutigen Tag geführt habe, hat sich bestätigt, daß ich sicherlich für die einen oder anderen von Ihnen "eine Zumutung" sein werde. Aber wir sollten das miteinander aushalten, da sicherlich mein Lebensweg und auch meine jetzige Tätigkeit ein Stück zu dieser Geschichte gehören, die wir gemeinsam zurückgelegt haben. Trotzdem war ich von der offenen Aufnahme durch die Konferenz angenehm berührt.

In meinem Vortrag habe ich mir vorgenommen, zu folgenden Schwerpunkten zu sprechen:

1. Ein grober historischer Abriß über die Geschichte des Strafvollzuges in der DDR
2. Die Vollzugsziele und die Vollzugspraxis im Strafvollzug der DDR
3. Ein persönlicher Rückblick

Nunmehr widme ich mich dem *ersten Schwerpunkt*, indem ich einen *groben historischen Abriß über die Geschichte des Strafvollzuges der DDR* geben möchte. Ich bin mir durchaus bewußt, daß dies die Sicht eines Praktikers ist. Ich denke auch, daß dieses Thema nicht voll erschöpfend dargestellt werden kann und weiterer, tieferer, wissenschaftlicher Erforschungen bedarf.

Mir persönlich liegen keinerlei gesicherte Erkenntnisse über den Strafvollzug auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone in der Zeit von 1945 bis 1950 vor. Ich weiß aber sehr wohl - auch aus Gesprächen mit ehemaligen Betroffenen -, daß es für die damals Inhaftierten eine äußerst leidensvolle Zeit war.

Erste Fakten, die mir schriftlich zugänglich wurden, sind datiert mit dem 14. Januar 1950. Das ist der Tag, an dem begonnen wurde, die Gefangenen aus den Internierungslagern der sowjetischen Besatzungsmacht an die neu gegründete Volkspolizei zu übergeben. Zu diesem Zeitpunkt gab es Anstalten, die einerseits in Justizverwaltung standen und andererseits Anstalten, die dann von der damaligen Volkspolizei verantwortet wurden. Am 16. Dezember 1950 gab es einen Beschluß des Ministerrates der DDR zur Unterstellung des gesamten U-Haft- und Strafvollzuges an die damalige Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei. Dazu

wurde bei der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei eine Hauptabteilung Strafvollzug gebildet, die wiederum dieser Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei direkt unterstellt war. Von der Hauptabteilung Strafvollzug ausgehend, untergliederten sich dann noch in den Ländern sogenannte Abteilungen Strafvollzug, die diese Hierarchie nach unten fortsetzten. Den Abteilungen Strafvollzug in den Ländern waren die einzelnen Strafvollzugs- und U-Haft-Anstalten unterstellt. Somit kann man sagen, daß zu diesem Zeitpunkt schon sehr schnell begonnen wurde, den Strafvollzug zu zentralisieren. Gleichzeitig wurde eine straffe militärische Führung in den Justiz- bzw. dann Strafvollzugs- und U-Haft-Anstalten durchgesetzt. Dieser Prozeß war zum 23. Juli 1952 abgeschlossen.

Der 23. Juli 1952 ist jenes Datum, an welchem Länder aufgelöst und Bezirke gebildet wurden. Mit dem vorgenannten Datum war auch die Übernahme des U- und Strafhaftevollzuges in die Hoheit der Polizei beendet und die Übergabe von Gefangenen aus den Internierungslagern der sowjetischen Besatzungsmacht abgeschlossen. Demzufolge kann man konstatieren, daß am 23. Juli 1952 eine Abschottung der Anstalten eingetreten war, und zwar eine Abschottung nach außen hin.

Sinnbildlich gesprochen, wurde schon zu diesem Zeitpunkt über die Anstalten eine unselige "Glocke" gestülpt. In der Folgezeit war es nicht mehr möglich, daß die Öffentlichkeit am Leben in der Anstalt teilnahm und schon zu diesem Zeitpunkt jegliche Transparenz hinweggelegt war.

Es rückte nunmehr als oberstes Prinzip die Sicherheit der Anstalten in den Mittelpunkt jeglicher Tätigkeit derjenigen, die im Vollzug beschäftigt waren.

Obwohl es im Jahr 1953 den Volksaufstand gab, verbunden mit einem immensen Anstieg der Gefangenenzahlen, der auch nicht so schnell abebbte, kam man bis ca. Mitte 1956 zu der Auffassung, daß der Sozialismus den "besseren Menschen" hervorbringe, und damit auch eine Abnahme von strafbaren Handlungen einhergehe, weil ja der "bessere Mensch" sicherlich weniger Straftaten begehe.

Dieser Gesellschaftstheorie folgend, hat man alle kleinen Anstalten, die sich vornehmlich an den Amtsgerichten befanden, geschlossen. Dieser Schritt war mit großen negativen Auswirkungen für die Vollzugspraxis verbunden. Man entschloß sich dazu in erster Linie aus der Gesellschaftstheorie und sicherlich auch aus Personalgründen heraus, weil man schon zur damaligen Zeit wenig entsprechendes Personal fand, das auch bereit war, in den Anstalten Dienst zu tun. Ein übriges wurde durch die äußerst strengen Auswahlkriterien für den Dienst in der Deutschen Volkspolizei und damit auch im Strafvollzug verursacht. Dieser Beschluß

und die Durchsetzung dieser Linie hatten katastrophale Folgen, die sich im Prinzip bis zum Jahr 1989 hinzogen. Eine Folge davon war, daß die Anstalten ständig überbelegt waren. Diese hier benannte Überbelegung hat nichts mit der Überbelegung zu tun, die auch vereinzelt heute von Ihnen schon angesprochen worden ist und mit welcher wir es auch im gegenwärtigen Vollzugsgeschehen zu tun haben.

Trotzdem denke ich, daß das Phänomen der heutigen Überbelegung nicht mit den Überbelegungszahlen zu vergleichen ist, die damals vorhanden waren. Diese ständige Überbelegung war sicherlich auch eine Ursache für die regelmäßig stattfindenden Amnestien, als man mehrere zehntausend Gefangene in kürzester Zeit entließ. Mir liegen Zahlen vor, die sicherlich auch noch nicht endgültig sind, daß - abgesehen von Zeiträumen, wo Amnestien stattfanden - bei ca. 17 bis 18 Millionen Einwohnern in der damaligen DDR 30.000 und mehr Gefangene kalendertäglich in den Anstalten verwahrt wurden. Manche Autoren sprechen auch von Gefangenzahlen bis zu 60.000. Auch das scheint mir möglich zu sein.

Eine weiterer interessanter Fakt ist mir bei der Erarbeitung des Vortrages aufgefallen. Erst am 28. Oktober 1958 hat es auf Regierungsebene und in den einzelnen damaligen Bezirken feierliche Verabschiedungen für die letzten sowjetischen "Beratungs-Offiziere", die auch auf dem Gebiet des Strafvollzuges tätig waren, gegeben. Diese Jahreszahl ist deshalb interessant, weil demjenigen, der einigermaßen mit diesen Dingen vertraut ist, völlig klar wird, daß bis zum Datum 28. Oktober 1958 überhaupt nichts getan werden konnte ohne das unmittelbare Einverständnis dieser sowjetischen Beratungsoffiziere.

Wer denkt, daß nach dem 28. Oktober 1958 kein unmittelbarer Einfluß mehr durch sowjetische Offiziere vorhanden war, den muß ich enttäuschen. Einerseits kann man sagen, daß wohl im Jahre 1958 alle wesentlichen Dinge aus sowjetischer Sicht auf Kurs gebracht waren. Trotzdem hat dieser sowjetische Einfluß nach meiner Erkenntnis bis zum Jahr 1989 fortgedauert. Dies auch durch den Umstand, daß alle Bediensteten, die in höhere Führungspositionen bei der Polizei und auch des Strafvollzuges kamen, die Miliz-Akademie in Moskau bzw. das Institut Strafvollzug zu besuchen hatten. Dieser Kurs mußte von allen höheren Offizieren, vor allem von Generalsanwärtlern, absolviert werden.

Ein nächstes markantes Datum ist das Jahr 1968, als es zu einer Novellierung des damaligen Strafgesetzbuches der DDR kam. In diesem Zeitraum, konkret am 1. Juli 1968, wurde das erste Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetz der DDR, das damals noch zusammengefaßt war, verabschiedet. Vorher war der Strafvollzug nur durch allgemeine Verordnungen geregelt. Bemerkenswert ist dies deshalb, weil diese allgemeinen Verordnungen für die Öffentlichkeit nicht zugänglich waren.

Ein nächstes wichtiges Datum war der 7. April 1977, als das neue Strafvollzugsgesetz und das neue Wiedereingliederungsgesetz, welche dann getrennt waren, in Kraft gesetzt wurden. Diese zuletzt benannten Regelungen haben dann bis 1990 bestanden. Mit dem neuen Strafvollzugsgesetz wurden Schutzvorschriften für Gefangene gegenüber den anderen Regelungen in umfassender Form dargebracht.

Die Anwendung des unmittelbaren Zwanges wurde geregelt und war nur noch unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Der Arrest, die Besuchsdurchführung für Gefangene, der Brief- und Paket-Verkehr, auch Ausgang, Urlaub und Unterbrechung des Vollzuges wurden konkret geregelt. Im Mittelpunkt des Gesetzes jedoch stand das Problem der sicheren Verwahrung des Gefangenen. Beim Lesen des Gesetzes ist diese "Systematik" leider nicht sofort zu erkennen. Wer den Vollzug zu DDR-Zeiten erlebt hat, weiß, daß das Problem der sicheren Verwahrung der Gefangenen doch übergreifenden Charakter hatte.

Ein weiteres Anliegen dieses Gesetzes war die Erziehung allgemein, insbesondere die Erziehung durch Arbeit, auf dem bildungsmäßigen Gebiet die staatsbürgerliche Erziehung und Bildung. Natürlich war auch die Wiedereingliederung geregelt: Jeder Gefangene, der entlassen wurde, bekam eine Arbeit und eine Wohnung zugewiesen.

Das nächste bemerkenswerte Datum in der Entwicklung des Strafvollzuges der DDR war der 9. November 1989, als sich die Grenzen öffneten. Dies war der Ausgangspunkt und gleichzeitig Höhepunkt der "Wende" allgemein, aber natürlich auch Ausgangspunkt für erhebliche Probleme und Unruhen in den Anstalten. Die Entwicklung gestaltete sich so, daß die Gefangenen wohl nicht zu unrecht glaubten, daß der gesellschaftliche Umbruch an ihnen vorbeigehen könnte. Bemerkenswert ist, daß - unter diesem Druck von außen und vor allem auch von innen aus den Anstalten heraus - am 5. Dezember 1989 erstmals nach 40 Jahren Strafvollzug in der DDR Journalisten in eine Anstalt hineindurften. Insofern war erstmals eine freie Berichterstattung über die Verhältnisse im damaligen Strafvollzug möglich. Diese Pressekonferenz hat in der Strafvollzugseinrichtung Brandenburg stattgefunden und ist natürlich ganz anders ausgefallen, als man sich das von seiten der Verwaltung des Strafvollzuges vorgestellt hatte.

Zum Ende des Jahres 1989 und mehrfach im Jahr 1990 kam es zu nicht unerheblichen und äußerst problematischen Gefangenenunruhen, die dann, weil in der Anstalt überhaupt keine Gesprächsfähigkeit mehr zwischen Personal und Gefangenen vorhanden war, dazu führten, daß kirchliche Kräfte vermittelnd eingriffen und in den Anstalten "Runde Tische" gebildet wurden. Zumindestens was Bautzen I anbetraf, kann ich sagen, daß diese Vermittlung dazu gedient hat, daß kein Blut auf beiden Seiten vergossen werden mußte. Nicht unerwähnt

möchte ich lassen, daß diese vermittelnde Tätigkeit durch kirchlich gebundene Bürger auch dazu diene, dem einen oder anderen Bediensteten eine innere Umkehr zu ermöglichen.

Die Geschichte des Strafvollzuges der DDR ist mit dem 3. Oktober 1990 beendet, als die DDR der Bundesrepublik beitrug. Mit dem 3. Oktober 1990 kam der Strafvollzug wieder in die Länderhoheit und wurde vom Bereich der Innenverwaltung in den Bereich der Justiz überführt.

Als zweiten Schwerpunkt möchte ich zu den *Vollzugszielen und zur Vollzugspraxis in der DDR* sprechen. Hierbei versuche ich, diese Vollzugsziele aus der Systematik des damaligen Strafvollzugsgesetzes herzuleiten.

Voraussetzung für die Aufnahme in den Vollzug war, daß ein rechtskräftiges Urteil, also eine rechtskräftige Entscheidung eines Gerichtes der DDR vorlag. Hier haben wir meiner Meinung nach schon das erste Problem. Es ist zu verzeichnen, daß die Länge und die Härte der Freiheitsstrafen im Durchschnitt und bei vergleichbaren Delikten wesentlich höher lagen als das heute der Fall ist. Man muß natürlich auch festhalten, daß viele Dinge in den Urteilen mit politischem Hintergrund versehen worden sind, was automatisch dazu führte, daß die Länge der Freiheitsstrafen zunahm. Viele kriminelle Handlungen wurden auch einer politischen Wertung unterzogen, was auch wieder dazu führte, daß die Länge der Freiheitsstrafen zunahm. Und es gab natürlich auch eine Reihe von Fällen, wo überhaupt kein kriminelles Handeln vorlag, sondern wo man politische Haltungen kriminalisierte, was dann zu Inhaftierungen führte.

Das wiederum führte regelmäßig dazu, daß derjenige, der dann in der Anstalt sein mußte, ganz selbstverständlich über ein mangelndes Unrechtsbewußtsein verfügte. Andererseits bestand natürlich das Problem - und dann war der Interessenkonflikt perfekt -, daß der Vollzug dem Sicherheitsbedürfnis zu dienen hatte und dienen mußte und gar nichts, aber auch überhaupt nichts von der Anstalt nach außen dringen durfte. Die Folge davon war, daß in nicht wenigen Einzelfällen zu sehr unschönen Mitteln gegriffen wurde.

Der Strafvollzug in der DDR nahm sich vor, die verfassungsmäßigen Grundrechte und Grundpflichten auch im Vollzug zu gewährleisten. Dazu gehörte die Garantie der Gesetzlichkeit und Rechtssicherheit. Aus heutiger Sicht muß ich sagen, daß dies eigentlich gar nicht möglich war, weil es nicht einklagbar war.

Es gab keine Petitionsausschüsse, es gab keinen Beirat in dem Sinne, wie wir ihn heute kennen. Es gab niemanden, der von draußen in die Anstalt hereinkam. Es gab im Prinzip kaum eine Möglichkeit, wo der Gefangene seine Rechtssicherheit oder persönliche Dinge

einklagen konnte. Es gab eine Institution, die sich Staatsanwaltschaft für Strafvollzugsaufsicht nannte. Eine völlig andere Organisation, als wir das heute kennen. Diese staatsanwaltliche Strafvollzugsaufsicht, ich schätze, daß es fünf in der damaligen DDR gab, hatte dann mehrere Anstalten, bis zu fünf oder zehn, unter sich. Was der Staatsanwalt für Strafvollzugsaufsicht mit den zahlreich vorhandenen Beschwerden Gefangener im einzelnen gemacht hat, entzieht sich zum großen Teil auch meiner Kenntnis.

Man hatte sich weiterhin vorgenommen, den Schutz des Gefangenen, seine Würde sowie die Freiheit seiner Persönlichkeit zu garantieren. Was ich in Bautzen I erlebte, waren Haft-raumbelegungen in sogenannten Sälen, überwiegend 30 bis 40 Mann. Wenn diese Haft-räume zugeschlossen wurden, ist vorstellbar, was dann noch an Schutz und Würde des Gefangenen übrig blieb. Das MfS (Ministerium für Staatssicherheit) und die Arbeitsrichtung K I/4 (Kriminalpolizei - Arbeitsrichtung I/4) waren in den großen Anstalten ständig gegenwärtig, das MfS mit ca. fünf hauptamtlichen Offizieren, die K I/4 mit drei bis vier Offizieren. In der täglichen Vollzugspraxis wurde versucht, unter konspirativer Vorgehensweise auch Gefangene, die als Spitzel dienten, in solche großen Hafträume einzuschleusen. Unter diesen Bedingungen wurde die Subkultur unter den Gefangenen zielgerichtet ausgenutzt. Dies zu Lasten einzelner Gefangener.

Man nahm sich auch vor, Gleichheit, vor allem vor dem Gesetz, zu garantieren. Auch das war ein Problem und ist zu hinterfragen. Als Beispiel möchte ich anführen, daß es relativ oft Verstöße gegen die Anstaltsordnung von Gefangenen gab. Traten diese Verstöße ein, mußte sich der mit dem Erziehungsbereich betraute Erzieher vor Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen den verursachenden Gefangenen mit der Arbeitsrichtung K I/4 abstimmen. Was dahinter steckte, kann sich jeder, glaube ich, auch selbst denken.

Gewissens- und Glaubensfreiheit wollte man garantieren. Ich weiß, und darüber habe ich hier während der Konferenz mehrfach Gespräche geführt, daß ein persönliches Gespräch des Gefangenen mit den Geistlichen, die ja auch zur Verfügung standen, so gut wie überhaupt nicht möglich war. Selbst der Gottesdienst war weitestgehend vorgeschrieben, und auch der Geistliche konnte in der Anstalt keinen Schritt ohne Begleitung gehen. Es gab auch solche Praktiken, in denen man versuchte, den Gefangenen daran zu hindern, Zugang zur Bibel zu bekommen. Grundsätzlich konnte der Gefangene nur einen Antrag auf Aushändigung einer Bibel stellen, wenn er auch nachweisen konnte, daß er an ein Glaubensbekenntnis gebunden war. Hatte er den Nachweis angetreten und den Antrag auf Ausleihe einer Bibel gestellt, dann wurde dem Gefangenen regelmäßig ausgerichtet, daß nur wenige Exemplare von Bibeln in der Anstalt existierten und diese wären gerade ausgeliehen. Der Betroffene

mußte unwahrscheinlich lange warten, bis er die Bibel auch erhalten konnte. Wenn er sie dann bekam, war die Zeit für das Bibellesen recht knapp bemessen.

Ein Recht auf Bildung wollte man verwirklichen. Dies stellte sich in der Vollzugspraxis, wenn man es näher betrachtet, ebenfalls als ein Problem dar. Bildung wurde zwar angeboten, jedoch immer erst nach verrichteter schwerer Arbeit oder an Wochenenden. Bildung als Alternative zur Arbeit war nicht üblich und mit der maximalen Ausnutzung der Arbeitskraft des Gefangenen nicht vereinbar.

Vom Strafvollzugsgesetz her war die Unantastbarkeit der Persönlichkeit garantiert. In der Praxis sah es damit etwas anders aus. Ich erinnere an das Beispiel der Belegung der Hafträume mit 30 bis 40 Personen, aus der folgte, daß Drangsalierungen der Gefangenen untereinander an der Tagesordnung waren.

Selbstverständlich hat man dann den Gefangenen auch gefragt, wenn er mit einer offensichtlichen Verletzung am nächstfolgenden Tag aus dem Haftraum heraustrat, was da wohl vorgefallen wäre. Der Betroffene hat sich aber in der Regel nicht getraut zu sagen, was vorgefallen war, und gab zum Beispiel an, daß er gegen irgend etwas gelaufen sei und daher die Verletzung herrühre.

Der Vollständigkeit halber muß erwähnt werden, daß dies auch ein Problem im heutigen Vollzug ist. Es bedarf schon eines gewissen Vertrauensverhältnisses des Gefangenen zur Behörde, daß er uns mitteilt, was vorgefallen ist. Wenn man dann später den Dingen disziplinarisch nachgeht oder auch Anzeige gegen den Verursacher erstattet, muß der Schutz des Gefangenen gewährleistet sein. Bei einer gewissen Überbelegung in den Anstalten ist dies natürlich auch heute als problematisch anzusehen.

Das Strafvollzugsgesetz der DDR schrieb vor, die Gesundheit und die Arbeitskraft des Gefangenen zu schützen. In der Vollzugspraxis sah dies ganz anders aus, weil ständig schwerste Arbeitsunfälle in den Anstalten bzw. in den damaligen Arbeitseinsatzbetrieben an der Tagesordnung waren.

Das Strafvollzugsgesetz schrieb auch die Trennung beim Vollzug vor. Das Ziel der Trennung war die sichere Verwahrung und die Erziehung des Gefangenen. Die Trennung wurde nach Art der Strafe, nach Geschlechtern, in Jugendliche und Erwachsene, Erst- und Vorbestraften, allgemeinen und erleichterten Vollzug vorgenommen - oft zu Lasten familiärer Bedingungen. Erschwerend für die Betroffenen wirkte, daß Gefangene, obwohl intakte familiäre Bindungen

vorhanden waren, in die Anstalt mußten, die jeweils zuständig war. In der Regel befanden sich diese Anstalten mehrere hundert Kilometer vom Ort der sozialen Bindung entfernt.

Laut Strafvollzugsgesetz der DDR stand die Erziehung durch Arbeit im Mittelpunkt des Vollzuges. Nüchtern betrachtet ist das eigentlich ein positives Anliegen. Ich denke, wir wären alle glücklich miteinander, wenn wir unter heutigen Umständen eine Vollbeschäftigung für die Gefangenen garantieren könnten. Trotzdem muß man sich auch dazu durchringen, die Vollbeschäftigung in der Praxis des DDR-Strafvollzuges, die zweifellos vorhanden war, zu hinterfragen. Diese Vollbeschäftigung gipfelte in einer Pflicht zur Arbeit. Derjenige Gefangene, welcher nicht arbeitete, mußte auch mit härtesten Disziplinarmaßnahmen rechnen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es Gefangene gab, die aus rein politischen Erwägungen heraus verurteilt wurden. Wenn solche es ablehnten, für den Staat zu arbeiten, egal ob in Freiheit oder im Gefängnis, wurden sie mit härtesten Disziplinarmaßnahmen zur Verantwortung gezogen worden, um sie letzten Endes zur Arbeit zu bewegen - ich könnte auch sagen: zu zwingen. Ein weiteres Problem war, daß die Arbeit zugewiesen wurde. Der Gefangene konnte sich nicht einbringen, etwa nach vorhandenen Fähigkeiten oder Neigungen. Es zählten ganz einfach volkswirtschaftliche Vorgaben. Es war auch für den betreffenden Gefangenen nicht möglich, daß er die Arbeitsstelle von sich aus wechseln konnte. Es gab außerordentlich harte Normen, die es zu erfüllen galt.

Das Strafvollzugsgesetz der DDR hatte sich weiterhin vorgenommen, dem Gefangenen eine staatsbürgerliche Erziehung und allgemeine Bildung angedeihen zu lassen. Wohlgernekt in der Reihenfolge: staatsbürgerliche Erziehung und allgemeine Bildung. In der Praxis hat man also größtenteils und vielfältig politischen Unterricht mit den Gefangenen gestaltet. Es gab auch Angebote der allgemeinen Bildung, die auch zu Abschlüssen führten, wenn der Gefangene zur Entlassung kam. Aus den dokumentierten Abschlüssen war nicht ersichtlich, daß er diesen Bildungsgang im Gefängnis vollzogen hatte. Aber es gehörte schon ein gehöriges Durchhaltevermögen der Gefangenen dazu, diese Angebote durchzuhalten und Bildungsgänge nach getaner Arbeit und am Wochenende zu absolvieren.

Der Sinngehalt des Strafvollzugsgesetzes legte großen Wert auf die Erziehung zur Ordnung und Disziplin. Aus meiner praktischen Sicht ging die Sicherheit und Ordnung in den Anstalten über alles. Es gab auch das Instrument der Anerkennung. Hierzu bemerke ich, daß nur wenige Gefangene viele Anerkennungen bekamen. Im gleichen Atemzug muß man auch die Disziplinarmaßnahmen nennen. Hier bekamen viele Gefangene auch reichlich Disziplinarmaßnahmen verhängt.

Zur allgemeinen Praxis im Vollzug der DDR ist zu konstatieren, daß er einem militärischen Régime unterworfen war. Die Strafvollzugsangehörigen waren in militärische Ränge gegliedert und zwar in Offiziere, Wachtmeister sowie Zivilbeschäftigte, wobei die Gruppe der Zivilbeschäftigten von der Zahl her so gut wie keine Rolle spielte. Die übergroße Mehrheit waren die Wachtmeister und Offiziere, letztere unterteilten sich dann in Offiziere des mittleren und höheren Dienstes.

Interessant zu wissen ist folgendes:

Den Anstalten stand ein Anstaltsleiter vor. Er nannte sich Leiter der STVE bzw. Leiter UHA. Diese Anstaltsleiter wurden auch mit verschiedenen Diensträngen bedacht. Den Dienstrang Oberst konnte derjenige Anstaltsleiter erreichen, der einer Anstalt der Kategorie I vorstand. Diese Kategorie I sagte aus, daß in dieser Anstalt 1500 Gefangene und mehr vorhanden waren. Derjenige Leiter der STVE, der sich zum Oberstleutnant hochdienen konnte und irgendwann diesen Dienstrang auch erreichte, stand in der Regel einer Anstalt der Kategorie II vor, in deren Mauern 800 bis 1500 Gefangene beherbergt wurden. Die Strafvollzugseinrichtungen der Kategorie III wurden von einem Major verantwortet, der bis zu 800 Gefangene in seiner Anstalt zu verwahren hatte. Vom Rang des Leiters der STVE leiteten sich dann auch die Dienstränge seiner Vertreter und unteren Offiziere ab.

Eine weitere Bezugsgröße im Unterstellungsverhältnis war, daß ausgehend vom Ministerium des Innern (Mdl) als obere Behörde dort auch die Verwaltung Strafvollzug (VSV) angesiedelt war. Der Verwaltung Strafvollzug unterstanden die Abteilungen Strafvollzug in den Bezirken. Diesen Abteilungen Strafvollzug der Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei unterstanden wiederum die einzelnen Einrichtungen.

Zu beachten ist, daß die Anzahl der Anstalten in den Bezirken äußerst unterschiedlich war. Unterschiedlich deshalb, weil in den Bezirken, in denen sich Schwerpunktindustrie befand, mehr Anstalten vorhanden waren als in strukturschwachen Regionen. Dies deshalb, weil die Strafgefangenen als Arbeitskräftepotential ersten Ranges zählten.

Dem Mdl unterstanden die Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei (BdVP) und diesen Bezirksbehörden die Volkspolizei-Kreisämter (VPKÄ). Die übergroße Anzahl der U-Haftanstalten waren diesen Volkspolizei-Kreisämtern nachgeordnet. Das hatte in der Praxis äußerst problematische Folgen, weil z.B. hinsichtlich des Personals der Leiter der U-Haftanstalt völlig abhängig war von dem jeweiligen Leiter des Volkspolizei-Kreisamtes.

Eine weitere fragwürdige Angelegenheit war die Verfahrensweise innerhalb des Ministeriums des Innern, insbesondere die Regelungspraxis. Auf der einen Seite gab es gesetzliche Rege-

lungen und Verordnungen sowie sonstige Vorschriften. Ausgehend von den Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, die auch öffentlich waren, gab es andererseits eine Reihe von Befehlen und Weisungen innerhalb des Mdl. Diese Befehle und Weisungen des Mdl waren keineswegs mehr öffentlich zugänglich. Darüber hinaus sind noch Ordnungen, Verwaltungsvorschriften, schriftliche und auch mündliche Anweisungen zu benennen.

In der Reihenfolge der Aufzählung gab es davon unzählig viele, die auch wiederum einen unterschiedlichen Geheimhaltungsgrad hatten. Zwar gab es offene Befehle und Weisungen, die mehr oder weniger für alle Beschäftigten im Bereich des Mdl zugänglich waren. Dann gab es solche, die sich NfD (Nur für den Dienstgebrauch) nannten. Hier kommen schon erste Einschränkungen vor. Dann gab es Vorschriften, die sich VD (Vertrauliche Dienstsache) nannten. Der Teilnehmerkreis derer, die das lesen durften, wurde noch enger. Dann gab es eine nächste Geheimhaltungsstufe, die sich VVS (Vertrauliche Verschlusssache) nannte. Eine noch größere Einengung derjenigen, die das zu Gesicht bekamen, trat ein. Daran schloß sich eine nächst höhere Geheimhaltungsstufe an, die sich GVS (Geheime Verschlusssache) nannte. In den Anstalten gab es in der Regel nur noch vier Personen, die Schriftstücke der Geheimhaltungsstufe GVS lesen durften. Daran schloß sich dann die höchste Geheimhaltungsstufe, die GKDOS (Geheime Komandosache) an. Schriftstücke der Geheimhaltungsstufe GKDOS blieben im Prinzip nur im Panzerschrank des Anstaltsleiters.

Diese Vorgehensweise war wohl gut durchdacht und hatte äußerst problematische Folgen, weil damit gesetzliche Regelungen immer mehr eingeengt und ausgehöhlt werden konnten. Man scheute sich auch nicht, aufgrund fernmündlicher Gespräche, Einzelfestlegungen für Gefangene zu treffen, die dann so aussahen, daß einzelne Gefangene aus Arrestbereichen, die sich regelmäßig im Keller befanden, für lange Zeit überhaupt nicht mehr herauskamen.

Ein weiteres Erschwernis in der Vollzugsgestaltung in der DDR war die schon benannte Abschottung des Vollzuges nach außen hin. Wie schon festgestellt, war die Öffentlichkeit von der Teilnahme am Vollzug völlig ausgeschaltet. Der Strafvollzug wurde vor der Bevölkerung als Geheimsache betrieben. Es gab zwar in der damaligen Presse eine Gerichtsrubrik. Nach meinem Erkenntnisstand wurden jedoch Probleme aus den Anstalten überhaupt nicht dargestellt. Zum Beispiel war es den Bediensteten der Anstalt aus Gründen des Geheimnisschutzes untersagt, über Dinge in der Anstalt, z.B. mit dem Ehepartner zu sprechen. Unter anderem darüber wurde jeder Bedienstete einmal im Quartal belehrt. Verstöße gegen die Vorschriften hatten sehr unangenehme Konsequenzen. Diese Verstöße nannten sich dann "Verstoß gegen die Geheimhaltungsordnung" und wurden disziplinarisch belangt. Dies ist deshalb zu betonen, weil diese Vorgehensweise ganz sicherlich zu erheblicher Frustration bei den Bediensteten geführt hat. Wenn man Dinge mit sich herumtragen muß, die man

nicht einmal mit dem nächsten Angehörigen, sprich Ehemann oder Ehefrau, besprechen kann, bauen sich diese Probleme zum Konflikt auf. Nicht jeder Bedienstete ist in der Lage, solche Konflikte mit sich selbst abmachen zu können.

Als äußerst beschwerlich in der Vollzugspraxis der DDR stellte sich die permanente Überbelegung - außer zu Zeiten der Amnestien - dar. Aus zwei Anstalten liegen mir dazu detaillierte Zahlen vor. Diese betreffen die Anstalten in Dresden und Bautzen. Die Untersuchungshaft-Anstalt Dresden war konzipiert für eine Kapazität von 350 Gefangenen. Zum Vergleich wäre die heutige Kapazität von 197 Gefangenen anzuführen, wobei sich die momentane Belegung in der Justizvollzugsanstalt Dresden zwischen 230 und 250 Gefangenen bewegt, was schon jetzt eine obere Grenze darstellt, die auch nicht überschritten werden wird. Zu DDR-Zeiten war die Anstalt in Dresden für wenige Wochen sogar mit 650 Gefangenen belegt, normalerweise mit 450 bis 500 Gefangenen.

Die Anstalt Bautzen I war konzipiert für eine Kapazität von 1450 Gefangenen. Praktisch waren jedoch zeitweise bis zu 2850 Gefangene in der Anstalt inhaftiert. In der Regel waren es 2000 bis 2200 Gefangene.

Das führte regelmäßig dazu, daß Gefangene - wie schon dargestellt - in sogenannten Sälen zu 30 bis 40 Mann untergebracht werden mußten und in Räumen, welche eigentlich nur für Einzelunterbringung konzipiert waren, als Mehrfachbelegung. So erfolgte vor allem in der damaligen UHA Dresden, die für Einzelunterbringung vorgesehen war, eine Belegung mit drei bis vier Inhaftierten pro Einzelhaftraum. Der vierte Gefangene hatte dann ein sogenanntes "U-Boot", welches aus einem Holzbrett und einer aufgelegten Matratze bestand.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß es in den Anstalten eine umfangreiche sozialistische Propaganda für das Personal gab. Eine dieser Veranstaltungen war die regelmäßig stattfindende Politschulung. Dort wurde ein Feindbild vermittelt, nach außen und auch nach innen. Man vermutete ständig Feinde im Inneren der DDR. Man zählte auch denjenigen, der sich wiederholt und bewußt gegen gesetzliche Regelungen stellte, als einen Feind der sozialistischen Entwicklung. Aus dieser Sicht gab es durchaus ein Feindbild gegen den Gefangenen. Auch deswegen fand alles andere statt, als eine Nähe des Bediensteten zum Gefangenen. Es war äußerst verpönt, mit den Gefangenen ein menschliches Wort zu wechseln, weil das als menschliche Schwäche und Weichheit des Bediensteten gewertet wurde.

Die Vollzugspraxis in der DDR war geprägt von ständigem Personalmangel. Ich denke auch, daß der Strafvollzug in der DDR eine unbeliebte Tätigkeit war. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sicherlich ist durch die Politik, daß keine Informationen über die Anstalten vorhanden

waren, dort eine Grauzone entstand und keiner sich vorstellen konnte, was der Dienst dort bedeutet. Deshalb kein Interesse, Dienst in den Anstalten zu tun. Das führte zu einem ständigen personellen Defizit. Da es nicht ständig größer werden durfte, mußte man gezwungenermaßen etwas tun, um das nötige Personal in den Anstalten zu haben.

Dies löste man dadurch, daß man Versetzungen, Abkommandierungen nannte man das, aus dem Bereich der Polizei in die Vollzugseinrichtungen vornahm. Diese Leute kamen zum großen Teil äußerst demotiviert in die Anstalten. Eine andere Gruppe Bediensteter war für die jeweilige Tätigkeit im Bereich der Polizei nicht mehr zu verwenden. Aber man glaubte, daß diese Bediensteten für einen Dienst im Strafvollzug noch tauglich wären. In Bautzen I waren ständig 80 Stellen nicht besetzt. Unter anderem gab es deshalb in dieser Anstalt ein ständiges "Werbesoll für Personaleinstellungen", das regelmäßig nicht erbracht wurde. Das führte dann dazu, daß man jedes Jahr zehn bis zwanzig Stellen von vorgesetzter Seite her wegstrich. Da aber in der Zwischenzeit wieder neue 20 Fehlstellen entstanden waren, blieb man immer bei diesen 80 Fehlstellen hängen.

Zum Schluß nun ein persönlicher Rückblick:

Ich habe das Gefühl, daß sich das heutige Personal in den Anstalten bei der gegenwärtigen Vollzugsgestaltung nach einer gewissen Ordnung in den Anstalten sehnt, nach gewissen Leitlinien, nach denen man gehen kann. Dies wahrscheinlich insbesondere in den neuen Bundesländern. Das Gespräch und die Argumentation mit den Gefangenen fällt äußerst schwer. Ebenso, den eigenen Verantwortungsrahmen ganz einfach zu sehen und auszuschöpfen.

Ich glaube, es wird als viel einfacher empfunden zu sagen: "Das hat der Anstaltsleiter angeordnet, da steht es geschrieben, und jetzt muß ich das Ihnen gegenüber durchsetzen." Es ist aus meiner Sicht ein Drang festzustellen, sich festhalten zu wollen. Diese Probleme treten sicherlich auch deshalb auf, weil früher alles überregelt war und man sich immer hinter diesen Anweisungen, Befehlen und Weisungen ein ganzes Stück verstecken konnte.

Hier steht uns ein langer Entwicklungsprozeß bevor. Als eine wesentliche Unterstützung in diesem Entwicklungsprozeß habe ich die Tätigkeit der größtenteils nebenamtlichen Geistlichen empfunden. Der Geistliche kommt von außen in die Anstalt, ist Angestellter seiner Kirche und obliegt in dem Sinn nicht der Hierarchie der Anstalt. Ich empfinde dieses Modell als denkbar und habe damit auch keine persönlichen Schwierigkeiten.

Insofern steht "ein Außenstehender" zur Verfügung, der dem Anstaltsleiter auch beratend zur Seite stehen kann und auch den Behördenleiter ein Stück mit auf den Weg nehmen kann.

Ich denke auch, daß die Arbeit im Gefängnis immer krisenbelastet ist und es immer wieder Situationen gibt, in denen man als Angestellter oder Beamter der Behörde mit dem Gefangenen ganz einfach nicht mehr reden kann und es keine Konfliktlösung zu geben scheint. Auch aus dieser Sicht ist es u.a. möglich, daß der Geistliche Lösungen anbietet.

In der Justizvollzugsanstalt Dresden nehmen beide Geistlichen vollberechtigt am Vollzugsleben teil. Dies wird von allen am Vollzug Beteiligten äußerst dankbar empfunden.

Abschließend möchte ich feststellen, daß ich lange überlegt habe, auch für mich zu entscheiden, "Blick zurück nicht im Zorn oder im Zorn". Ich bin froh und glücklich, daß ich die Möglichkeit erhalten habe, auch jetzt Vollzug gestalten zu dürfen. Dies ist eher ungewöhnlich, weil gerade im Freistaat Sachsen eine äußerst kritische Personalauswahl getroffen wurde. Aus meiner früheren Zeit habe ich Erfahrungen mitgenommen, die ich nicht fallenlassen will und kann. Dabei spielt auch das Erleben eine Rolle, daß ich bestimmte Vollzugsprobleme nie wieder so anfassen würde, wie ich dies vor 1990 getan habe. Insgesamt stelle ich für mich fest, daß ich kritisch zurückblicke, aber nicht im Zorn.

Letztlich möchte ich mich für Ihre große Aufmerksamkeit recht herzlich bedanken.

SOZIALISATIONSBEDINGUNGEN IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND UND IHRE FOLGEN IM VEREINIGUNGSPROZESS

Dr. med. Hans-Joachim Maaz, Halle

Als Psychotherapeut beschäftige ich mich mit den psychosozialen Folgen gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie sich durch soziale und politische Bedingungen und durch Erziehung im einzelnen Menschen manifestieren. Seit 1989, seit der "friedlichen Revolution" in der DDR und durch die nachfolgende Vereinigung der beiden deutschen Staaten, können wir interessante Tendenzen der psychischen Befindlichkeit und des sozialen Verhaltens bei vielen Menschen beobachten. Ich will dabei drei Phasen unterscheiden und diese jetzt kurz charakterisieren:

1. Die Zeit vor der Wende in der DDR (bis 1989)
2. Die Zeit während der Wende in der DDR (1989 bis 1990)
3. Die Zeit seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten (seit 3. 10. 1990).

Das politische System der DDR muß als umfassend autoritär repressiv beschrieben werden. Das verhängnisvolle dabei war die weitgehende Übereinstimmung der gesellschaftlichen Erziehungsideale mit den vorherrschenden familiären Erziehungsstilen. Dies ist deshalb so wichtig zu wissen, weil es eben nicht nur ein politisches Unterdrückungssystem gab, nach dessen Abschaffung die Menschen einfach aufatmen und sich frei entfalten könnten, sondern weil die Unterwerfung unter den Willen der Mächtigen bereits in der frühen Kindheit begann und in aller Regel in der Schule dann vollendet wurde. Davon waren also auch Familien betroffen, die sich in innerer Distanz zum politischen System in der DDR befanden. Noch lange bevor eine politische Indoktrinierung Einfluß gewinnen konnte, waren die Kinder bereits zur Unterwerfung, Abhängigkeit und Beeinflußbarkeit psychisch vorbereitet. In aller Regel wurden die Kinder nicht um ihrer selbst willen angenommen und nicht in ihren ureigensten und individuellen Bedürfnissen und Regungen verstanden und bestätigt, sondern sie wurden auf äußere Verhaltensnormen orientiert und mußten möglichst schnell herausfinden, was von ihnen erwartet wurde. Diese Einstellung der Eltern gegenüber ihren Kindern war weit verbreitet, unabhängig von der politischen Überzeugung. In den meisten Familien ging es dabei um Gehorsam und Anpassung, um Disziplin und Ordnung, um Fleiß und Tüchtigkeit. Und natürlich reagieren Kinder noch heftig mit ihren Gefühlen auf solche autoritäre Erziehung. Aber ihr Protest und Zorn über die Einengung und Unterdrückung, ihr Schmerz wegen ungenügender Befriedigung eigener Bedürfnisse und ihre Trauer bei Verlust an mitmenschlichen Kontakten und Lebensmöglichkeiten wurde ganz systematisch und konsequent unterdrückt und am Ausdruck gehindert.

Diese Erziehung wurde durch Strafen, Einschüchterung und Ängstigung, durch Trennungserfahrungen (frühe Trennung von Mutter und Kind, durch die Kinderkrippen) und durch Privilegien (wer sich am besten anpaßte und unterordnete, dem wurde Lob und Anerkennung zuteil und später Aufstieg und Karriere in allen Bereichen der Gesellschaft eröffnet) durchgesetzt. Individualität, Autonomie und Kritikfähigkeit durften nicht entwickelt werden und wurden durch Bedrohung, Beschämung und Ausgrenzung unterdrückt. Die Folgen solcher autoritären Erziehung beschreibe ich mit den Begriffen Entfremdung, Mangelsyndrom und Gefühlsstau.

Mit Entfremdung soll ein Zustand benannt werden, der ein "falsches Selbst" nach außen zeigt, meist geprägt von Freundlichkeit, Höflichkeit, Gehorsam und Disziplin - unter dieser sozialen Fassade aber sind heftige Gefühle von Wut, Schmerz und Trauer verborgen und eine tiefe Sehnsucht nach einem unverstellten Leben. Mit Mangelsyndrom ist ein angespannter seelischer Zustand gemeint, weil wesentliche psychosoziale Bedürfnisse nicht befriedigt werden, ja nicht einmal gezeigt werden dürfen und das vorherrschende Gefühlsverbot eine Entlastung verhindert.

Dadurch verlieren die Menschen an Selbstvertrauen und Selbstsicherheit, sie verlieren überhaupt den Kontakt zu sich selbst, sie können nicht mehr vertrauen auf ihre innersten Bedürfnisse und Befindlichkeiten, statt dessen wächst die Abhängigkeit, gesagt zu bekommen, was gut und was schlecht, richtig oder falsch sei und wie man sich verhalten müsse, was man tun und lassen dürfe. Das ist die psychologische Grundlage für Untertanengeist. Die kommunistische Partei und der Staatssicherheitsdienst haben diese Unsicherheit und Abhängigkeit für ihre Interessen zu nutzen gewußt. Sie hatten dadurch häufig ein leichtes Spiel für Einschüchterungen und Erpressungen und gewannen viele Mitläufer, indem sie den Menschen suggerierten, daß sie von der Partei gebraucht würden, wichtig seien und einer großen Sache dienen würden. Das war für viele Menschen wie Balsam auf die verletzten Seelen.

Als Folge dieser Verhältnisse waren viele Menschen in Ostdeutschland gehemmt und eingeschüchtert, wenig selbständig und durchsetzungsfähig, mit einer Neigung zur Depressivität, Passivität und Resignation.

Während der Wende im Herbst 89 haben viele Menschen ihre Deformierung, zumindestens für kurze Zeit, überwinden können. Im Schutzraum der revolutionären Massenbewegung haben die Menschen wieder zu aufrechter Haltung, zu klaren Worten und spontanen Emotionen gefunden, sie waren aktiv, offen und kritisch und sehr kreativ. Allerdings wurde dieser kollektive Gesundungsprozeß mit der Grenzöffnung wieder beendet. Die Menschen stürzten

in die Freiheit. In einem Kauf- und Reiserausch wollten sie nun endlich auch etwas von dem langersehnten westlichen Leben genießen. Dieses Befreiungssyndrom aus politischer Vormundschaft und kleinbürgerlicher Enge ist zwar gut zu verstehen, stand aber vor allem auch im Dienste der Abwehr von Schuld und Schmach. Die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit den Ursachen für das Entstehen eines neuen totalitären Regimes auf deutschem Boden, mit den eigenen seelischen Verletzungen, mit Mitläufertum und Mittäterschaft, hat es kaum gegeben. Statt dessen dominierte die illusionäre Hoffnung, daß durch die Westliche DM, durch die Übernahme des westdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystems, es nun auch bald im Osten Deutschlands zu einem "Wirtschaftswunder" kommen würde und damit wären dann schnell alle Probleme und Fehler der Vergangenheit vergessen.

Tatsächlich muß die Vereinigungspolitik als eine umfassende kollektive Verdrängung verstanden werden. Eine wirkliche Vereinigung mit Veränderung auf beiden Seiten ist bisher nicht zustande gekommen. Viele Menschen stehen sich jetzt noch mehr als früher fremd und vorurteilshaft gegenüber. Um dies zu verstehen, muß auch die Sozialisation der Menschen in Westdeutschland kritisch analysiert werden.

Die gemeinsame Vergangenheit, die wir Deutschen zu verantworten haben, den deutschen Nationalsozialismus mit Krieg und Holocaust, ist nach 1945 nicht wirklich verstanden oder gar bewältigt worden. Es hat zwar umfassende äußere politische Veränderungen gegeben, aber die psychosozialen Grundlagen für faschistische Charakterstrukturen, für die tiefreichenden Folgen des Autoritarismus, sind nicht aufgelöst worden. Mit der Spaltung Deutschlands mußte die ganz persönliche Schuld und Betroffenheit von Millionen Deutschen nicht individuell erlebt und aufgearbeitet werden, sondern konnte kollektiv abgespalten und wechselseitig projiziert werden. Im "kalten Krieg" galt jeweils die andere politische Seite als der Inbegriff des Bösen und Gefährlichen.

Diese neuen propagierten Feindbilder fanden in den unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in Ost und West bald auch eine entsprechende psychosoziale Unterstützung. Vor allem die Wirtschaftsbedingungen haben in Westdeutschland durch einseitige Betonung von Leistungskraft, Durchsetzungsfähigkeit und Konkurrenzverhalten eine Tendenz der Ich-Stärke und Selbstbehauptung, des Individualismus und Egoismus befördert, die genau im Gegensatz zu den psychosozialen Eigenschaften stehen, die die Menschen im Osten entwickeln sollten: Ich-Schwäche, Unterordnung, Kollektivgeist und Solidarität.

So wurden jeweils die Eigenschaften, die in dem einen politisch-ökonomischen System nicht gefragt waren, z.B. Angst, Schwäche, Ohnmacht und Hilflosigkeit, im Westen auf die "armen

Brüder und Schwestern" im Osten delegiert, was sich heute noch im Vorurteil des "Jammer-Ossi" ausdrückt und das im Osten nicht erlaubte Selbstbewußtsein und die verpönte Eigenständigkeit wurden auf die "freien und reichen Tanten und Onkels" im Westen projiziert, was heute noch im Vorurteil des "Besser-Wessi" transportiert wird. So haben sich Ost- und Westdeutsche wie gegenseitige Schatten gedient und die eigenen Defizite der jeweiligen Lebensart mußten nicht gesehen werden. Auf diese Weise haben die Menschen in der DDR das Leben im Westen unkritisch glorifiziert und anders herum wurde von den Westdeutschen das Leben in der DDR unberechtigt als nur minderwertig deklassiert.

Die deutsche Vereinigung ist genau nach diesem Muster vollzogen worden. Je mehr die Ostdeutschen ihre aufgenötigte Tendenz zur Anpassung, Unterordnung und äußeren Erlösungshoffnung zeigten, desto mehr wurde dadurch das Überlegenheitsgefühl und Dominanzgebaren der Westdeutschen provoziert. Und je mehr Herrschaftsanspruch von westlicher Seite geltend gemacht wurde, desto mehr wurde der Untertanengeist im Osten aktiviert.

So wird die Vereinigung für viele Menschen im Osten zu einer neuen Bedrohung, Kränkung und Demütigung. Indem alles, was das Leben in der DDR bestimmt hat, abgewertet wird und aufgegeben werden muß und alles, was aus dem Westen kommt, als besser und überlegen behauptet wird, auch wenn es nicht der Realität entspricht, wird die Vereinigung von vielen als Kolonialisierung empfunden.

Ein ganzes Volk wird in den Status von Schülern und Lehrlingen zurückversetzt. Die Menschen in der zweiten Lebenshälfte, die ihre soziale Rolle aus Lebenserfahrung und beruflicher Kompetenz gewinnen, werden ihrer Würde beraubt und haben die allerwenigsten Chancen auf dem veränderten Arbeitsmarkt. Die Mehrheit der Frauen war früher berufstätig und sie sind jetzt am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, was sich erheblich auf das soziale Gefüge der Familien auswirkt. Die Führungspositionen, die früher fast ausschließlich von Mitgliedern der SED besetzt waren, werden jetzt überwiegend von Westdeutschen eingenommen. Das Eigentumsrecht - die bisherige Regelung, Rückgabe geht vor Entschädigung - bevorzugt vor allem die Westdeutschen, die jetzt Anspruch auf Immobilien erheben, die nach 1945 nach DDR-Recht von Ostdeutschen erworben worden waren. Überhaupt gehen Grundbesitz, Immobilien und Produktionsmittel überwiegend in westliche Hände, weil nur dort entsprechendes Kapital vorhanden ist. Auf diese Weise werden die Ostdeutschen erneut und auf lange Zeit benachteiligt, was erheblichen sozialen Neid auslöst.

Das übernommene Rechtssystem aus der Bundesrepublik ermöglicht keine strafrechtliche Verfolgung der politischen Verbrechen der früheren Machthaber, die häufig sogar infolge ihrer bevorzugten Stellung durch Bildung, Einfluß und Erfahrung auch heute wieder besser

gestellt sind als der ostdeutsche Durchschnittsbürger. Arbeitslosigkeit ist eine völlig neue Erfahrung - unter sozialistischen Bedingungen unbekannt - die schwere Kränkung und Unsicherheiten provoziert. Arbeit war in der DDR nicht nur ein Job zum Geldverdienen, sondern auch beziehungsstiftend und sinnerfüllend. Diese wesentlichen sozialen Möglichkeiten gehen mit der Arbeit verloren. Die Arbeitslosigkeit betrifft in manchen Regionen 30 bis 50 Prozent der Bevölkerung, wenn man die verdeckte Arbeitslosigkeit durch Umschulungen und vorzeitigen Ruhestand dazu zählt.

So kommen zu den wesentlichen Fehlern der schnellen Vereinigung, keine eigenständige Demokratisierung im Osten zu ermöglichen und über die eigene Vergangenheit keine Klarheit und Gerechtigkeit herzustellen, die neuen schwerwiegenden Probleme von Benachteiligung und Unterwerfung hinzu. Wir müssen uns also fragen, weshalb der Vereinigungsprozeß so unglücklich und ungerecht verläuft und von daher auch Radikalisierung und Gewalt verstärkt, so daß es in diesem Zusammenhang nicht verwundert, wenn Fremdenhaß, Rassismus und Nationalismus wieder aufkeimen. Die unbewältigten Folgen der autoritären Verhältnisse: Mangelsyndrom und Gefühlsstau brechen jetzt wieder durch. Im Osten war dies bisher mit sicherheits- und polizeistaatlichen Mitteln unter Kontrolle gehalten und im Westen durch Konsum, Zerstreuung und Vergnügung abgelenkt worden. Der staatliche Repressionsapparat ist weggefallen, ebenso wird die Droge Wohlstand für immer weniger Menschen erreichbar und greift im Osten nur für ganz Wenige.

Wir müssen feststellen, daß die deutsche Vereinigung von Ängsten beherrscht wird: Im Osten ist es vor allem die Angst vor Freiheit und im Westen die Angst vor Veränderung. Das klingt paradox, erklärt sich aber aus der Tatsache, daß äußere Freiheit erst recht die innere Unfreiheit bewußt macht. Die heutige Chance, sich frei zu entfalten, stößt auf ein tiefes inneres Gebot, sich unbedingt angepaßt und gehorsam zu verhalten. Um diese innere Eingenung zu überwinden, müßte die frühe Lebens- und Erziehungsgeschichte erinnert und emotional mit Wut, Haß, Schmerz und Trauer verarbeitet werden. Dafür gibt es weder Raum noch Zeit noch Verständnis. Und die Angst vor Veränderung erklärt sich aus der Tatsache, daß die Anpassung an ein egoistisches Leistungsverhalten auch mit viel schmerzvoller Entbehrung und Verzicht auf Entspannung und Passivität und Weichheit verbunden ist, was wiedererlebt würde, wenn die Leistungs- und Konsumsucht aufgegeben würde.

Die globalen Probleme (Wirtschaftsrezession, ökologische Katastrophen und der wachsende Konflikt zwischen Nord und Süd) lassen aber erkennen und befürchten, daß der bisherige Wohlstand als Entschädigung für die Anpassungsleistung nicht mehr wie bisher zur Verfügung stehen wird. Das beunruhigt und ängstigt viele Menschen. Die bisherige Lebensart gerät in Frage und bittere Erkenntnisse stehen an. In solchen Krisenzeiten wachsen auch

die Abwehrmechanismen, die eigenes Versagen vertuschen sollen, und die Suche nach Sündenböcken beginnt. Auch aus diesem Grunde ist die innere Einheit in Deutschland noch längst nicht erreicht, weil Mißtrauen und Vorurteile im Dienste der Abwehr die notwendige Verständigung erschweren. Gemeinsam finden die Ost- und Westdeutschen auch zunehmend in den Asylbewerbern die vermeintliche neue Bedrohung.

Die momentanen psychosozialen Spannungen in Deutschland verstehe ich als ein Symptom für die grundsätzlichen Veränderungen in dieser Welt.

Die sozialistischen Systeme sind nicht wirklich durch Revolutionen überwunden worden, sondern sie sind an den psychosozialen Folgen der autoritären Verhältnisse mit wirtschaftlichem Versagen und geistiger Enge gescheitert.

Die westlichen Demokratien haben vom Wettkampf der Systeme viel profitiert und im Vergleich miteinander an Attraktivität gewonnen. Diese Zeit ist vorbei.

Jetzt müssen die ökologischen Probleme und die ungerechte Verteilung von Arbeit und Wohlstand, wie sie durch expansives Wirtschaftswachstum entstehen, Anlaß für ein Umdenken werden. Die Schwierigkeiten in Deutschland, wenn es nur um einen Ausgleich des Wohlstandsgefälles gehen soll, machen aufmerksam auf die Unmöglichkeit, die Länder des früheren Sozialismus einfach nur zu "verwestlichen". Der Sieg des Westens sollte uns nicht verblenden und die anstehende Herausforderung nicht verschleiern, daß jetzt schwierige Entwicklungen gerade in den bisher so erfolgreichen Industrienationen anstehen. Dabei dürften neue Wertmaßstäbe von zentraler Bedeutung sein.

Wir brauchen jetzt eine umfassende Diskussion, Ideen und Visionen, wie das weitere Zusammenleben der Menschen dieser Erde gestaltet werden kann. Eine Antwort darauf erwächst auch aus den psychotherapeutischen Erfahrungen im Umgang mit der wachsenden Zahl von Menschen, die unter den Bedingungen der Konsumgesellschaft psychisch oder psychosomatisch erkranken, die Süchte entwickeln oder zu Kriminalität und Gewalt neigen. Diese Menschen können durch Therapie ihre Störungen überwinden, wenn es ihnen gelingt, die Defizite an menschlichen Beziehungen (Mangelsyndrom) zu verringern und den Gefühlsstau abzubauen. Wenn sie dadurch die anerzogene Entfremdung überwinden und wieder offener, ehrlicher, authentischer und miteinanderbezogener leben, dann müssen sie nicht mehr übermäßig viel konsumieren, Macht über andere Menschen anstreben oder sich gewalttätig abreagieren.

In einer "therapeutischen Kultur", die vor allem die psychosozialen Folgen des Autoritarismus überwinden helfen könnte, liegt eine Chance für unsere Zukunft.

**SOZIALISATIONSBEDINGUNGEN IN DER "ALTEN" BUNDESREPUBLIK -
IMPULSE DER ACHTUNDSECHZIGER**

Monika Seifert, Frankfurt a.M.

Für mich war die bestimmende Frage meines Lebens: Wie konnte das mit den Nazis passieren? Wie war Auschwitz möglich? Das hat mich beschäftigt, seit ich denken kann. Und insofern ist es auch nicht zufällig, daß ich in Frankfurt gelandet bin, weil da versucht wurde, die Frage in einer Form zu beantworten, in der sowohl die Ökonomie als auch die Psychologie eine Rolle spielte. Auf die Frage "Wie ist so etwas ökonomisch möglich?" hat die DDR ja versucht, ihre Antworten zu geben. Die Frage "Wie war das psychisch möglich?" wurde nicht gestellt. Bei uns wurde gesagt, ökonomisch hat es überhaupt nichts damit zu tun und psychisch eigentlich auch nicht. Das Problem wurde nach Möglichkeit ganz vertuscht. Und in dieser Atmosphäre bin ich sozialisiert. Ich bin älter als die Achtundsechziger; aber auch unserer Generation und bei den etwas Jüngeren gab es Leute, die diese Fragen interessiert haben. Wir mußten, wenn man so will, so etwas wie eine Art von Nach-Sozialisation mit uns veranstalten, wenn wir diese Fragen überhaupt stellen, geschweige denn Antworten bekommen wollten. Tabus zu durchbrechen war damals deutlich schwieriger.

Ich versuche im folgenden anhand meiner Geschichte, die sich langsam auseinander entwickelnde Sozialisation in Ost und West zu beschreiben.

Als ich 1958 im Sozialistischen Studentenbund für die Bildungsarbeit zuständig war, da gab es einen kleinen Haufen von Karteikarten. Auf jeder Karteikarte stand die Adresse eines sogenannten Erwachsenen, den man vielleicht einmal einladen könnte, der überhaupt zu einem kommen und mit einem reden würde. Das heißt, es war eigentlich nichts da. Wir mußten von dem, was in den zwanziger Jahren schon an theoretischen Grundlagen da war, erst einmal wieder was ausbuddeln. Das Institut für Sozialforschung in Frankfurt, an dem ich studiert habe, hatte 1936 einen dicken Band "Autorität und Familie" in Paris veröffentlicht. Darin gab es den Aufsatz von Erich Fromm über die sozialpsychologischen Grundlagen der autoritären Persönlichkeit und darin gibt es eine winzige Fußnote, in der auf Wilhelm Reich hingewiesen wird. Bei meinem Versuch, etwas von Reich zu finden, entdeckte ich zwei, drei kleine Broschüren mit dem Stempel "Von der SS beschlagnahmt". Sonst gab es nichts. Ich habe festgestellt, daß das Institut genau dasselbe gemacht hat, was die Gesellschaft mit Reich auch gemacht hat: Sie haben ihn totgeschwiegen. Daß er in der Zwischenzeit in Amerika im Gefängnis gestorben war, das habe ich dann auch irgendwann mal herausbekommen. Es kennzeichnet das Klima, daß selbst jemand, der soviel zur Beantwortung der Frage "Wie konnte es dazu kommen?" beigetragen hatte, sogar von denen totgeschwiegen wurde, die

sich die Frage Ende der fünfziger Jahre am stringentesten stellten. Reich war Psychoanalytiker, zeitweilig Kommunist, er wurde 1933 gleichzeitig aus der Kommunistischen Partei und aus der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung ausgeschlossen, weil beide Vereinigungen nicht ertrugen, welche Bedeutung er der Sexualität für das menschliche Verhalten zuschrieb. Er war sicherlich schwierig und kompliziert, aber sein Beitrag zur Erklärung autoritären Verhaltens ist unersetzlich.

Ja, das war das Klima, in dem ich analytisch und theoretisch zu denken angefangen habe und mir in dem Wirrwar von Tabus, gutem Willen, Abscheu usw. einen Weg zu bahnen begann. Unsere familiäre Sozialisation, die war ja in West und Ost noch von den selben Prinzipien geprägt, den individuellen Unterschieden, die es in Familien eben gibt, z.B. daß manche Familien liebevoll und manche weniger liebevoll sind, manche verständnisvoller, aber nicht sehr liebevoll, andere vielleicht sehr liebevoll aber überhaupt nicht verständnisvoll usw. Die gesellschaftlichen Bedingungen andererseits konnten nicht unterschiedlicher sein. Im Nachhinein würde ich sagen, wenn wir irgendetwas ändern wollten, dann konnten wir eigentlich nur uns ändern. Aber das hätten wir damals natürlich nicht so formuliert. Ich gehöre zu der Generation, die Veränderungen eher auf politischem Weg anstrebten. Insofern unterschieden wir uns in Ost und West noch nicht grundsätzlich von dem Verständnis dessen, was politisch sei. Ansätze, die sich in der Zwischenzeit entwickelt haben, wo man gesellschaftliche Veränderungen nur als individuelles, evt. therapeutisches Problem sieht, gab es nicht.

Wenn ich so zurückblicke, dann denke ich, daß alle Arten von sozialen Bewegungen, die es im Westen gegeben hat, immer auch Chancen darstellten, in der unsere eigene Sozialisation sich ändern konnte. Das begann schon ganz früh - um das an einem Beispiel zu zeigen, an das ich mich sehr gut erinnern kann, an einen ersten illegalen Massenstreik zu Anfang der Fünfziger. Der Streikführer war ein junger Mann von 21 oder 22 Jahren. Dieser Streik auf der Howald-Werft brach natürlich irgendwann zusammen. Aber er hat sicherlich für die Leute, die mitgemacht haben, eben genau aus diesem antiautoritären Impuls heraus lebensgeschichtlich etwas bewirkt: Ein Gefühl für die eigene Kraft, aber gleichzeitig auch für das mögliche Scheitern. Am Beispiel dieses jungen Mannes stelle ich fest: Antiautoritäre Impulse wurden damals auch im Westen nicht geduldet. Er war KP- und FDJ-Mitglied, er wurde aus beiden Organisationen ausgeschlossen und er landete für das, was er gemacht hatte, in einem bundesdeutschen Gefängnis. Ich will damit sagen: Wenn man Kommunist oder linker Sozialist war - und das galt als Gipfel der Unangepaßtheit - dann war es auch unter den Bedingungen der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik keineswegs sehr einfach. Aber langfristig konnten diese Kräfte sich in der BRD doch anders entfalten. Nicht nur wegen der größte-

ren Pluralität sondern auch, weil die Gesellschaft z.B. auf größere Flexibilität, Kreativität und Eigeninitiative eines Teils ihrer Mitglieder angewiesen war.

Die nächste große Bewegung war: keine Bundeswehr. Sie war wirklich eine Massenbewegung. Auch sie ist gescheitert, aber gerade sie hatte langfristige Folgen. Ein Drittel aller jungen Männer verweigern in der Zwischenzeit den Wehrdienst.

Die nächste dieser Bewegungen zeigte zum ersten Mal das, was man dann später single purpose movement oder Ein-Punkt-Bewegung genannt hat. Hier mußten Forderungen nicht mehr mit einer Theorie von der Gesellschaft legitimiert werden, sondern man vertrat eine Forderung, nämlich damals keine Atom-Bewaffnung der BRD. Das war, glaube ich, die erste dieser Bewegungen, die wirklich, weil Aktionen von spontan entstandenen Gruppen erdacht und ausgeführt wurden, die Lebenswelt der Beteiligten langsam zu verändern begann. "Keine Atombewaffnung" war erst einmal auch eine der großen Massenbewegungen. Aber sie brach, nachdem die SPD sich sehr schnell auch wieder aus ihr wegbewegt hatte, nicht zusammen. Es kristallisierte sich dann das heraus, was die Ostermärsche waren, als Konsequenz aus der Einsicht, daß auf die etablierten Organisationen wie Partei oder Gewerkschaft kein Verlaß ist. Ich denke, der Ostermarsch hatte einerseits so etwas altmodisch Jugendbewegtes, aber auch etwas von einer neuen Qualität, daß man sich nicht mehr von der Forderung der sofortigen Machbarkeit, Umsetzbarkeit terrorisieren ließ und auch nicht von dem Zwang, alles sofort begründen zu müssen. Da gab es immer das Moment "Ich will das einfach nicht", dieses Gefühl, ich kann einfach mal sagen: "Das paßt mir nicht." Ich glaube, das war wichtig. Das war vielleicht nicht das Tragende am Anfang, aber daß so etwas wie "Ich habe ein Recht darauf, daß man zur Kenntnis nimmt, wie ich es haben will - ich will hier keine Atombomben, auch wenn ihr mir erzählt, die brauchen wir nur zur Abschreckung und ich weiß nicht was ... Das könnt ihr ja glauben oder nicht, aber ich will nicht, daß die Dinger hier sind. Und darüber will ich gar nicht diskutieren, sondern ich will jetzt mal, daß das nicht so ist. Fertig." Wenn ich das jetzt so beschreibe, merke ich, ("aha"), das hatte auch dieses Moment, daß ich jemand anderen dann auch nicht anhöre. Aber ich glaube, das war wichtig, daß die in der Mehrheit jungen Leute (das gilt aber auch für die älteren) darauf bestanden, daß sie auch etwas zu sagen hatten.

Das ist ja das Verrückte, daß Erziehung eigentlich dazu führt, daß man nichts zu sagen hat. Wobei, Herr Maaz, ich darauf hinweisen will, daß der autoritäre Charakter natürlich immer in der Lage ist, sich unterzuordnen, wie er in der Lage ist, autoritär zu sein. Dieser Aspekt droht, etwas unterzugehen. Ihre Parteifunktionäre und was es bei uns in vergleichbaren Funktionen alles gibt und gab, das zeigt uns das doch sehr deutlich. Ich meine, jeder erlebt es ja an sich selbst: Erst bist du Kind und dann bist du Eltern. Mehr braucht man dazu ja wahrscheinlich nicht zu sagen.

Es waren nicht ganz zwanzig Jahre, in denen sich diese Prozesse abgespielt haben, die dann in "68" mündeten. Ich denke, daß wenn wir auch sehr wenig Leute waren, tatsächlich aber die sozialistischen Studenten und der Sozialistische Studentenbund eine große Rolle gespielt haben. Das ist nur verständlich, wenn man bedenkt, wie wenig sich in dieser Gesellschaft zeitweilig bewegt hat. Da haben ein paar Leute, die mal irgendwann etwas sagen, mal ein bißchen Rabatz machen, eine ungeheure Wirkung. Das würde man heute gar nicht mehr schaffen.* Ja, das hatte irgendwie so etwas Exotisches und das hat auch etwas Anziehendes. Ich kann Ihnen nicht erklären, warum, aber es war so. Der Parteivorstand der SPD hat sich über uns nicht einmal tausend Leute so aufgeregt, er hat uns ja ausgeschlossen und ich weiß nicht was alles gemacht, um uns zu isolieren. Das hat eine Solidarisierungswelle ausgelöst, die nicht zu erwarten war. Auf diese Art und Weise gab es immer wieder Diskussionen um Dinge, die wir eingeklagt haben, die wir gefordert haben. So haben sich diese Gedanken verbreitet und sozusagen "68" vorbereitet. Diese Fragen und dieses Aufbegehren haben dann doch einen relativ massenhaften Protest ausgelöst. Wenn wir auch, wenn man das gesamtgesellschaftlich sieht, natürlich erstmal nicht viele Leute waren. Aber die Mehrheit schenkte uns ihre Aufmerksamkeit und es folgten riesige Veränderungen.

Das war bestimmt keine Revolution, aber es hatte sehr viele kulturevolutionäre Momente. Die Bundesrepublik ist einfach nicht mehr so wie sie vorher war. Wenn man es aus einem bestimmten politischen und ökonomischen Winkel betrachtet, hat sich "natürlich" nichts geändert, aber lebensweltlich haben sich einfach ungeheuer viele Dinge geändert. Daß sich die Kindererziehung geändert hat, ist für mich das Wichtigste, wenn man auch immer noch damit rechnen muß, daß sehr viele autoritäre Strukturen vorhanden sind, so denke ich, daß über die Diskussion von Bedürfnissen, also darüber, was das Bedürfnis eines Kindes ist, ein Bollwerk gegen diese Strukturen errichtet wurde. Daß so etwas wie das Bedürfnis eines Kindes ins allgemeine Bewußtsein kam und eine anerkannte Größe in der Auseinandersetzung um Erziehung wurde, scheint mir das wirklich Revolutionäre an "68".

Aber es blieb eben nicht nur bei einem neuen Bewußtsein, sondern dieses schlug sich unmittelbar in der Gründung der Kinderläden nieder. Sie waren Kristallisationspunkt und Organisationsform einer neuen Erziehung. Kinderläden waren nicht nur etwas, das individuell Eltern gemacht haben, sondern diese neue Form von Erziehung war identisch mit einer neuen Organisationsstruktur und dem, wie es inhaltlich gemacht werden sollte. Dieser Ansatz hat nicht verlangt, daß nun jedes Elternpaar das alles sofort kann und sich innerlich von einem Tag auf den anderen so verändert, daß es sich dem neuen Verständnis entspre

* (Anmerkung beim Korrekturlesen: Ich stelle mir vor, daß die Prozesse in den letzten Jahren der DDR vergleichbar sind.)

chend seinen Kindern gegenüber verhalten kann. Das hat man wirklich als etwas Kollektives gesehen. Das heißt , daß die Kinderläden jeweils von einer Elterngruppe gegründet wurden und daß man kollektiv die Verantwortung für den Kinderladen übernommen hat und in ihm versucht hat, den täglichen Ablauf so zu gestalten, daß er den Bedürfnissen der Kinder halbwegs genügen konnte.

Ich denke, dies berechtigt dazu, von der Zeit vor und nach 68 zu sprechen und davon, daß es zwischen der Sozialisation im Osten und Westen Unterschiede gibt.

BIBELARBEIT ZU LUKAS 7, 36-50

Ruth Misselwitz, Berlin

Ich habe mir heute einen Text ausgesucht, über den ich manchmal ein bißchen geschmunzelt habe. Es ist die Geschichte von der "großen Sünderin". Ich weiß nicht, inwieweit diese Geschichte bekannt ist. (Habt Ihr die Texte in der Hand? Sind auch Bibeln da?) Ich nehme den Text aus dem Lukas-Evangelium, 7, 36-50, damit jeder weiß, worum es geht, ist es vielleicht am besten, ich lese ihn vor:

Es bat ihn aber einer der Pharisäer, bei ihm zu essen. Und er ging hinein in das Haus des Pharisäers und setzte sich zu Tisch.

Und siehe, eine Frau war in der Stadt, die war eine Sünderin. Als die vernahm, daß er zu Tisch saß im Haus des Pharisäers, brachte sie ein Glas mit Salböl und trat von hinten zu seinen Füßen, weinte und fing an, seine Füße mit Tränen zu benetzen und mit den Haaren ihres Hauptes zu trocknen, und küßte seine Füße und salbte sie mit Salböl.

Als aber das der Pharisäer sah, der ihn eingeladen hatte, sprach er bei sich selbst und sagte: Wenn dieser ein Prophet wäre, so wüßte er, wer und was für eine Frau das ist, die ihn anrührt; denn sie ist eine Sünderin.

Jesus antwortete und sprach zu ihm: Simon, ich habe dir etwas zu sagen. Er aber sprach: Meister, sag es!

Ein Gläubiger hatte zwei Schuldner. Einer war fünfhundert Silber Groschen schuldig, der andere fünfzig.

Da sie aber nicht bezahlen konnten, schenkte er's beiden. Wer von ihnen wird ihn am meisten lieben?

Simon antwortete und sprach. Ich denke, der, dem er am meisten geschenkt hat. Er aber sprach zu ihm: Du hast recht geurteilt.

Und er wandte sich zu der Frau und sprach zu Simon: Siehst du diese Frau? Ich bin in dein Haus gekommen; du hast mir kein Wasser für meine Füße gegeben, diese aber hat meine Füße mit Tränen benetzt und mit ihren Haaren getrocknet.

Du hast mir keinen Kuß gegeben, diese aber hat, seit ich hereingekommen bin, nicht abgesehen, meine Füße zu küssen.

Du hast mein Haupt nicht mit Öl gesalbt; sie aber hat meine Füße mit Salböl gesalbt.

Deshalb sage ich dir: Ihre vielen Sünden sind vergeben, denn sie hat viel Liebe gezeigt; wem aber wenig vergeben wird, der liebt wenig.

Und er sprach zu ihr: Dir sind deine Sünden vergeben.

Da fingen die an, die mit zu Tisch saßen, und sprachen bei sich selbst: Wer ist dieser, der auch die Sünden vergibt?

Er aber sprach zu der Frau: Dein Glaube hat dir geholfen; geh hin in Frieden!

Diese Geschichte hat ihre Vorlage in dem Markus-Evangelium, in dessen 14. Kapitel erzählt wird, wie eine Frau Jesus vor seiner Leidensankündigung, also vor seinem Leidensweg, salbt. Diese Frau wird nicht mit Namen genannt, sie wird auch weder mit Sünde in Verbindung gebracht noch sonst irgendwas, und sie fällt auch nicht Jesus weinend vor die Füße, wie das hier geschildert wird, sondern sie steht erhobenen Hauptes vor ihm oder hinter ihm (das weiß ich nicht so genau) und salbt sein Haupt mit Öl. Das ist eine Handlung, die wir aus dem Alten Testament kennen. Jesus wird zum König gesalbt. Dieses tun normalerweise Propheten. Propheten salben die Könige und in der Markus-Geschichte ist die Frau gleichgesetzt einer Prophetin, die Jesus zum König salbt. In der Geschichte von Lukas ist sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß Lukas die Vorlage von Markus kannte, sie aber erheblich veränderte und wahrscheinlich auch verschiedene Traditionen einfließen. Die Lukas-Geschichte wird oftmals von Frauen, die in der feministischen Theologie beheimatet sind, als eine Erzählung bezeichnet, die eigentlich eine Degradierung der Frau beinhaltet, weil hier nicht mehr die aufrechte Haltung der Frau wie im Markus-Evangelium dargestellt wird, sondern die Frau als Sünderin in der erniedrigten Haltung. Sie salbt nicht das Haupt, sondern die Füße und liegt zu Füßen Jesu.

Ich habe mich aber trotzdem für diese Geschichte entschieden, weil sie sehr viel bekannter ist, obwohl beide Geschichten in der Perikopen-Ordnung sind. Ich möchte Sie heute ein bißchen anders erzählen als Sie vielleicht gewöhnt sind, sie zu hören; denn ich finde, daß das eine sehr aufregende und eine sehr anregende Geschichte ist. Maria-Magdalena wurde in der christlichen Tradition oft mit der großen Sünderin in Verbindung gebracht, die hier in dem Text ohne Namen genannt wird. Dann wird Maria-Magdalena als diejenige, die von sieben oder acht Dämonen besessen war, gedeutet und in anderen Geschichten wird Maria-Magdalena nur als eben die Frau, die eine Jüngerin Jesu war, erwähnt. So sind dann gerade in der katholischen Tradition diese drei Frauenfiguren zusammengeschmolzen: Maria-Magdalena als eine Sünderin, als eine besessene Frau und eine Jüngerin, die in Jesus Nachfolge stand. Das möchte ich noch einmal festhalten, damit wir nicht wieder alles durcheinandermischen. Alle drei Personen waren ehemals drei eigenständige Frauen, die erst später in der Tradition zusammengeschmolzen wurden.

Hier nun die Geschichte: Jesus kommt in das Haus eines Pharisäers, der ihn zum Essen einlädt und bei dem er sich zu Tisch legt. Wir haben uns das so vorzustellen: Wenn jemand zum Essen geladen war, geschah das in aller Öffentlichkeit, so daß man auch von außen

sehen konnte, wer da zu Tisch saß oder lag. Dieser Pharisäer muß offensichtlich ein sehr liberaler Pharisäer gewesen sein, daß er Jesus zu sich einlud. Wir kennen ja die Spannung zwischen den Pharisäern und Jesus. Weil die Pharisäer immer sehr auf die Einhaltung der jüdischen Gesetze geachtet haben und Jesus oftmals gerade diese Gesetze durchbrochen hat, wurde er von den Pharisäern angeprangert. Also dieser Mensch muß ein offener Mann gewesen sein, der sich ganz loyal mit Jesus in aller Öffentlichkeit an einen Tisch setzte. Also muß er auch ein bißchen was riskiert haben.

In Vers 37 wird erzählt: "Als nun eine Sünderin, die in der Stadt lebte, erfuhr, daß er im Haus des Pharisäers bei Tisch lag, kam sie mit einem Alabaster-Gefäß". Die Frau, die ohne Namen ist, wird als eine Sünderin bezeichnet. Ihre Sünde wird aber nicht näher erläutert. In die christliche Tradition ist sie als eine stadtbekannte Dirne eingegangen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man die Bezeichnung einer Sünderin bekommen kann. Es kann sein, daß sie eine Dirne, eine Prostituierte war. Es kann aber auch sein, daß sie die Frau eines Mannes war, der von den Pharisäern als Sünder bezeichnet wurde, weil er die jüdischen Gesetze nicht eingehalten hat. Dann wurden nämlich die Frauen, die mit solchen Männern verheiratet waren, auch als Sünderinnen bezeichnet. Das ist erst einmal ganz offen. Wir wissen nicht, ob sie selbst eine tätige Sünderin war oder ob sie den Ruf ihres Mannes mit übernommen hat, oder ob man ihr etwas angelastet hat, was nach den jüdischen Vorstellungen und Gebräuchen als moralisch verwerflich galt, aber vielleicht vor den Augen Jesus nicht. Wir wissen das alles nicht - man kann darüber spekulieren. Ich komme später nochmal darauf zurück, wenn ich auf die Gegenwart bzw. auf die unmittelbare Vergangenheit komme, was man unter dem Wort "Sünderin" noch alles verstehen kann.

Sie geht in das Haus, diese Frau, die als unrein gilt, denn Sünderinnen sind unrein, sie dürfen am Kult nicht teilhaben, und das bedeutet, sie sind aus der Kultgemeinschaft ausgeschlossen, sie stehen abseits dieser Gemeinschaft. Diese Frau wagt es nun, in das Haus des Pharisäers zu gehen. Sie dringt ein in diese Männergesellschaft, als Unreine und als Frau. Und das ist ein ungeheurer Skandal, den sie sich da leistet, in dieses Haus in aller Öffentlichkeit einzudringen.

Wir können uns das so vorstellen: Sie geht von hinten an Jesus heran, weint, öffnet ihr Alabaster-Gefäß und trocknet seine Füße mit ihrem Haar. Sie weint, ihre Tränen fallen auf seine Füße und sie trocknet seine Füße mit ihrem Haar und küßt und salbt sie. Das Öffnen der Haare vor einem fremden Mann wird nach manchen Auslegern des Neuen Testaments schon als ein Ehebruch bewertet. Wenn eine verheiratete Frau vor einem fremden Mann ihr Haar öffnete, galt das als Bezeugung eines ganz intimen Verhältnisses. Was die Frau hier gegenüber Jesus macht, durchbricht sämtliche Normen und moralischen Vorstellungen. So

etwas tut man nicht, so etwas macht man nicht als Frau und schon gar nicht, wenn man so einen schlechten Ruf hat. Sie küßt und salbt Jesus und die Umstehenden reagieren empört. In der Geschichte bei Markus sind es die Jünger, die Empörung zeigen. Hier sind es nicht die Jünger, sondern hier ist es nur der Pharisäer, der sich seinen Teil denkt, es aber nicht wagt auszusprechen. Er überlegt: "Wenn dieser ein Prophet wäre, dieser Jesus, so wüßte er, was das für eine Frau ist." Daß Jesus sich nicht gewehrt hat gegen die Frau, daß er sich hat anrühren lassen von ihr in dem doppeldeutigen Sinn, also körperlich und seelisch, das wirkt befremdend auf die anderen. Wenn Jesus der Norm entsprochen hätte, dann hätte er sich nicht von der Frau berühren lassen, denn dadurch wurde er auch unrein. Wir kennen das von anderen Geschichten, z.B. der Geschichte von der blutflüssigen Frau. Eine blutflüssige Frau ist nach den jüdischen Reinlichkeitsgesetzen unrein. Auch sie berührt Jesus und er gewährt es, er läßt das geschehen. Also die Reaktion, daß Jesus sich nicht wehrt, sondern daß er das geschehen läßt, wirkt sehr befremdlich und der Pharisäer sagt sich: "Wenn der ein Prophet wäre ...".

Also dürfen wir voraussetzen, daß Jesus durchaus schon als ein Prophet bezeichnet wurde, daß er schon in manchen Kreisen diesen Ruf hatte. Der Pharisäer wollte ihn vielleicht kennenlernen, ihn auch mal prüfen. Aber diese Szene ist so eindeutig für ihn: Der kann überhaupt kein Prophet sein, sonst würde er sich der Frau gegenüber nicht so verhalten. All das denkt sich der Pharisäer, er spricht es nicht laut aus. So bezeugt Lukas, daß Jesus tatsächlich ein Prophet ist. Er kann schließlich Gedanken lesen. Denn Jesus antwortet: "Simon, ich habe Dir etwas zu sagen" und der Pharisäer spricht: "Meister, sag es." Die Bezeichnung "Meister" ist schon auch eine Ehrbezeichnung des Pharisäers Jesus gegenüber. Und dann erzählt Jesus die Geschichte von dem Gläubiger, der Geld verleiht und der die Schuld erläßt. Es ist ein Gleichnis aus dem Handelsleben, in dem der Kaufmann mit Gott in Beziehung gebracht wird. Das ist in der rabbinischen Vorstellung oft der Fall, daß Gleichnisse aus dem Handel übernommen werden. Und Jesus erzählt, daß der Kaufmann beiden die Schulden erläßt, er treibt das Geld nicht ein. Hier wird Gott als ein Gläubiger dargestellt, der nicht die Schuld eintreibt, sondern der sie erläßt. Und das ist natürlich nach jüdischen Vorstellungen und nicht nur nach jüdischen, sondern auch nach heutigen, sehr ungewöhnlich, daß man Geld erlassen könnte.

Jesus stellt die Frau dem Pharisäer gegenüber und sagt, "Was diese Frau getan hat, das hast du mir nicht getan." Er rechnet all das auf, was die Frau für ihn getan hat und das Ergebnis der Geschichte ist: Wer viel liebt, dem wird auch viel erlassen. Ihr sind viele Sünden vergeben, denn sie hat viel Liebe gezeigt. Hier am Ende noch einmal die Beziehung zwischen Vergeben und Lieben. Ihre vielen Sünden sind ihr vergeben, weil sie Liebe gezeigt hat (im Vers 47) und dann wird aber gleich hinzugefügt: "Wem aber wenig vergeben wird, der

liebt wenig." Auf die doppeldeutige Beziehung zwischen Vergeben und Liebe weist Lukas noch einmal hin.

Ich will einen kleinen Hinweis auf das Kapitel 8 geben. Hier wird in den ersten drei Versen erzählt, daß Frauen im Gefolge Jesu stehen. Diese Erwähnung steht nicht zufällig hinter der Geschichte von der Sünderin, sie ist eine Folge davon. Es wird ja sehr viel über die ungewöhnliche Haltung Jesu gegenüber Frauen berichtet, z.B. in der Geschichte von der Frau am Jakobs-Brunnen, mit der er sich in aller Öffentlichkeit über Theologie unterhält. So etwas macht *man* nicht. In der jüdischen Tradition spricht *man* nicht mit einer Frau in der Öffentlichkeit und schon gar nicht über Theologie oder über Dinge, die Gott und das Gesetz betreffen. Jesus macht das, obwohl er auch weiß, daß sie mehrere Männer hat. Er sagt: "Ich weiß, daß du keinen Mann hast, sondern du hast vier Männer, und der, mit dem du jetzt zusammen bist, ist auch nicht dein Mann." Frauen, die eigentlich abseits der Gesellschaft stehen und auch so behandelt werden, werden von Jesus immer mit hineingenommen. Und dies hat seine Wirkung. (Ich könnte noch viele andere Beispiele von Begegnungen zwischen Jesus und Frauen erzählen, aber die Zeit habe ich einfach nicht.) Aber die Folge davon ist, daß Frauen im Gefolge Jesu waren. Und das wird so ganz beiläufig erzählt in den drei kleinen Versen:

"Und es begab sich, daß er durch Städte und Dörfer zog und predigte und verkündigte das Evangelium vom Reich Gottes und die Zwölf waren mit ihm. Dazu einige Frauen, die er gesund gemacht hatte von bösen Geistern und Krankheiten, nämlich Maria, genannt Magdalena, von der sieben böse Geister ausgefahren waren, und Johanna, die Frau des Chuzas, eines Verwalters des Herodes, und Susanna und viele andere, die ihnen dienten mit ihrer Habe."

Also: In dem Gefolge Jesu waren nicht nur Männer, sondern auch Frauen, die mit ihm durch die Lande zogen. Die Tatsache, daß Jesus in der Öffentlichkeit als unverheirateter Mann mit unverheirateten Frauen zusammen war, ist auch ein Umstand, der sich eigentlich nicht gehörte. Eine unverheiratete Frau gehörte gar nicht in die Öffentlichkeit, sie erreichte erst einen gesellschaftlichen Status durch ihren Mann. Daß sich Jesus von Frauen aushalten ließ, das ist eigentlich auch ein Skandal. Wenn wir lesen "und sie dienten ihm mit ihrer Habe", so müssen das auch wohlhabende Frauen gewesen sein, die Jesus und seine Jünger mit Geld, also mit materiellen Dingen, unterstützt haben.

Ich habe diese Geschichte zum Anlaß genommen, um auch zu überlegen, wie sich Frauen in der Geschichte verstanden haben oder wie man sie verstanden hat. Frauen sind sehr schnell und sehr viel öfter als Männer angeprangert worden als verwerflich, lasterhaft und triebhaft. Das kommt aus der Sündenfall-Geschichte, in der Eva diejenige ist, der alle Sünde

der Welt angehängt wird, weil sie den Apfel haben wollte, weil es sie "gelüstete", wie es Luther so schön übersetzt, den Apfel zu essen. Der Wahn von der Frau, als triebhaftes und sündhaftes Wesen, hat ja seinen Höhepunkt in der Hexenverfolgung gehabt, die über viele Jahrhunderte wütete. Ein Kapitel, das wir in der Kirchengeschichte überhaupt nicht aufgearbeitet haben. Erst jetzt gibt es einige Frauen, die sich an das Thema heranwagen, aber immer noch auf große Ablehnung stoßen.

Nach dem zweiten Weltkrieg - wir haben ja gerade gestern des Kriegsendes am 8. Mai vor 50 Jahren gedacht - waren es Frauen, die stark an dem Wiederaufbau beteiligt waren, die sogenannten Trümmerfrauen. Ich weiß aus vielen Geschichten, die mir erzählt werden, daß Frauen nach dem zweiten Weltkrieg Dinge übernehmen mußten und in vielen Bereichen stark vertreten waren, weil die Männer einfach nicht da waren; als sie aber aus dem Krieg zurückkamen, die Frauen aus diesen Bereichen wieder verdrängt wurden. Ich habe vor vierzehn Tagen in unserem Seniorenkreis mit Frauen, die alle das Ende des zweiten Weltkrieges erlebt haben, ein Gespräch geführt, wie sie das Ende des Krieges erfahren haben. Ich bin nun vierzehn Jahre in dieser Gemeinde, aber so etwas habe ich überhaupt noch nie erlebt, daß Frauen in einer Gruppe über ihre Vergewaltigungen erzählt haben. Einzeln, unter vier Augen, hat man das ja hin und wieder schon erfahren. Aber so in der Gruppe, daß sie sich das gegenseitig erzählt haben, das habe ich zum ersten Mal erlebt. Anlaß war eine Geschichte, die eine Frau erzählte, in der eine Frau durch eine Vergewaltigung durch einen Russen schwanger wurde und die Frau im achten Monat eine Abtreibung gemacht hat, weil alle Leute um sie herum - und da waren sicherlich auch Frauen dabei - gesagt haben: "Was wird dein Mann sagen, wenn der aus der Kriegsgefangenschaft wiederkommt, und du mit dem Balg da rumläufst?" Sie hat sich so gefürchtet vor ihrem Mann, daß sie im achten Monat eine Abtreibung versuchte und daran zugrunde ging. Viele Frauen haben bestätigt, daß sie in der Öffentlichkeit nicht sagen durften, daß sie vergewaltigt wurden, weil sie dann nämlich als moralisch verwerflich abgestempelt wurden. Eine vergewaltigte Frau war für den Mann unrein. Und es brach die Wut aus den alten Frauen heraus, empört sagten sie: "Mensch, das ging doch allen so. Warum haben wir uns denn das nicht früher schon erzählt? Warum haben wir solange geschwiegen und jede hat es mit sich selber herumgetragen und keine hat gewagt, das mal so zu erzählen."

Ja, hier hing Frauen der Makel an, moralisch verwerflich zu sein. Und da gab es sicherlich auch Schuldgefühle bei Frauen, die völlig unschuldig diesen Makel ihr ganzes Leben lang mit sich herumgetragen haben. Was mag die Frau getan haben, die von Lukas als eine Sünderin bezeichnet wurde? Was gibt es alles für Bilder oder Wertvorstellungen, die den Frauen übergestülpt wurden, die aus einer Moralvorstellung kommen, die männlich geprägt

ist. Dies also als ein Hinweis, das Wort Sünderin in Zukunft kritisch zu hinterfragen und nicht einfach alles so zu übernehmen, wie es uns angetragen wurde.

Noch zwei Sachen will ich erwähnen: Es gab in der DDR in der Friedensarbeit viele Frauen, die an wichtigen Positionen waren. Ich war selber in der Gruppe "Frauen für den Frieden". Wir haben damals viele Dinge in Bewegung gesetzt, und ich habe während der Wende und nach der Wende die Beobachtung gemacht, daß Frauen sich während der Machtverteilung immer mehr zurückgezogen haben und dann auf den Machtpositionen zum größten Teil wieder Männer waren. Das hat wahrscheinlich verschiedene Gründe. Ein Grund, den würde ich für mich auch so sagen können: Frauen haben einfach weniger Lust, sich in das Machtgefüge, in den Boxkampf mit hineinzubegeben. Ich kenne persönlich die Kämpfe, weil mein Mann einer von den vielen Pfarrern ist, die im Herbst 89 in die Politik gegangen sind und ich hautnah erlebe, was für Boxkämpfe dort ausgetragen werden. Ich denke, daß die sanfte oder friedliche Revolution, diese gewaltlose Revolution, so verlaufen ist, weil Frauen sie im wesentlichen mit beeinflußt haben. Die Gewaltlosigkeit und die friedliche Revolution wurden ja kurz nach der Wende schon wieder in Frage gestellt. Da gab es dann solche Thesen: "Das war ja gar keine richtige Revolution, da ist ja gar kein Blut geflossen, da konnte man sich ja auch nicht richtig abreagieren. Den Zorn und die Wut mußte man unterdrücken. Da kommt es doch zum "Gefühlsstau". Und wenn Blut fließt, muß man das halt hinnehmen." Ich lobe und danke meinem Schöpfer tagtäglich, daß es dazu nicht gekommen ist, ich kann solche Töne, wenn ich sie höre, schwer ertragen.

Ich möchte noch auf eine Sache eingehen. Wenn wir heute im Zusammenhang mit dem 8. Mai über Schuld und Schuldbekennnis reden, dann stelle ich fest, daß wir das stark kultiviert haben. Es hat sich in zivile Bahnen geordnet.

Wenn wir die Reaktion der Frau aus der Lukasgeschichte betrachten, die sich völlig aufgelöst hat - mit ihren Haaren, mit ihren Tränen und mit allem, was sie als Frau tun konnte, und somit sämtliche Normen durchbrochen hat, dann steht das in keinem Verhältnis zu dem, wie wir heute über Schuld sprechen. Ich meine das nicht als Vorwurf. Aber ich will es vergleichen. Ich habe in der letzten Woche eine Fernsehdiskussion miterlebt zwischen ehemaligen Wehrmichtsangehörigen und Kritikern der Wehrmacht. Es ging um die Schuld der Wehrmacht. Ein Hamburger Institut hat eine Studie herausgegeben, wonach die Wehrmacht keineswegs so sauber war, wie sie das 50 Jahre von sich behauptete. Furchtbare Dinge kamen an die Öffentlichkeit, die die Wehrmacht auf dem Gewissen hat. In dieser Diskussion saßen einige Wehrmichtsangehörige, deren Gesichter ganz verbissen und verschlossen wirkten. Nur Abwehr und Verteidigung: "Naja, es war ja schließlich keine Heilsarmee. Ja, daß es Übergriffe gegeben hat, das ist schon so. Aber ..." Vergleichen wir die Frau, die sich aus

Liebe völlig auflöst, und die verhärteten Gesichter dieser Männer, dann ist das ein sehr gravierender Unterschied.

Zum Schluß möchte ich etwas Lustiges vorlesen. Ich habe hier einen schönen Text, kann aber leider nicht mehr sagen, von wem dieser Text ist. Es ist ein katholischer, aus dem das Katholische sehr schön herauszuhören ist und was mir auch viel Spaß bereitet hat.

magdala

als unser herr JESUS CHRIST einmal beim essen war da kam dieses weib dessen busen der suende noch nicht entsagt hatte & schwellte & wogte. & roch & duftete & hatte sich angemalt wo's anzumalen war. mit entsetzen schlugen die apostel die haende vors gesicht & schauten zwischen den fingern nach der frucht. nur johannes nicht. der war zu jung & seine nase oeffnete sich willig & die augen nicht weniger bei all dem klimpernden schmuck den sie da hatte & schwang. der herr kaute weiter am schoepsenfleisch & judas schaezte aus den fingern heraus & auch an ihnen ab was sie wohl an wert am leibe trug & ob sie's wohl beizeiten der kirche vermachte. als das weib unsern JESUS anging & gar ihn beruehrte war der luegenpetrus so entsetzt daß er glatt die haende vom gesicht nahm um faustdick zu helfen. unser herr erwiderte dem weib mit einem kuß da fiel sie hin weinte & sprach:

"menschensohn! in den furchen spalten & huegeln meines leibes ist ungesaettigt's feuer von tausend teufeln!"

sie rennt hinaus wie besoffen & in einem feinverzierten beutel bringt sie zeug zurueck. eine heerschar von flaschen salben essenzen waessern & farben & leert alles ueber unsern herrn der da stinkt als waer er unter die huren gefallen. die ganzen heiligen apostel sind starr & nur johannes sperrt weiter die augen auf. da sagt der herr ganz leicht:

"wisch uns ab"

& sie entflieht ihre zoepfe & saeubert mit dem haar den herrn den boden & sich auch.

friede kam in sie. judas allein bedauert den erloes aus ihrer verschwendeten parfuemerie.

(antholz 220276)

BIBELARBEIT ZU MARKUS 8, 27-30

Wolfgang See, Berlin

Ich habe mich sehr gefreut, diese Einladung bekommen zu haben. Nicht nur, weil ich so kurz vor dem kirchenbehördlich verordneten Dienstende stehe - sondern: Diese dreieinhalb Jahre, die ich Gefängnispfarrer in Tegel war (1976-1980), erscheinen mir im Rückblick als die wichtigsten meiner vierzig Dienstjahre. Und deshalb bin ich gerne hergekommen.

Der Text: "Und Jesus ging fort mit seinen Jüngern in die Dörfer bei Cäsarea Philippi. Und auf dem Wege fragte er seine Jünger und sprach zu ihnen: 'Wer sagen die Leute, daß ich sei?' Sie antworteten ihm: 'Einige sagen, du seist Johannes der Täufer; einige sagen, du seist Elia; andere, du seist einer der Propheten.' Und er fragte sie: 'Ihr aber, wer sagt ihr, daß ich sei?' Da antwortete Petrus und sprach zu ihm: 'Du bist der Christus!' Und er gebot ihnen, daß sie niemandem von ihm sagen sollten." Soweit die Lutherfassung.

Im Kontext wird vorher die Blindenheilung in Betsaida erzählt. Das liegt bereits im Herrschaftsgebiet des Herodes Philippus, außerhalb Galiläas, am Hermon-Hang. Danach das Petrus-Bekenntnis in den Dörfern bei Cäsarea Philippi - das ist ja für die Geschichte des Judentums ein ganz wichtiger Ort gewesen. Das antike Paneas, heute Banyas, mit einer berühmten Jordanquelle. Dort fand 198 vor Christus die Schlacht bei Paneas statt. Dabei wurden die hellenistischen Ptolemäer von den syrischen Seleukiden verdrängt, durch sie ersetzt. Und dieses Ereignis wieder ist politische Voraussetzung für die Tempelentweihung (169-165 vor Christus) durch den Seleukidenkönig Antiochus IV Epiphanes, für die Makkabäer-Aufstände, für die Hasmonäer-Herrschaft, für die Entstehung der Pharisäer- und Essener-Parteien, für die Gründung von Qumran und das Wachsen der Apokalyptik. Zeitgeschichtlich bedeutsamer als dieser Ort, hoch oben im Hermongebirge, mit jener Schlacht, war kein anderer. Im Anschluß an diesen Abschnitt dann die erste Leidensankündigung. Hier hat bereits eine Uminterpretierung des Messiasbegriffes vom Befreier Israels auf den leidenden, sterbenden, auferstehenden Menschensohn stattgefunden. Schließlich der Einspruch des Petrus, die schockierende Abwehr Jesu auslösend, wobei er Petrus "Satan" nennt. Dieser Zusammenhang ist entweder vom Evangelisten oder nicht lange vor ihm so konzipiert worden. Der Abschnitt steht ziemlich genau in der Mitte des Markusevangeliums, wodurch seine Bedeutung hervorgehoben wird. Jesus hat Galiläa bereits verlassen und befindet sich auf dem Wege nach Jerusalem. Das ist die "Wende" im ältesten Evangelium (um 70 nach Christus geschrieben). Noch einmal den Text, wie ich ihn lese: Jesus und seine Schüler zogen in die Dörfer um Cäsarea Philippi hinaus - richtiger also: hinauf, aus Jerusalem kom-

mend. (Gemeint sind die damals jüdischen, heute drusischen Dörfer - etwa gleichhoch gelegen wie die Golanhöhen.) Jesus ging ja, wie wir wissen, "auf die Dörfer" im Gegensatz zu Paulus, der die Städte bevorzugte. Unterwegs fragt er seine Schüler: "Wer, sagen die Leute, bin ich?" Sie antworteten ihm "Johannes der Täufer" - und ergänzten: "So sagen die einen, andere sagen 'Elia', wieder andere 'Einer der Propheten'". Da fragte er selbst auch sie: "Ihr nun, wer sagt ihr, bin ich?" Petrus antwortete ihm "Du bist der Christus" - oder "Du bist der erwartete jüdische Messias." Und er beschwor sie, niemandem etwas über ihn zu sagen.

Die Überlieferung dieser Geschichte ist anscheinend sehr alt und geht vielleicht - aber das kann man nur vermuten - auf eine Gesprächserinnerung im engsten Anhängerkreis Jesu zurück. Sie ist wohl zunächst im palästinischen Urchristentum mündlich verbreitet, auf dem Wege zur schriftlichen Fassung mehrfach verändert und schließlich im außerpalästinischen Missionschristentum, in den Missionsgemeinden, aufgeschrieben worden - natürlich in Verbindung mit dem Osterbekenntnis, das traditionell auf Petrus zurückgeführt wird. Vielleicht ist es erst kurz vor der Markus-Redaktion an den Anfang der Pilgerreise Jesu nach Jerusalem gesetzt und auch um das Messiasgeheimnis ergänzt worden. Dieses "Messiasgeheimnis", auf das bekanntlich William Wrede zu Anfang unseres Jahrhunderts hingewiesen hat - erst der Osterglaube sollte Jesu Messianität offenbaren -, würde historisch gut an den Anfang der Wallfahrt Jesu nach Jerusalem passen, wie die weitere Geschichte zeigt.

Einige Exegetenurteile: Bultmann (synoptische Tradition) spricht von einer Legende, die eventuell eine frühe Osterlegende zur Voraussetzung hat. Für den sekundären Charakter spreche insbesondere, daß Jesus die Antworten erst durch Fragen auslösen muß - im rabbinischen Gespräch fragt ja der Schüler und nicht der Lehrer. Daß Jesus zum Gesagten nicht Stellung bezieht, könne nachträgliche Veränderung herbeigeführt haben. Dibelius (Formgeschichte) zeigt sich eher ratlos, trifft keine Formbestimmung. Das Markusevangelium erweise sich gerade durch diese Stelle als ein "Buch der geheimen Epiphanien" (eine Formulierung, die Bultmann für Markus emphatisch aufgreift). Klostermann spricht von einem Fragment, weil die eigentliche Antwort Jesu fehle. Schniewind betont die Entscheidungssituation: das Bekenntnis passe genau an den Anfang des Weges nach Jerusalem. Aber das ist natürlich kein Argument für die Historizität. Der Münchner katholische Neutestamentler Gnllka weist auf den semitischen Stil der Perikope hin und vermutet frühchristliche Gemeinden in der Umgebung von Cäsarea Philippi. Jedenfalls liegt ja diese Landschaft im Grenzgebiet zwischen heidnischer und jüdischer Bevölkerung, im syrisch-galiläischen Grenzbereich. Haenchen unterstreicht: hier erfahre der Leser, daß die Jünger schon während Jesu Erdenleben erkannt haben, Jesus sei der Christus, als den ihn die spätere Gemeinde verehrte. Das bedeutet: Markus markiere die Identität von Jesus und Christus bereits auf dem Lebensweg Jesu. Für ihn sind Befreier Israels, Messias und Davidssohn, ebenso

apokalyptischer Richter und Herrscher oder Menschensohn, mit dem Christus der Urkirche, durch Kreuz und Auferstehung offenbart, völlig identisch. Wilckens übersetzt und kommentiert, auf zwei Messiasvorstellungen speziell hinweisend: endzeitlicher König, der zuerst die Römer vertreiben wird, also Davidssohn - und andererseits Menschensohn, der durch Leiden, Kreuz, Auferstehung zum Bevollmächtigten Gottes wird. Und das kann er nun wirklich erst nach Ostern gewesen sein! Schmithals - ich zitiere einmal (Walter Schmithals, Das Evangelium nach Markus, Kapitel 1-9, 1, GTB Siebenstern 1979, S. 380): "Wie ist das österliche Messiasbekenntnis des Petrus bzw. der Urgemeinde zu verstehen? Inwieweit gründet es in einem messianischen Selbstbewußtsein Jesu? Ein politisches Verständnis ist nach allem, was wir von der frühen Christenheit wissen, auszuschließen; eher verrät das Bekenntnis, daß der politisch Gekreuzigte zum Messias erhöht wurde, eine betont antipolitische Messianologie. Erwartete das ursprüngliche Petrusbekenntnis zur Messianität Jesu die *zukünftige* Einsetzung Jesu in die messianische Würde bzw. seine Ankunft als Messias bei Anbruch der *kommenden* Gottesherrschaft? Aber warum vermeiden dann die alten Bekenntnisse konstant den Titel Menschensohn für Jesus? Hat also Petrus sein Bekenntnis bereits im Blick auf das Kreuzesgeschehen und dessen Deutung im Licht von Jesaja 53 gesprochen, so daß eine Formel wie I. Korinther 15, 3 ff. ('gesehen') auf alter Jerusalemer Theologie beruht? Diese Fragen bleiben ohne sichere Antwort." Grundmann hebt hervor: Das Ereignis sei von Anfang an in die Gegend von Cäsarea Philippi lokalisiert worden. Er findet drei Auskünfte im Text: 1. Jesus ist der Prophet am Eingang des eschatologischen Geschehens, der also diese Rolle in der Apokalyptik übernimmt. 2. Jesus, als der messianische Prophet erwiesen und erkannt, ist zum messianischen König bestimmt. Beides aber war gefährlich für Jesus - und stimmt so erst in der Verbindung mit dem Osterglauben. Dann Lührmann (etwa 50 bis 70 Jahre nach Kostermann in der gleichen Kommentarreihe): Bei "Q" (der palästinisch-judenchristlichen Wortüberlieferung, besonders von Matthäus und Lukas benutzt) fehle der Christustitel völlig. Jesus selbst habe sich nicht so genannt. Früh, aber erst in Verbindung mit Karfreitag und Ostern, sei Jesus zum Christus geworden. Die frühchristliche Tradition habe stets mehrere Titel für Jesus gebraucht. Das zeige, daß von Jesus selbst offenbar keine eindeutige Selbstbezeichnung überliefert worden sei. Zuletzt Lohmeyer: Die "Leute", deren Meinung über Jesus erfragt werde, seien "gottferne Menschen" - im Gegensatz zu den "Jüngern". Was aber sagen diese Leute? Auch Markus 6,14 steht: "Die Leute sprachen: Johannes der Täufer ist von den Toten auferstanden." Weiter: "Elia" - nach Maleachi 3, 23: "Ich will euch senden den Propheten Elia, ehe der große und schreckliche Tag des Herrn kommt." Johannes der Täufer und Elia waren Heilige der frühen Königszeit und der Jesuszeit, beide im jüdischen Volke miteinander kombiniert, fast identifiziert. Als dritter: ein gewöhnlicher Prophet - was doch wohl heißen soll, daß ein echter Prophet gemeint sei, einer der Heil und Unheil ankündigend Gottes menschliche Stimme wird.

Der Scopus dieses Abschnitts ist ganz sicherlich die Doppelfrage "Wer, sagen die Leute, daß ich sei?" - "Ihr aber, wer sagt ihr, daß ich sei?"

Die Leute? Und hier muß ich, was mir ein bißchen schwerfällt, Lohmeyer widersprechen. Er ist einer von denen, deren wir in diesen Tagen (Anfang Mai 1995) zu gedenken haben. Er ist ja vor fünfzig Jahren - man muß wohl sagen - ermordet worden, jedenfalls in einem Lager nach dem Krieg umgebracht worden. Offenbar auf Grund einer Falschbeschuldigung oder Verwechslung. Dieses Schicksal Jesu bei Ernst Lohmeyer vor Augen, muß ich diesem hochgeschätzten Exegeten, was "die Leute" betrifft, dennoch widersprechen. Die "Leute", die da reden, sind nicht unbedingt "gottferne Menschen" - aber Menschen, die auch nicht als Jünger engagiert sind. Sie erleben Jesus schon als ein Ereignis: ein ganz ungewöhnliches, faszinierendes, wichtiges Ereignis. Sie erleben ihn auch als den Besonderen, eine herausragende Persönlichkeit, beispiel- oder maßstabsetzend, ihnen selbst unbedingt überlegen. Das müssen sie schon erst noch in den Zusammenhang ihrer menschlichen Erfahrungen und aller bekannten irdischen Möglichkeiten einordnen. Er ist für sie jemand von höchster Bedeutung. Weder lachen sie ihn aus, noch bekämpfen sie ihn, sondern sie zollen ihm geradezu einmalige Beachtung. Er sei erstens Johannes der Täufer, also der große Zeitprophet, Bußprediger, Apokalyptiker, Ankünder des kommenden Gottesreiches und Märtyrer Israels. Er sei zweitens der wiedergekommene Elia; derjenige, mit welchem das Schweigen Gottes aufhören soll, mit dem der Geist Gottes wieder zurückkommen werde, der seit dem Verstummen der Schriftpropheten weg war aus Juda und Judäa. Nun aber - in Johannes dem Täufer und Jesus - war er als apokalyptisches Endzeitzeichen für Weltende und Endgericht gegenwärtig. Oder drittens irgendein wahrer, jedenfalls kein falscher Prophet; einer, der wirklich Stimme Gottes ist - zugleich Ereignis der Gegenwart des Gottesgeistes. Was diese Leute auf die Frage antworten, wer Jesus sei, zeugt von jüdischer Treue und persönlicher Frömmigkeit. Sie geben ernsthafte religiöse Antworten. Allerdings antworten sie nicht als Jünger Jesu.

Ihr also - die Jünger -, bei euch ist es anders. Ihr seid keine ehrfürchtigen, religiösen Beobachter der Zeitszene. Ihr müßt auch nicht alles, einschließlich Jesus, zuerst einmal richtig einsortieren, sondern ihr gehört zu ihm, so daß er in allem, was euch und eure Zeit betrifft, die Nr. 1 für euch ist. Er ist nicht nur ein großer, bedeutender, glaubwürdiger Göttlicher für Euch - vielmehr der einzige, den ihr habt. Hier berührt sich dieser Abschnitt mit seiner Parallele im Johannesevangelium. Ich gebe sie absichtlich verkürzt wieder. Johannes 6, 66-68: "Von da an wandten sich viele seiner Jünger ab und gingen hinfort nicht mehr mit ihm. Da fragte Jesus die Zwölf: 'Wollt ihr auch weggehen?' Da antwortete ihm Simon Petrus: 'Herr, wohin sollen wir gehen?'" - Punkt - hier Ende.

Also bleibt uns - wenn ich das Pronomen hier wechseln darf - nichts anderes übrig, als uns und unsere Zeit in Verbindung zu ihm zu bringen. Die verbale Antwort, die Petrus gibt - "Du bist der Christus" - hat für uns, wie mir scheint, eher paradigmatische Bedeutung. Wichtiger als der eine Begriff Christus oder Messias ist diese gesuchte und gefundene Identität der unterschiedlichen religiösen Titel mit ihren geschichtliche Bedeutungen. Es heißt, daß Jesus alle diese Titel, diese Aussagen als Person anzieht: Messias, Davidssohn für Befreiung und Erlösung; Menschensohn für Endzeit und Endgericht oder auch Hoffnung; schließlich Christus, wozu auch Kyrios und Gottessohn gehören. Uns stellt sich, so denke ich, nun die Aufgabe, wesentliche Vorstellungen unserer Zeit in Beziehung zu Jesus oder die menschliche Seite von Gott zu setzen, daß wir die Antwort als einzige oder bestimmende hören und die wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit als Aufträge Jesu an uns begreifen.

Dazu einige narrative Versuche oder Gedankenspiele:

Wie der Herr die Kinder Israels wieder zusammenführen will

Hört zu, Leute von Judäa, in goldgezierten Prachtkaleschen reist ihr Tag für Tag bei uns an. Ihr liebt unser galiläisches Meer, so sagt ihr immer wieder. Aber auf euren Gesichtern lesen wir auch, was die Räder knarren, die Rosse wiehern: meins, meins, meins. Galiläa ist unser geworden, meine Hügel und Berge, mein Kinneret oder See Genezareth, mein Galiläa, unser, meins, alles. Dabei hat doch der Herr schon lange vor euch durch Mose klären lassen, daß dieses Land *sein* ist, *seins*.

Assurs Horden vom Tigris raubten es ihm dann 750 Jahre vor dieser Zeit. Ganz Judäa zitterte, sobald es an jene schrecklichen Assyryer-Könige dachte. Salmanassar, Sargon oder Scharib. Und Jerusalem war andauernd von Angst gequält, in Panik wie gebannt. Bald jedoch hat kein Judäer mehr gefragt, in wessen Hände wohl eure Brüder und Schwestern aus dem Norden Israels geraten seien. Die von Samaria zu Füßen des Hermons, am Kinneret und überall in Galiläa. Wo, wie gingen sie damals verloren, die Kinder Israels aus diesen zehn von zwölf Stämmen? Jenen hattet ihr seit Salomos Tod stets nur vorgehalten, sie wären abgefallen von euch. Warum nennt ihr sie bis heute heidnisch versippt und verbandelt? Fremde, Feinde für euch. Ihr hattet Israel, Jahwes Norden, vergessen, doch er war da. Erst mit den Makkabäern kehrtet ihr, kamen wir vor mehr als hundert Jahren in die nördlichen Stammesgebiete zurück. Ihr aber fahrt heute noch wie Salmanasser V. von Assur vor, um nach und nach alles Eigentum des Herrn in euren Taschen verschwinden zu lassen. Kaum einen von euch kümmern wir Kinder Israels, die hierzulande wohnen. Wie soll uns der Herr denn wieder zusammenführen?

Allerdings wollt ihr überall, sofort und genau wissen, wenn ihr Unbekannten begegnet, wer unter denen ein Judäer und wer Galiläer sei. Offensichtlich stimmt euch nichts fröhlicher als unser ländlicher, eher schwerfälliger nordisraelitischer Dialekt, der euch manchmal so hölzern vorkommt, die dunklen Vokale jedoch gedehnt oder wie gestöhnt hohl ausklingen läßt. Lagert ihr gemütlich am See-Ufer und ein galiläischer Satz erreicht euer Ohr, ja, das vergnügt euch hörbar, spontan und anhaltend. Ihr seid eben bessere Juden und Judäer als wir. Die besten Hebräer im Land Israel. Zu euch freilich sollte der Galiläer wenig oder gar nicht sprechen. Wer sich dort an seinem nördlichen Dialekte zu erkennen gibt, heißt bald auch Räuber. Aber nicht, weil man ihn für einen Zeloten oder Aufrührer gegen die Römer hält. Ihr braucht uns doch nicht, Judäer, und wollt auch möglichst keinen Galiläer bei euch sehen. Was wir wünschen, wollen oder können, das ist euch nicht mehr wert als unsere Sprache. Bloß ein flüchtiges oder spöttisches Lächeln.

Glaubt mir, Landsleute aus dem Süden, es bedrückt mich sehr, euer Bild vom lieblichen Galiläa durch soviel verkommenes Straßenvolk und öffentliches Elend oder Übel, das Jahr für Jahr noch zunimmt, verunstaltet zu wissen. Aber heißt es nicht in Jerusalem, alles Gute komme vom Süden und alles Bessere gehe nach dem Süden? Hört man Bürger aus den alten judäischen Stammgebieten vielleicht nicht sagen, einen Galiläer brauche man in Judäa nicht regulär zu bezahlen, der sei schon froh, wenn jemand ihm etwas in die bittende Hand lege? So zu denken, reden und handeln macht euch zumindest nicht ärmer, und es ist auch sehr vernünftig, vor allem zeitgemäß und allgemein üblich, persönlichen Vorteil und privaten Gewinn für Grundsatz wie Regel zu nehmen. Leider bringt solcher Wirklichkeitssinn die Kinder Israels im Süden und Norden keinen Schritt näher zusammen, sondern entfernt uns alle noch weiter voneinander. Unser Herr aber will, daß wir geeint in seinem Lande leben.

Wir wissen, daß es nördlich von Judäa keinen selbständigen israelitischen Staat mehr gibt und in Zukunft geben wird. Samaria, die kanaänäische Stadt mit ihrem Baalstempel wurde zerdroschen oder niedergebrannt und liegt als Ruinenfeld verfallen da. Jesreel, wo man dem Herrn diente, ist fast schon vergessen, ohne Zweck und Bestimmung nun. Jerusalem dagegen und sein Tempel sind wiedererstanden. Hatte nicht Nebukadnezar auch das Allerheiligste betreten und entweiht? Judäas Höchsten damit bloßgestellt und praktisch für alle Zeit von seinem Throne gejagt, zuletzt ganz Jerusalem und seinen Tempel zerstört, die Mauern Zions am Ende schleifen lassen - vor ungefähr 600 Jahren? Doch in Babylon stand Judäa wieder vom Geschichtstod auf. Jerusalem lebte weiter. Der Süden Israels ging nicht verloren.

Wenn ihr in eure prächtigen Kaleschen steigt, Leute aus Judäa, und an den Kinneret fahrt, so reist ihr doch nun durch euer und unser Land. Zuallererst ist es aber das Eigentum des

Herrn gewesen und geblieben oder wieder geworden. Derzeit politisch von den Römern beherrscht, kulturell hellenistisch beeinflusst, religiös und gesellschaftlich weiter oder wieder Land Israel, aber insgesamt jüdisch orientiert. Und jüdisch soll es auch bleiben, so wollen es die meisten Kinder Israels heute.

Wie will uns der Herr nur wieder zusammenführen und im Land Israel jüdisch vereinen, dazu einigen? Judäa mit Galiläa, beide vielleicht eines Tages auch mit Samaria? Nicht allein durch Vorschriften, die für jeden von uns und überall gleich gelten. Vielmehr durch ein Ende aller Vorrechte sowie Nachteile zwischen Süden und Norden. Das ergäbe einen Anfang, bei dem jeder den anderen brauchte.

Soll ein Galiläer weiterhin für den Tempel von Jerusalem hauptsächlich Abgaben leisten und nur der Judäer in den Pilgermassen sein Brot suchen dürfen? Muß der Galiläer, um das Gesetz des Herrn zu erfüllen, dreimal im Jahr nach Jerusalem pilgern - also zwischen Verarmung oder Unreinheit wählen? Und ein Judäer findet stets den Tempel, sein Geld, außerdem rituelle Reinheit vor der eigenen Haustür? Ist ein Judäer in vorwiegend jüdischer Gesellschaft vielleicht israelitischer, angesehener und gottgefälliger als der Galiläer: täglich unter Fremden, mit seiner Synagoge als Gotteshaus, dem Tempel vor allem durch hohe Abgabepflicht verbunden, ohne Nutzen aus Feiern und Festen oder Einrichtungen der jüdischen Hierarchie ziehen zu können? Oder sind Galiläer für Judäer längst wie Diaspora-Juden geworden, die rund um das Mittelmeer außerhalb des jüdischen Landes irgendwo leben, gelegentlich zur Passahfeier nach Jerusalem pilgern und etwas Geld in Judäa zurücklassen?

Hört zu, ihr Angereisten, dann hätten Makkabäer oder Hasmonäer das verheißene Land weder zurückerobert noch vereinigt wie zu der Zeit unseres großen Königs David, sondern seinerzeit lediglich ebenso besetzt gehabt, wie nach ihnen Kaiser, Herodier und Statthalter über die Juden herrschten. Dann wäre Judäa heute der einzige geschichtliche Überrest Alt-Israels und Galiläa nicht mehr als eine nahegelegene Provinz. Dann gehörten euch Kinneret, Hermon, Hügelland und Jesreel-Ebene noch weniger als den römischen Söldnern und wir feierten unser jüdisch geeintes Nord-Süd-Land ohne Grund und Recht.

Aber dieses Land ist Eigentum des Herrn. Und er will die Kinder Israels wieder zusammenführen. Hört, Leute aus Judäa, es ist seins, alles.

Als mich der Herr Wentz anrief, um mich für diese Bibelarbeit zu werben, da sagte ich ihm schon am Telefon- es war im November letzten Jahres -, daß mir gerade heute etwas durch den Kopf gegangen sei. Ich habe es dann schnell aufgeschrieben.

Der unerwartete IM - ein Gleichnis

Stell dir vor, du holst montagsfrüh den "Spiegel" vom Kiosk und liest beim ersten flüchtigen Durchblättern, daß Jesus als IM der Staatssicherheit entlarvt worden sei. Ganz bestimmt wirst du darauf reagieren. Aber wie?

Sofern Dir Jesus noch gleichgültiger ist als die spezielle frühere Staatssicherheit, magst du dich mit einem schwer zu deutenden, wohl bei dir selbst unklaren, äußerliches Desinteresse demonstrierenden Achselzucken begnügen. "Der also auch?!" Immerhin gestehst du dir trotzdem eine gewisse Verwunderung darüber ein, daß ausgerechnet diese beiden unerwartet zusammengebracht erscheinen.

Gehörst Du jedoch zu denen, die Jesus für einen versponnen-realitätsfernen, dabei maßlos egobewußten, radikalen Utopisten halten, der unser eingespieltes Wertesystem genau markierter Gut-und-Böse-Schubkästen für alle Lebensbereiche gefährdet oder schon zu zerstören begonnen hat, so bist du jetzt angenehm überrascht, in der neuen "Spiegel"-Ausgabe dein chronisches Mißtrauen gegen ihn öffentlich bestätigt zu finden. "Dachte ich's mir doch fast!" Ein unruhestiftender Phantast nach Art des Nazareners war dir immer ebenso unheimlich wie den galiläischen Herodes-Anhängern oder sadduzäischen Oberpriestern der Jesus-Zeit. Eigentlich habt ihr alle ihn stets gehaßt und in euren Herzen längst gekreuzigt. Mit euren fünf Mark hatte der "Spiegel" bereits vor Erscheinen dieser Wochen-Ausgabe kalkulieren können.

Falls Jesus dir zwar nicht allzu nahe, zumindest aber sympathisch gewesen ist, denn in euren Grundüberzeugungen stimmtest du mit ihm ebenso überein, wie romfeindliche Zeloten oder jerusalemflüchtige Essener mit Jesus noch vor knapp zweitausend Jahren auf dasselbe Gottesreich gewartet hatten - dann wirst Du ihn prompt entschuldigen, ohne nach Einzelheiten zu fragen. "Dagegen muß man etwas tun." Ein solcher Verdacht, öffentlich geäußert, weckt zwangsläufig dein Solidaritätsgefühl. Er drängt dich zu zeigen, auf welcher Seite du stehst.

Vielleicht ist Jesus dir allerdings nicht nur Freund, sondern die wichtigste Person auf dieser Erde gewesen, seine Vergangenheit mit unser aller Gegenwart und besonders deiner eige-

nen Zukunft verbindend. Erschrocken stöhnst du: "Denen ist aber auch nichts mehr heilig." Wobei du bestimmt keinen Angriff gegen die frühere Staatssicherheit meinst. Ach, Freundin oder Jünger Jesu, du wirst entweder davon überzeugt sein, daß der "Spiegel" wieder einmal hetze, fälsche, tendenziös Unfrieden stifte, Realität entstelle - oder aber eine Staatssicherheit, die Jesus als IM führe, künftig viel positiver zu sehen beginnen. Wo Jesus mitgemacht hat, kann zumindest kein Dämon oder der Satan selbst regiert haben. Sonst bekommen postum noch jene schriftgelehrten Pharisäer gegen ihn Recht (Markus 13, 22-30). Das aber wollte schließlich keiner von den Zeitgenossen Jesu, die dir einst ähnlich gewesen sein könnten.

Man kann ihn auch noch anders sehen in diesem Zusammenhang - ein Schnipsel, aus der Weihnachtspredigt herausgefallen.

Gehn wir mal davon aus, daß Markus, der älteste Evangelist, um 70 nach Christus wußte, was er da schrieb. Nicht in Bethlehem sondern in Galiläa geboren: unser Christfest-Säugling? Mit einem Davidssohn hatte der Syrer nicht so viel am Hut, mehr mit dem Gottessohne. Vielleicht kannte er auch die jüdischen Stories noch nicht. Also in Nazareth als erstes Kind bäuerlicher Handwerker weder in Armut noch in Wohlstand aufwachsend... Leider kommt Nazareth im Alten Testament nirgends vor. Die Ortschaft habe früher anders geheißen, sei vielleicht um 722 vor jenem Einwohner von den Assyriern zerstört worden und habe mehr als 600 Jahre lang öde dagelegen, unbewohnt - wirklich unbehaust, wie diese Obdachlosen in Bethlehem wirken. So werden wir von Archäologen belehrt.

Zur Makkabäer-Zeit, rund hundert Jahre vor dem himmlischen Knirps, habe man die Ortschaft neu besiedelt. Fromme Juden sollten Galiläa für das jüdische Land und Volk zurückgewinnen. Sie nannten den Ort Nazareth, mit "nezer" als Sprachwurzel für Sproß, Zweig, Stamm (eben Isais oder "Jesses"). Damit konnten sie nur die Davidsstadt, Bethlehem, gemeint haben.

Falls das alles stimmt, sind jedenfalls die unmittelbaren Vorfahren Jesu etwas ähnliches gewesen, was heute Wossis in Ostdeutschland sind.

In einem ganz anderen Zusammenhang:

M.M. oder Marilyn Magdalena.

Ob es jetzt angemessen ist, auf die zugleich reizvollste wie brüchigste Beziehungskiste aller biblischen Geschichten zu kommen? Sie hat schon manch ein Autorinnen- oder Autoren-gemüt bewegt und zu schreiben genötigt. Wer immer jedoch versuchte, von dieser Kiste den Deckel zu heben, ob mit ehrfürchtig zitternder oder gierig-schmieriger Hand, hat es vergebens probiert. Die pikante Beziehungskiste bleibt zu. Historische Quellen hüten das intimste "Messiasgeheimnis" vor uns.

Was nämlich Maria, genannt Magdalena (Lukas 8,2), betrifft, sei folgende Schlußpointe für diese Geschichte von vornherein verworfen. "Rabbuni, noch zweihundert Jahre nach uns wird man im Königreich des Höchsten darüber grübeln," sagte Mirjam und lachte verhalten-klirrend in den frischen Frühjahrmorgen von Jeruschalajim hinein, "was heute nacht zwischen dir und mir geschehen ist." Eine solche Wendung setzte zwingend voraus, "Rabbuni" (wie Weddig Fricke, der süddeutsche Jurist, vorschlägt), mit "mein Rebbele" wiederzugeben (Johannes 20,16) - besser wohl: "mei Rebbele".

Auch meine Spaziergangsnotiz, nur flüchtig erwogen, kommt als Erzählabschluß nicht in Frage, weil abendländische Frömmigkeit in Bezug auf Jesus grundsätzlich augenzwinkern-dem Reden widerstrebt. "Vielleicht wußte der Nazarener als Prophet, der er war, bereits voraus, daß in theologischer Fachliteratur nach fast zweitausend Jahren, schamhaft hinter korrektem Latein verborgen, als Fußnote abgehandelt werden würde, was man die jesuanische Goethe/Frau von Stein-Frage nennen könnte: Haben sie nun oder haben sie nicht?"

Angenommern, Mirjam erkannte gleich, was Jeschu zuerst von Jerusalem sah: die zuckenden, röchelnden Körper an den Holzkreuzen, die sich vor alle Gedanken zwängten und jedem Wort, um das er trotzdem rang, Stimmkraft verweigerten. Jeschu sah Juden sterben, dabei sich selbst am Kreuze hängen. Das lähmte ihm Sinne wie Seele. Jesus konnte nicht schreien oder heulen und fluchen, weder zu Widerstand noch Selbstopfer aufrufen, was manch ein Mitpilger von ihm wohl erhofft hatte. Wahrscheinlich blieb ihm, wie später den Seinen, in diesem Augenblicke nur die Flucht. Allerdings kann M.M. den jüdischen Tempel um Abrahams Opferfelsen, von Herodes dem Großen so kostbar-prunkvoll erneuert und größer wie schöner gemacht, nicht einfach übersehen haben. Der frühe Abend ließ alle Tempelgebäude, die ganze Stadt, besonders ihre Dächer auf den judäischen Hügeln, rot-golden erglühen. Sobald Mirjam aber nur den Blick senkte, mußte dieser im schattigen, früh erdunkelnden Kidron-Tal auf Kreuze fallen, an denen sich menschliche Körper bewegten. Dabei wurde Jeschus erstes Bild auch zu Marias bleibendem, in Zukunft einzigem von der

judäischen Hauptstadt. Nicht Jerusalem-Panorama mit Herodes-Tempel, Burgen und Palästen oder Häusern, auch nicht Hütten und Felshöhlen auf halber Hanghöhe, sondern die Körper am Holze, das Gurgeln der Erstickenen, die Leichenblässe noch Lebender, jüdisches Verenden außerhalb des Gottesvolkes und fern vom kommenden Gott.

Vielleicht hat Jeschu versucht, seine Mitpilger anzusprechen, konnte sich aber nur gewaltsam vom Kidron-Tal abkehren, um den Ölberg hinaufzusteigen und im Osten des Höhenkamms, wo Betanien lag, diese Bilder wie Wunden zu kühlen. Dort fand er für die Freunde oder Jünger und Schüler, auch alle anderen Pilger und sich selbst, möglicherweise Schlafplätze, drinnen oder draußen. Etwa dank "Simon, dem Aussätzigen"? Aus Jerusalem, unter dem dominierenden Zeichen des Kreuzes, hat Markus keine Heilungsgeschichte mehr erzählt.

Deshalb angenommen, Jeschu habe für die Passah-Wallfahrtstage dort oben in Betanien seinen Wohnplatz gefunden. Urchristliche Überlieferung hielt eine skurril-messianische Huldigung fest, die Jesus gegolten hat und von der Ölberg-Höhe nach Jeruschalajim hinunter oder aus dem Kidron-Tal hinauf in die Tempel-Stadt führte. Der Bericht verwendet ein Märchenmotiv, das im Fortgang der Erzählung noch einmal benutzt worden ist (Markus 11, 1-6 und 14, 12-16). Dabei mag dieser galiläische Messias jüdischen wie römischen Instanzen erstmals aufgefallen sein. Oder wurden der Rabbi und seine Wallfahrer von ihrer Schüchternheit geschützt?

Der Lumpenherr ist wohl ebenfalls in Betfage gewesen und hat vielleicht vor dem "Haus unreifer Feigen" die ersten Kreuze gesehen, von Römern für Juden aufgerichtet. Marilyn Magdalena kann als erste verstanden haben, was Jeschu sah. Sie blieb ihm nahe. "Rabbuni", sagte sie zu Jesus. Mirjam oder Marilyn wollte den Rabbi von Angst und Schrecken erlösen. Jesus hatte Schuß. Er blieb lange wie erstarrt, in ihr pulste Wärme. Den Messias fror, Seele und Körper erschienen wie ineinander gekrampft. Maria wirkte wie gelöst, fast heiter, lächelte sogar. Sie bedrängte ihren "Rabbuni" nicht, er solle doch das Pflaster der Hauptstadt gar nicht erst unter die Füße nehmen und in der Morgenfrühe gleich nach Galiläa zurückkehren. Vielleicht nickte Marilyn dem Lumpenherrn einfach nur zu, so daß er Mut faßte, am kommenden Morgen den Ölberg hinunterzusteigen, in den Tempel hinaufzugehen und auszurichten, was er dort zu sagen oder zu tun hatte.

Was war nun eigentlich geschehen? Jedenfalls betraten M.M. und J. nicht morgens gegen halb neun gemeinsam den Frühstücksraum in "Betania Pilgrim's Hotel", schon gar nicht händehaltend. Als beide den übrigen Wallfahrern begegneten, rief Jesus ebensowenig ausweichend wie Marilyn Magdalena triumphierend "Hallo".

Auf die nachgesetzte Frage aus dem Plenum, was das eigentlich sollte, antworte ich nur:
"Ich hatte es in der Einleitung gesagt. Es geht um den Wichtigsten, den mir Wichtigsten.
Markus war er auch der Wichtigste. Offensichtlich reichten ein Titel, ein Bild, ein Wort nicht
aus, um ihn zu bezeugen. Mehreres muß nebeneinander stehn. Jesus ist nicht zu harmoni-
sieren."

BLICK ZURÜCK, NICHT IM ZORN

David Gillman, London

David Gillman ist nebenamtlicher methodistischer Gefängnisseelsorger in der Justizvollzugsanstalt Holloway, London,

sein Beitrag ist Heft 12/1995 von NEWLIFE - THE PRISON SERVICE CHAPLAINCY REVIEW entnommen und für R GS von Reinhold Trott übersetzt.

Ich reiste am Jahrestag der Kapitulation zu einer fünftägigen Gefängnisseelsorgerkonferenz nach Deutschland. Etwa hundert haupt- und nebenamtliche Gefängnisseelsorger der Evangelischen Kirche kamen in einem ehemaligen Lager der Jungen Pioniere in einem bewaldeten Tal in Friedrichroda, Thüringen, zusammen. Es war mein erster Besuch in Deutschland, aber gemeinsam mit anderen Besuchern aus Rumänien, der Tschechischen Republik, Holland, der Schweiz, Polen, Dänemark und Österreich wurden wir herzlich aufgenommen. Da ich nicht fließend deutsch spreche, war ich auf andere Pastoren angewiesen, die für mich dolmetschten. Es ist aber andererseits gar nicht mal so schlecht, wenn man ein paar Tage mehr auf Körpersprache achten und angestrengt zuhören muß!

Gefängnisseelsorger aus den verschiedenen Bundesländern sind jeweils die Gastgeber und Organisatoren der jährlichen Konferenz. Seit 1989 müssen die Bedürfnisse des ehemaligen Ostens und des ehemaligen Westens von Deutschland gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Art und Weise, wie da Leute mit ihrer unterschiedlichen Geschichte in ihrer ganzen Komplexität kämpfen und eine neue Nation eine eigene Identität sucht, die sowohl dem Schmerz als auch den Erfolgen der vergangenen Jahre gerecht wird, war schon faszinierend. Waren die Jahre der Nazi-Herrschaft dadurch gekennzeichnet, daß keine Vielfalt geduldet wurde, so ist die Aufgabe, die mannigfaltigen Tendenzen in einem neuen Deutschland zu akzeptieren und zu verstehen umso größer.

Bei der Wahl des Konferenzthemas "Blick zurück, nicht in Zorn" spielte dies eine besondere Rolle. Man ist ja noch dabei, die Geschichte zu schreiben, zu erörtern und zu begreifen. Die emotionale Distanz zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit ist nur gering. Die Konferenz bot den Teilnehmern die Möglichkeit zur offenen Auseinandersetzung und zur Suche nach Zuspruch für die Zukunft. Beim persönlichen Gespräch und in der Debatte ging es leidenschaftlich zu. Zwischen den Gedanken, die in Plenumsitzungen, Kleingruppen und im ungezwungenen Gespräch geäußert wurden, kam es zu einer intensiven Wechselwirkung.

Das einzige Gefängnis, das ich in Deutschland besuchte, war Buchenwald. Ein Nachmittag in den Trümmern eines Konzentrationslagers zusammen mit Kollegen, die in der Zelle sangen und lasen, in der Pfarrer Paul Schneider umgekommen war, berührte mich tief. Es war eher eine Pilgerreise als ein Besuch. Die Ausmaße des Lagers, seine klinische Brutalität, seine kompromißlose kalte Funktionalität vermitteln Bilder, die man einmal sieht und nie wieder vergißt. Jedes Detail war hauptsächlich darauf ausgerichtet, Menschen zu entpersönlichen, zu verhöhnen und zu vernichten. Die Haftbedingungen, die Behandlung der Gefangenen durch die Wachen, das Arbeitsprogramm, die "medizinischen Versuche", der Massenmord - alles wurde daran gesetzt, um die Gefangenen sowohl im Leben als auch im Tode zu erniedrigen. Die Geschichten von Gefangenen, die sich angesichts völliger Hoffnungslosigkeit durch Taten der Liebe und Barmherzigkeit über diese Grausamkeit erhoben, zeugen von der ganzen Tiefe unserer Existenz. Wie kann man nach dem gefühllosen und kaltschnäuzigen Verhalten von Menschen und einem System, das jegliche persönliche Würde aberkennt, noch an die Menschlichkeit glauben? Und dennoch, ... sowohl diejenigen, die überlebten, indem sie ihre Integrität durch den Tod hindurch bewahrten, als auch die physisch Überlebenden, die 1945 den Eid von Buchenwald schworen, sind ein beredter Ausdruck dafür, daß über menschliche Destruktivität hinaus noch die Möglichkeit für Änderung, Gemeinschaft und neues Leben besteht.

Man kann sich nicht der Verantwortung für das Geschehene entziehen. Es heißt, Leute, die in der Nähe von Buchenwald wohnten, hätten nicht gewußt, was drinnen vorging. Das Leugnen ist eine drastische menschliche Reaktion. Es ist einfacher, angesichts von Unterdrückung passiv zu sein, der Versuchung zu erliegen, die Wirkung unseres Handelns auf andere herunterzuspielen oder unser Verhalten gar zu rechtfertigen. Aber hier geht es nicht um eine andere Rasse oder Generation, hier geht es um uns selbst. Wir sehen unsere eigene Fähigkeit zu verletzen, die - wenn sie nicht gezügelt wird - zu teuflischen Ergebnissen führen kann. Der Schrecken der Vergangenheit, den Buchenwald ganz deutlich vor Augen führt, ist auch noch heute unter uns präsent, in den ethnischen Säuberungen, in den Abschiebungen von Menschen in den Tod und in jedem Regime, das - sei es mit oder ohne Absicht - jemanden seiner Menschenwürde beraubt.

Was in Buchenwald geschah, könnte im engen Sinne als das Ergebnis eines mißratenen und perversierten Regimes verstanden werden. Seine Geschichte und seine Bilder liefern jedoch unweigerlich einen Hintergrund, vor dem es wichtig wird, weitergehende Fragen nach Haft, Gerechtigkeit und Freiheit zu stellen. So intensivierte sich zum Beispiel die Brutalität in Buchenwald, als die Machtbasis der Nazis bedroht war. 21 000 der 34 000 Menschen, die im Lager umkamen, wurden in den letzten fünfzehn Monaten vor der Befreiung getötet. Wo immer es auch sei, das Leben im Gefängnis wird oft durch Druck von außen bestimmt.

Die Zustände, die in Deutschland während des Krieges herrschten, können nicht mit dem Leben im Gefängnis heutzutage, sei es nun in Deutschland oder Großbritannien, verglichen werden. Aber diejenigen von uns, die in den beiden Ländern Gefängnisseelsorger sind, sehen mit eigenen Augen, welche Wirkungen Änderungen in der Anstaltsführung haben, die durch den Druck von Politikern und/oder Medien entstanden sind. In solchen Zeiten ist es wichtig, sich ein Urteil sowohl vom spezifischen als auch vom allgemeinen Charakter der betreffenden Änderung zu bilden, klare Zielvorstellungen in Bezug auf den Zweck des Gefängnislebens zu bewahren und ständig auf der Hut zu sein, damit die Bedeutung der Menschenrechte für Gefangene nicht aus dem Blickfeld gerät.

Die Verpflichtung, welche die Überlebenden von Buchenwald und anderen Konzentrationslagern eingingen, bestand darin, durch Erziehung und Bildung zu gewährleisten, daß sich die am eigenen Leibe erlebte Brutalität nicht wiederholte. Als Seelsorger, welche die Hoffnung des Evangeliums verkünden, versuchen wir, beides zu erkennen: die Kosten und die Freude, die es mit sich bringt, wenn wir der gesellschaftlichen Brutalität gegenüberreten, so wie sie sich im Gefängnis präsentiert. Wenn wir gegenüber dem Leiden und dem Handeln der Gefangenen verwundbar werden, ergeben sich für uns viele Fragen bezüglich der Angemessenheit der Vergebung. Aber auch in der dunkelsten Erfahrung steht da immer noch die Einladung eines allbarmherzigen Gottes.

Ebenso wie in Großbritannien ist die Zahl der Gefängnisinsassen in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen. Es gibt Ähnlichkeiten sowohl in der Strafrechtspolitik als auch in der öffentlichen Meinung. Allgemeines Anliegen war es - dies kam in den Vorträgen der Redner und in den Gruppen gleichermaßen zum Ausdruck -, daß der Justizvollzug nicht die größere Vision der "Resozialisierung" aus dem Auge verlieren sollte. Die Gesellschaft als ganze erwartet vielleicht, daß der Justizvollzug diejenigen, die ihm übergeben sind, in sicheren Gewissam nimmt. Wenn es aber kein angemessenes Programm gibt, das Menschen im Gefängnis die Möglichkeit eines Wandels bietet, dann erscheint jedweder Fortschritt hin zu einer sichereren Gesellschaft unwahrscheinlich. Der Schutz der Gesellschaft vor Straftätern bietet keine automatische Lösung für die Zukunft. Die Resozialisierung muß die komplexen Fähigkeiten berücksichtigen, die von einem Gefangenen verlangt werden, und einen geplanten Übergang von der Haft in die Gemeinschaft draußen ermöglichen, damit alle in den Genuß der "Sicherheit" kommen. Jene, die über ihre Erfahrung aus der ehemaligen DDR sprachen, gaben zu bedenken, daß es für einen Gefangenen nach seiner Entlassung sowohl ein Zuhause als auch Arbeit gegeben habe. Heute liegen die Dinge allerdings anders; besondere Fähigkeiten sind jetzt erforderlich, um lange Zeiten der Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und finanziellen Unsicherheit zu überleben. Man kann nicht einfach von der geistigen und emotionalen Gesundheit der Straftlassenen ausgehen, auch nicht von stabilen fami-

liären Beziehungen, die Schutz und Unterstützung gewähren könnten. Das soziale Umfeld des Westens, das jetzt auf einmal auch zu den Erfahrungen des ehemaligen Ostens gehört, verlangt ein einfallsreicheres Programm, als es bislang angeboten wurde. Der Justizminister von Thüringen sprach von der Notwendigkeit einer Gesetzgebung, die über die Bestrafung hinausgeht und den Menschen Zurüstung für ihr zukünftiges Leben gibt. Seine Bereitschaft, bei Teilen der Konferenz anwesend zu sein und auf Fragen einzugehen, zeigten auf erfrischende Weise, wie Verantwortung wahrgenommen werden kann.

Ein anderer Aspekt der "Resozialisierung", der Besorgnis erregte und zu Diskussionen führte, war die Art und Weise, wie erzwungene Trennung nicht nur den Strafgefangenen betrifft. In der Gemeinschaft draußen bedeutet dies auch eine Abwesenheit, vielleicht einen Einkommensverlust; durch den Verlust eines Partners wird draußen ein Loch von einer gewissen Tiefe und Weite hinterlassen. Dies wird sehr deutlich, wenn die Mütter kleiner Kinder inhaftiert werden. Wie ändert sich dieses Loch, das zu Beginn der Haft hinterlassen wird, während der Trennung? Was auch immer an Arbeit mit dem Gefangenen seitens der Anstalt geschieht, noch mehr ist erforderlich mit jenen, die draußen sind, wenn es am Ende der Haft überhaupt eine Hoffnung auf Integration geben soll. Man unterstützte Projekte, die einen "Vertrag" mit einem Gefangenen vorsehen, in dem angemessene Sicherheit mit einem Anreiz für persönliche Entwicklung und Verantwortung verbunden wird. Wenn der Vollzugsablauf es dem Gefangenen ermöglicht, für seine Situation im weiteren Sinne verantwortlich zu bleiben und konstruktiv dazu beizutragen, dann ist die Wahrscheinlichkeit größer, daß die Gesellschaft nicht nur dauerhafter geschützt wird, sondern daß auch das Leben anderer nicht so geschädigt wird.

Eine kleine Gruppe mit einem inhaftierten Gefangenen aus der ehemaligen DDR, die sich spät abends traf, vermittelte einen Einblick in das Gefängnisleben unter dem Kommunismus. Das damalige System war starr und rigoros, und immer wieder gab es Berichte von Brutalität und Folter. Die Beispiele für offensichtliche Ungerechtigkeiten und Schikanen seitens einzelner oder des Systems scheinen bei den Zuhörern nicht auf Zweifel zu stoßen. Da war ein Mann, der sechzehn Jahre seines Lebens im Gefängnis verbracht hatte und selbst durch seine Umgebung brutalisiert worden war. Er war ein Überlebenskünstler. In der Zeit, die er zwischen den Haftstrafen außerhalb des Gefängnisses verbrachte, wurde er zunehmend alkoholabhängig, und es kam zur unvermeidlichen Entfremdung zwischen ihm und seiner Familie. Dieser Mann hatte durch die Arbeit des *Schwarzen Kreuzes* zum Glauben gefunden, und er hatte sich eine Änderung seines Lebens zum Ziel gesetzt. Die Arbeit eines nebenamtlichen Gefängnisseelsorgers und anderer ehrenamtlicher Helfer boten diesem Mann die Gelegenheit, seinen neugefundenen Glauben in den Beziehungen mit anderen zu entwickeln. Er war dabei, Terrain zu erkunden, auf dem er sich vorher nie bewegt hatte. Seine Erwar-

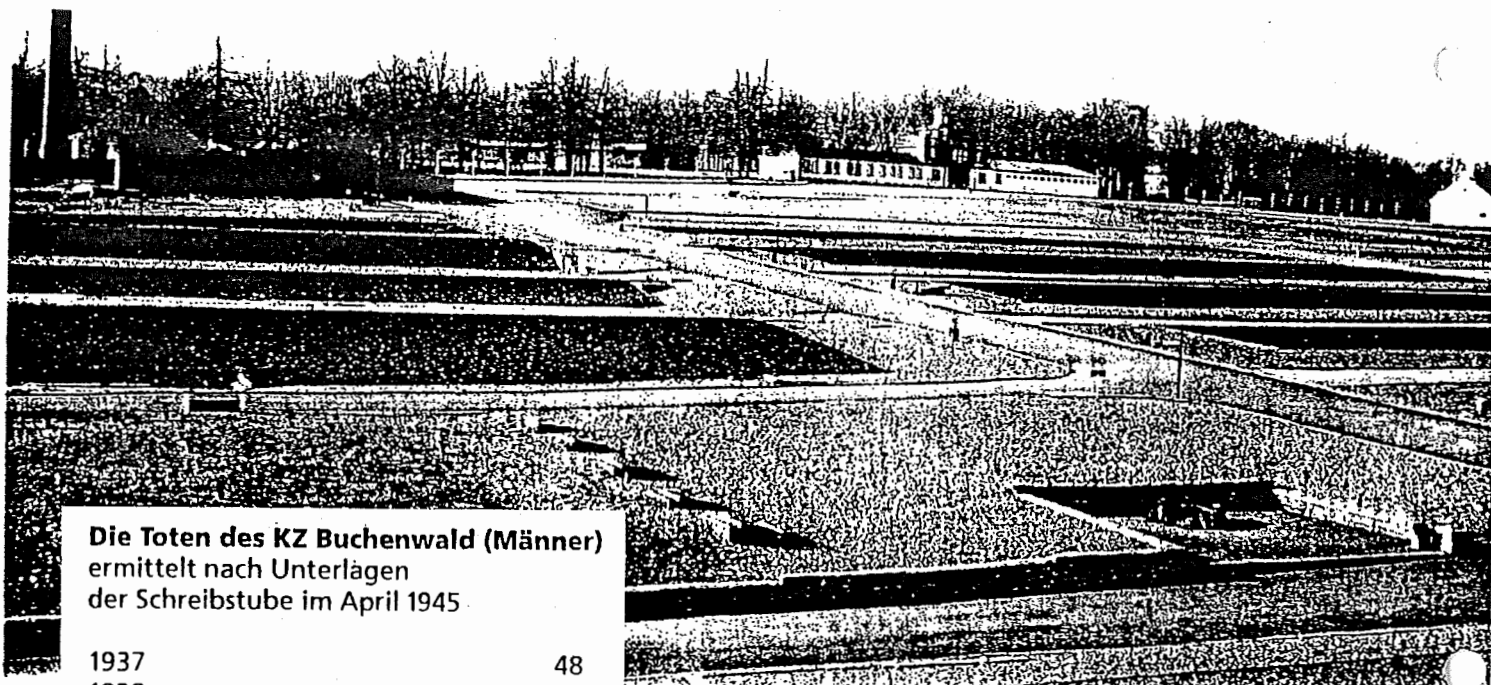
tungen in Bezug auf das Leben außerhalb des Gefängnisses spiegelten das Dilemma wider, vor dem die ehemalige DDR jetzt steht. Da wahrscheinlich Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit auf ihn zukommen, erschien jetzt die Zeit, die er im Gefängnis verbringt, in einem anderen Licht. In welchem Maße der Justizvollzug dieses Problem in Angriff nimmt und den Gefangenen den Erwerb der erforderlichen Fähigkeiten anbietet, war den Anwesenden ein wichtiges Anliegen.

Viele Anliegen der Konferenz lassen sich durch ein Ereignis des ersten Nachmittags veranschaulichen. Bevor die anderen eintrafen, machte ich einen Spaziergang durch den Wald und ging die Straße entlang zum nächsten Dorf. Die Straße war gewöhnlich nicht sehr belebt, aber wie aus dem nichts heraus hatte sich auf einmal ein Stau gebildet. Als ich an den stehenden Autos vorbeiging und zu einer Bahnbrücke kam, welche die Straße überquerte, fand ich des Rätsels Lösung. Ein Lastwagen war unter der Brücke steckengeblieben und konnte weder vorwärts noch zurück. Die Fahrer der Wagen hinter ihm wurden langsam ungeduldig. Es gab keinen anderen Weg. Bezeichnenderweise stieg keiner der Fahrer aus, um zu helfen! Dem Lastwagenfahrer blieb nur eines übrig: Er nahm Druck aus den Reifen und brachte so den Lastwagen auf eine niedrigere Höhe, so daß er vorwärts und aus dem Stau herausfahren konnte. Auf dem Rückweg sah ich später, daß die Straße frei war, und außer den deutlichen Spuren, die der Lastwagen an der Brücke hinterlassen hatte, war nichts mehr zu sehen.

Deutschland steht vor der gewaltigen Aufgabe, eine neue Gemeinschaft aus der Taufe zu heben; es gibt keinen Weg zurück, und der Weg nach vorn ist sowohl kompliziert als auch prekär. Das Vertrauen einer Bevölkerung, die in Ost und West unterschiedlich ist, durch den Prozeß des Wandels und der Krisen hindurch aufrechtzuerhalten erfordert Vision, Kooperation und Entschlossenheit. Die Konsequenzen, die sich daraus für den Justizvollzug in allen Teilen Deutschlands ergeben, stellen ähnlich hohe Ansprüche. Das Anwachsen der Drogenszene, die ganze Einwanderungsproblematik, die Neubestimmung sozialer Verantwortung und Beziehungen sind Herausforderungen, denen sich Deutschland und in hohem Maße auch alle anderen europäischen Länder stellen müssen. Was innerhalb des Gefängnisses sowohl in Bezug auf Sicherheit und als auch in Bezug auf Sozialprogramme geschieht, kann nicht vom Justizvollzug allein bestimmt werden. Breitere politische Perspektiven sind erforderlich, um ein Umfeld für konstruktive Arbeit zu schaffen. Diese Perspektiven müssen die Wurzeln des kriminellen Verhaltens richtig anpacken und gleichermaßen Möglichkeiten für den Schutz der Gesellschaft und für Reform schaffen.

Die Konferenz ermöglichte es mir, über die Gefängnisseelsorge am deutschen Gefängnisleben teilzunehmen, und gab mir so die Gelegenheit, mich mit einigen grundlegenden Fragen

auseinanderzusetzen. Die Energie, mit der diese angepackt wurden, war Ausdruck einer Verpflichtung und Barmherzigkeit gegenüber der gesamten Justizvollzugsgemeinschaft und dem weiteren politischen Bereich. In solchem Austausch und Dialog liegt die Hoffnung auf Entwicklung und Wandel, sowohl für Individuen als auch für Gemeinschaften, und die Möglichkeit, nicht im Zorn zurückzublicken.



Die Toten des KZ Buchenwald (Männer)
ermittelt nach Unterlagen
der Schreibstube im April 1945

1937	48
1938	771
1939	1.235
1940	1.772
1941	1.522
1942	2.898
1943	3.516
1944	8.644
1945 Jan. bis März	13.056
1945 bis 11. April	913
	34.375

Mit den im Pferdestall erschossenen sowjetischen Kriegsgefangenen (über 8.000), den im Krematorium Buchenwald Hingerichteten (geschätzt 1.100), den mit Todestransporten aus Lagern des Ostens eingelieferten anonymen Toten und den Opfern der Evakuierungsmärsche (geschätzt 12.000 bis 15.000) ergibt sich eine Gesamtzahl der Toten von etwa 56.000.



Appell, November 1938
SS-Foto (Ausschnitt)

SECHS MONATE BAUTZEN
BERICHT ÜBER EINEN STUDIENURLAUB

Walter Hoffmann, Regensburg/Schweiz¹

Mitte der 80er Jahre hielt der damals amtierende Justizminister Österreichs vor der alpenländischen Gefängnisseelsorgerkonferenz einen Vortrag. Darin betonte er, daß jedem Aufbruch zu mehr Menschlichkeit und größerem Respekt gegenüber der Würde des Menschen extreme Umbruchsituationen vorausgingen; dies gelte auch für den Strafvollzug. Es war wohl im Herbst 1991, daß ich Herrn Ministerialdirigenten Schmuck vom Justizministerium des Freistaates Sachsen nach seinem Vortrag in Bern über "Probleme der Wende im Strafvollzug" fragte, ob für den Strafvollzug nach dem Zusammenbruch der DDR ein Aufbruch zu etwas Neuem zu erwarten sei. "Dafür haben wir weder Kraft noch Zeit", war seine ernüchternde Antwort. Bestätigt wurde diese Aussage während einer Studienreise nach Sachsen, die ich im Januar 1993 mit einer kleinen Gruppe von Gefängnisdirektoren und leitenden Angestellten aus dem Zürcher Strafvollzug durchführen konnte. Warum für den Aufbruch zu Neuem weder Kraft noch Zeit vorhanden ist, wurde während dieser kurzen Reise jedoch nicht erkennbar. Diesem Problem gründlicher nachzugehen, machte mir erst mein Studienurlaub von Anfang Oktober 1993 bis Ende März 1994 möglich.² Für fast sechs Monate übernahm ich während dieser Beurlaubung die ganz alltägliche, praktische Seelsorgetätigkeit in der Justizvollzugsanstalt Bautzen³. Gleichzeitig versuchte ich, in dieser Zeit möglichst umfangreiche Kontakte zu Kirchgemeinden und deren Mitgliedern zu pflegen⁴...

¹ Bei dem hier vorliegenden Bericht handelt es sich um die 2. Auflage (August 1994). Neben einigen Korrekturen von Schreibfehlern sind im erweiterten Anmerkungsteil Reaktionen auf die erste Auflage des Berichts verarbeitet.

Für den Abdruck in R GS wurde der Bericht gekürzt. (Red.)

² Die in meinem Bericht beschriebene Suche nach dem Aufbruch zu Neuem hat offensichtlich einige Leser betroffen gemacht oder getroffen. Bedenken vor einem rechtsfreien Raum als Erklärung für die eilige Überordnung des westlichen Rechtssystems anzuführen, überzeugt mich nicht. Diese Bedenken verhüllen das schwerwiegende Faktum, daß dem ethisch-moralischen Anspruch des Sozialismus, die Menschheit in eine glückliche Zukunft zu führen, der Westen nur seine konsumorientierte Ellenbogen-gesellschaft entgegenzusetzen vermochte und daneben noch das Gesetz mit einer Fülle von Verwaltungsvorschriften brachte. Letzteres ist geschehen, ohne auch nur in Ansätzen einen gesamtdeutschen gesellschaftlichen Konsens zu versuchen. Damit verlieren die gesetzlichen Vorschriften den Anspruch, Ausfluß des Rechtsstaates zu sein, sie sind zum bloßen Machtinstrument geworden.

³ In der JVA-Bautzen stehen dem evangelischen und dem katholischen Pfarramt je ein Büroraum, der auch für Einzelgespräche mit Gefangenen genutzt werden kann, ein gemeinsamer Gruppenraum und die große Kirche zur Verfügung. Während meines Studienurlaubs waren meist an die 470 Gefangene in der Anstalt untergebracht.

⁴ Ich nahm an Pfarrkonventen und Konferenzen teil, hielt mehrere Vorträge über Strafvollzug in Gemein-dekreisen und Jugendgruppen, erteilte zwei Unterrichtsstunden bei einer 9. Klasse südlich von Dresden,

II

... Eine lockere Unbefangenheit, einen freien Umgang mit Traditionen, erlebte ich nur sehr selten in kirchlichen Kreisen. Es mag sein, daß die Unsicherheit, die mit der Übernahme des westlichen Systems in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche⁵ verbunden ist, keine Lockerheit verträgt.

All das Neue aufzunehmen, das mit dem Anschluß an die Bundesrepublik kam, und sich damit im Sinne Jesu Christi auseinanderzusetzen, überfordert die meisten Christen. Die vorhandenen Kräfte scheinen gerade noch dafür auszureichen, weiter an dem zu arbeiten, was schon lange besteht. Gegenseitige Vertretung der Pfarrer ist Selbstverständlichkeit und geschieht ohne zusätzliche Bezahlung. Kirchliche Mitarbeiter, zum Beispiel Kantoren, stellen willig und gern ihre Dienste für Gottesdienste in der Strafanstalt zur Verfügung, wiederum voll im Rahmen ihres Anstellungsverhältnisses in einer Kirchgemeinde und darum ohne zusätzliche Bezahlung. Ehrenamtliche Mitarbeit in den Gemeinden gehört fest zum kirchlichen Leben. Ich habe keine Mühe gehabt, Jugendgruppen als Helfer für die musikalische Gestaltung der Anstaltsgottesdienste zu finden. So funktioniert das innerkirchliche Leben gut; wer mit dieser Kirche vertraut ist, wird sich durchaus auch in ihr wohlfühlen; die Kirche ist Heimat für die, die dazugehören. Auch ich wurde als einer, der zur Kirche gehört, unvoreingenommen aufgenommen; ich konnte zu Hause sein.⁶ Ob es denen ebenso geht, die aus dem Abseits der SED-Vergangenheit neu zur Kirche finden wollen, ist mir nicht sicher. Ich habe auch bittere Worte über eine gnadenlose Kirche gehört, die kein einladendes Entgegenkommen biete. Sie baue eher hohe Hürden auf, die von den Außenstehenden allein überwunden werden müssen, wenn sie dazugehören wollen.⁷

Aus dem verstehbaren Wunsch heraus, in einer eher geschlossenen Gesellschaft beheimatet zu bleiben, sind jedoch einige neue Aufgaben, die mit der Vereinigung auf die Ostkirchen zukamen, zu Reizthemen geworden: Religionsunterricht, Kirchensteuer, Militärseelsorge. Hier neue Positionen einzunehmen, fällt schwer, zumal viele Menschen gerade in der Kirche vom sogenannten "dritten Weg" träumen. Dieser "dritte Weg" soll eine Alternative zum

nahm an einem Kirchenvorsteherwochenende teil, predigte einmal in einer der Bautzener Kirchen und konnte viele Einzelgespräche mit Gemeindegliedern führen.

⁵ Die Evangelisch-Lutherische Kirche Sachsens ist kurze Zeit nach der Vereinigung Deutschlands Gliedkirche der EKD geworden und hat damit die Strukturen der Evangelischen Kirchen Deutschlands übernehmen müssen.

⁶ Von kirchlich engagierten Menschen bin ich immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Kirche gerade als geschlossene Gesellschaft eine Form gefunden hat, die ihr geholfen hat in der schwierigen Zeit der Bedrohung durch den real existierenden Sozialismus zu überleben.

⁷ Erst nach Abschluß dieses Berichtes fand ich Kontakt mit dem Bautzener Kollegen, der in einem Neubauquartier eine offene Gemeindearbeit gegenüber den Menschen führt, die ohne kirchliche Kontakte aufgewachsen sind; vielleicht ist es typisch für Kollegen dieser Ausrichtung, daß sie an Pfarrkonventen und traditionell geprägten kollegialen Zusammenkünften eher selten teilnehmen.

ehemaligen real existierenden Sozialismus und dem konsumorientierten Kapitalismus sein. Er soll nicht zu der Ellenbogengesellschaft führen, von der man vor der Wende einiges gehört hatte und die man nun übermächtig erlebt. An der Schule haben die Eltern oder je nach Alter die Schüler selbst zu wählen zwischen Religionsunterricht oder Ethik. Der Religionsunterricht muß von kirchlich autorisierten Kräften erteilt werden und wird vom Staat finanziert. Nach jahrzehntelangem innerem Widerstand gegen die Indoktrinierung durch den SED-Staat sehen sich nun viele Kirchenglieder auf der gleichen Stufe des Indoktrinierens angekommen, wenn sie dieser neuen Regelung zustimmen. Viele würden darum bevorzugen, den Religionsunterricht als Angebot im innerkirchlichen Bereich außerhalb der Schule durchzuführen, so wie vor der Wende die Christenlehre. Daß die Kirchensteuer heute durch den Staat eingezogen wird, empfinden viele Kirchenglieder als Verlust ihrer Unabhängigkeit oder als Mißbrauch staatlicher Macht durch die Kirche. Sie erleben auch den neuen Staat als so "unrein", daß seine Dienste zu beanspruchen, die Kirche belasten muß. Auch die geplante Anstellung von Pfarrern als durch den Staat besoldete Militärseelsorger wird als eine Maßnahme empfunden, die nicht zum erträumten "dritten Weg" paßt und die darum viele nicht nachvollziehen wollen. Daß die Gefängnisseelsorger in Sachsen auch heute im Gegensatz zu einigen alten Bundesländern nicht Angestellte des Staates sondern der Kirche sind, gehört in diesen Bereich der wertvollen Erfahrungen aus der Zeit vor der Wende.

III

... Kirchliches Leben ist auch ohne gründliche Kenntnis der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens möglich; Leben und Arbeiten im Strafvollzug kommt keinesfalls ohne Kenntnis des Strafvollzugsgesetzes aus. Dies ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß im Strafvollzug erhebliche Eingriffe ins Leben von Menschen erfolgen. Ferner handelt es sich beim Strafvollzug um einen sicherheitsempfindlichen Bereich. Hier sind Gesetze nötig, die helfen, klare Grenzen zu ziehen. Dem Beobachter aus der Schweiz fällt jedoch auf, daß die bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften und deren sächsische Ergänzungen bedeutsamer zu sein scheinen als das Strafvollzugsgesetz selbst. Bei allen Entscheidungen im Vollzugsalltag kommt ferner hinzu, daß ständig geprüft wird, ob der Spielraum, den diese Verwaltungsvorschriften lassen, durch eventuell vorhandene Gerichtsentseide anderer Bundesländer eingeschränkt sein könnte. Somit begleitet jeden Mitarbeiter des Vollzugs ein umfangreiches Gesetzes- und Vorschriftenmaterial und es sieht so aus, als arbeite man unter dem Motto: Nur so viel Gesetz wie möglich macht das alltägliche Leben im Vollzug verlässlich.⁸

⁸ Im Vollzug der DDR gab es theoretisch die staatsanwaltschaftliche Aufsicht über die korrekte Durchführung des Strafvollzugsgesetzes. Daß der Staat und seine Organe oft sehr absolut auftraten und Gesetze frei interpretierten, lag in der Einheit von Ideologie und öffentlichem Handeln begründet. Der Bedienstete, dessen politische Einstellung mit der Linie des Staates übereinstimmen mußte, konnte sich jedoch als kleines, aber notwendiges Rädchen im großen Getriebe fühlen. Sein ideologisch begründeter

Unbestreitbar greifen diese Verwaltungsvorschriften und Gerichtsentscheide alle Probleme auf, die irgendwann in jedem Gefängnis der Welt akut werden könnten. Im Leben außerhalb von Gefängnismauern werden solche Probleme in der Regel durch Gespräch und mündliche Abmachung gelöst; ein deutsches Gefängnis kann sich auf diese lebensnahe Form der Konfliktlösung offensichtlich nicht einlassen.⁹ So verwundert es nicht, wenn viele Gefangene ein Gespräch mit mir als Seelsorger mit diesen Lasten des Vollzugsalltags begannen. Da manche Vorschriften von den Gefangenen nicht als einsichtig erkannt werden, etwa die für Sachsen festgelegte Kantenlänge von Rundfunkgeräten, erleben viele Gefangene diese Vorschriften als ein ohnmächtig machendes oder die Würde des Menschen verletzendes Instrument. Hierin mag ein Grund liegen, warum ich im Vergleich zum Vollzug in der Schweiz in Bautzen wesentlich mehr seelische Verletzungen bei Gefangenen erlebt habe.¹⁰ Wohl kann es gelingen, solche Anordnungen, die subjektiv verletzt haben, in einzelnen Fällen objektiv nachvollziehbar zu machen, aber es ist eigentlich nicht die erste Aufgabe des Seelsorgers, Interpretationshelfer für Schwierigkeiten im Vollzugsalltag zu sein. Von vielen Gefangenen wird dieser Alltag als so übermächtig empfunden, daß für die eigentliche Verarbeitung des Deliktes keine Kraft bleibt. Sich mit dem schwierigen eigenen Lebenshintergrund zu beschäftigen, wird durch den alltäglichen Überlebenskampf hinter Gittern, der ja nicht nur ein Kampf gegen zu viele Vorschriften ist, fast unmöglich gemacht.

Bautzen hat mit zahlreichen weiteren Besonderheiten und Lasten aufzuwarten, die dem Vollzugsziel, wie es das Strafvollzugsgesetz nennt, im Wege stehen.

Das Gefängnis Bautzen I ist belastet durch eine wechselvolle Geschichte¹¹. Als sächsische Landesstrafanstalt 1904 eröffnet, machte die für etwas über 1000 Gefangene gebaute Anstalt

Auftrag machte es ihm leichter als heute, eine Einheit zwischen alltäglichem Handeln im Vollzug, Erwartungen des Gesetzes und Staatszielen herzustellen. Diese alte Einheit nicht durch trockenes Rechtsdenken zu ersetzen, sondern zum Beispiel in den neuen Ländern längere Zeit mit einem Minimum von Gesetz zu arbeiten, hätte Aufbruch zu Neuem ermöglicht.

⁹ Natürlich kann die mündliche Abmachung oder das Gespräch nicht das Strafvollzugsgesetz ersetzen, aber wahrscheinlich doch den größten Teil der Verwaltungsvorschriften überflüssig machen. Wenn das Leben hinter den Mauern durch ein Vielfaches an Vorschriften gegenüber dem Leben draußen geprägt ist, ist dieses Leben so unreal, daß es keine helfende Wirkung für die Zeit nach der Entlassung hat; man geht mit den Menschen hinter der Mauer weitgehend anders um als mit den Menschen davor.

¹⁰ Nicht nur wegen fehlender Rückendeckung durch den nächsten Vorgesetzten oder die Aufsichtsbehörde sondern auch wegen des zu eng gefaßten oder interpretierten Gesetzes wagt oder erkennt der einzelne Mitarbeiter, der entscheiden müßte, keinen Entscheidungsspielraum. Juristische Erklärungsversuche, was Ermessen bedeutet, sind weder vom durchschnittlichen Gefangenen oder Bediensteten nachvollziehbar; es sieht so aus als verhindere ein überbewertetes juristisches Denken einen vernünftigen zwischenmenschlichen Umgang.

¹¹ Neben Bautzen I wurde auch Anfang dieses Jahrhunderts mehr im Stadtbereich an das Amtsgericht ein Untersuchungsgefängnis angebaut, das zu DDR-Zeiten bis kurz nach der Wende als Strafvollzugseinrichtung mit 126 Plätzen für politische Gefangene aus dem Osten und Inhaftierte aus westlichen Ländern geführt wurde, bekannt als Bautzen II; dieses damals unter Kontrolle der Stasi stehende Haus

damals einen architektonisch ansprechenden Eindruck; sie zeugte nicht nur von Geld, sondern auch von gutem Willen. Das pensylvanische Vollzugssystem, das von Besserung durch Arbeit und Besinnung ausging, wurde auch hier vertreten. Ganz so erfolgreich wie beabsichtigt kann der Vollzug aber auch damals nicht gewesen sein; schon bald hieß die Anstalt bei der Bevölkerung und den Gefangenen eben nicht nur aufgrund der verwendeten gelben Klinkersteine "das gelbe Elend". Hitlerzeit und Internierungslager der Sowjets brachten dann unbeschreibliches Elend in diese Mauern. Seit der Übergabe an die Regierung der DDR im Jahre 1950 prägten SED, Ministerium des Innern (Mdl) und Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bis zur Wende - und in gewisser Weise auch darüber hinaus - dieses Haus. Für bedeutende bauliche Maßnahmen im Unterkunftsbereich fehlte zu SED-Zeiten weniger das Geld als das Verständnis. Ein streng militärisch organisierter Vollzug ersetzte Menschenwürde weitgehend durch straffe Ordnung. Die Anstalt war damals total überbelegt; zur Wende waren 2200 Gefangene hier untergebracht. In ehemaligen Arbeitsräumen waren Massenlager für 30 bis 40 Gefangene eingerichtet. Die dreistöckigen Betten und die völlig unzureichenden Toiletten und Waschstellen sind einigen Wiederkehrern unter den Gefangenen von heute in schrecklicher Erinnerung. Die militärische Struktur bezog die entstehende Rangordnung unter den Gefangenen in ihr Führungssystem ein. Getreu dem militärischen Vorbild wurde bei der Anrede dem Namen der Insassen nicht "Herr" sondern "Strafgefangener" vorangesetzt. Unordnung, Unsauberkeit und kleine Disziplinlosigkeiten wurden aufs schärfste geahndet. Der größte Teil der heute in Bautzen arbeitenden Bediensteten hat diese Form des Vollzugs mitgemacht. Aus der Sicht der Insassen ist das eine Altlast, an der schwer zu tragen ist. Aus der Sicht des Justizministeriums konnte Strafvollzug nicht weitergeführt werden, ohne Personal aus der SED-Zeit zu übernehmen. Aus der Sicht des Seelsorgers wäre noch einiges mehr zu tun, als prüfen zu lassen, ob allzu belastende Vorkommnisse aus der Vergangenheit vorliegen und danach die alten Mitarbeiter im wesentlichen nur auf die neuen Vollzugsvorschriften umzuschulen. Die schwierige Vergangenheit vieler Mitarbeiter darf nicht verschwiegen werden, sie sollte kritisch offengelegt und von jedem selbst bewertet werden, um danach die neuen Aufgaben und Verhaltensweisen bewußt übernehmen zu können. Menschen sollen verstehen und nicht nur funktionieren.

Das Strafvollzugsgesetz und die ergänzenden Verwaltungsvorschriften bekennen sich nicht deutlich zu einem bestimmten Menschenbild, darum liegt es nahe, sich nicht allzu sehr mit Fragen nach dem Menschenbild auseinanderzusetzen.¹² Die militärischen Strukturen des

wird heute aus politischen Gründen und wegen eines geplanten Erweiterungsbaus der Gerichtsgebäude nicht mehr als Gefängnis benutzt.

¹² Unter dem Vollzugsziel wird heute allgemein immer noch die Resozialisierung des straffällig gewordenen Menschen verstanden; im sogenannten Behandlungsvollzug soll dieses Ziel erreicht werden. Offensichtlich schließt dieser Behandlungsvollzug ein hohes Maß an Bearbeitung oder Manipulation des Straffälligen ein. Psychologen, Sozialarbeiter und andere von einem Veränderungsauftrag überzeugte

DDR-Vollzugs machten es noch weniger nötig, solche Fragen zu behandeln.¹³ Eine echte Alternative zum relativ nahe verwandten marxistischen und humanistischen Menschenbild ist jedoch in der christlichen Sicht des Menschen gegeben. Die Strafvollzugsschule in Chemnitz berücksichtigt dies in der Aus- und Weiterbildung. Mitarbeiter des Vollzugs mit einer solchen von der SED geprägten Vergangenheit sind erfahrungsgemäß jedoch eher über das persönliche Gespräch dafür zu gewinnen, sich mit diesen Fragen nach dem Menschenbild zu beschäftigen. In Bautzen haben mir gegenüber etliche Bedienstete angedeutet, daß sie für solche Gespräche offen sind. Schwierig werden solche Gespräche aber dann, wenn die Genossen von einst denen begegnen, die zur Wendezeit am "runden Tisch" oder in anderen Bürgerbewegungen mitgewirkt haben. Das sind für sie dann die Kräfte, die ihnen das altvertraute Berufsleben zerstört haben. Für mich war der Zugang zu den Menschen auf diesem Gebiet wohl deswegen einfacher, weil mir keine "Mitschuld" an der Wende angelastet werden kann. Mir begegnete einige Neugier gegenüber der jesuanischen Liebe zum Mitmenschen und auch dafür, wie Menschen diese Nächstenliebe lebendig werden lassen. Das weltliche Gesetz ist zwar im Vollzug notwendig, aber den Bediensteten und den übrigen Mitarbeitern des Vollzugs kann es nicht allein helfen. Mitarbeiter, die auf neue Wege geführt werden sollen, wollen auch die Empfindungen und Hoffnungen derer erfahren, von denen sie im Vollzug geführt werden.

Zu den besonderen Lasten von Bautzen gehört auch die ungünstige Zusammensetzung der Gefangenen. Es sind Untersuchungsgefangene und Strafgefangene hinter den gleichen Mauern untergebracht. Bei den Strafgefangenen sind solche mit Kurzstrafen von wenigen Tagen zu finden und solche, die Lebenslänglich erhalten haben, und all die anderen, deren Strafmaß irgendwo dazwischen liegt. Bei allen Gruppen wächst die Zahl der Ausländer und der Rechtsextremen. Dazu kommt, daß die Anzahl der Sexualtäter, die im Vollzug unter ihren Mitgefangenen auf der untersten Stufe des Ansehens eingeordnet werden, erstaunlich hoch ist. Im Zuge der Fertigstellung verschiedener Umbau-Vorhaben versucht die Anstaltsleitung durch getrennte Unterbringung verschiedener Tätergruppen zu große Spannungen zu vermeiden. Schwer gemacht wird ihr dieses differenzierte Vorgehen dadurch, daß vom Justiz-

Menschen werden auf den Gefangenen angesetzt, obwohl er sich in einer für Veränderung ungünstigen äußeren Lage befindet. Diese Aktivitäten scheinen von den Handelnden nur selten hinterfragt zu werden. Statt ihn grundlegend verändern zu wollen, könnte man einen Menschen auch nehmen wie er ist und ihm helfen, sein Verhalten soweit unter Kontrolle zu bringen, daß er in dem Winkel, den er draußen auf die Entlassung hin findet, ohne neue Konflikte mit dem Gesetz überlebt.

¹³ Immerhin wurde erwartet, Strafvollzugsangehörige sollten "durch Treue und Ergebenheit zur Arbeiterklasse, zu ihrer marxistisch-leninistischen Partei und der Arbeiter- und Bauernmacht sich auszeichnen; über einen festen Klassenstandpunkt und Standhaftigkeit gegenüber allen Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie verfügen; überzeugt von der Sieghaftigkeit des Sozialismus und der Notwendigkeit einer hohen revolutionären Wachsamkeit sein", alles Aussagen, die doch einige Gedanken über ein Menschenbild anklingen lassen.

ministerium anscheinend immer wieder gefordert wird, eine noch höhere Belegung der Anstalt möglich zu machen. Überbelegung der Hafträume und fehlende Ausweichmöglichkeiten für eine angemessenere Unterbringung von nicht zueinander passenden Gefangenen führen zu weitgehender Chancenlosigkeit gegenüber einer immer stärker zu Gewalt neigenden Subkultur, gegenüber Mißbrauch junger Gefangener als Strichjungen und gegenüber dem Leiden von schwachen Gefangenen, insbesondere den Sexualtätern. Unter solchen Gegebenheiten erfüllt Bautzen gerade noch den vom Vollzugsgesetz gebotenen Auftrag, die Bevölkerung vorübergehend oder auch für längere Zeit vor Straftaten der einsitzenden Gefangenen zu bewahren, aber die Vorbereitung eines deliktfreien Lebens kann so nicht geleistet werden. Nur eine Minderheit von Gefangenen wird zum Positiven verändert aus dem Vollzug entlassen. Es ist eher anzunehmen, daß der volkswirtschaftliche Schaden der Inhaftierung größer ist als der Nutzen. So sind zum Rechtsextremismus neigende Gefangene neben den Landstreichern diejenigen, die sich im Vollzug wohl fühlen. Sie erleben hier Alltagsstrukturen, die ihren Ordnungsvorstellungen nahe kommen; Strafvollzug ist für sie geradezu ein Fortbildungslehrgang, in dem sie ihre noch sehr unfertigen Vorstellungen vom Leben einüben können.

Sowohl vom Justizministerium als auch von der Leitung der JVA scheint auf solche ungünstigen Auswirkungen des Strafvollzugs gegenüber der Öffentlichkeit kaum hingewiesen zu werden, zumal dieses Bemühen derzeit wohl keine politische Unterstützung erfahren würde. Meine Anfrage an alle fünf im Landtag vertretenen Parteien, welche Konzepte sie in Bezug auf Haft und Strafvollzug verfolgen, wurde von drei Parteien nicht beantwortet. Die CDU bekannte, daß sie auf diesem Gebiet bisher nicht tätig sei. Bündnis 90/Die Grünen schickten mir einen Auszug aus ihrem Parteiprogramm, in dem einige Gedanken zum humanen Strafvollzug enthalten sind. Seit es keine politischen Gefangenen mehr gibt und die Kriminalitätsstatistik der Bevölkerung bekannt ist und die Bürger beunruhigt, hat das Interesse an der Minderheit der Straffälligen stark nachgelassen. Die Gefangenen haben heute keine Lobby und es sieht so aus, als gehe es den Mitarbeitern im Vollzug nicht besser.

Auch nach so vielen Jahren Atheismus und einer nur wenige Lücken füllenden Seelsorge, war das wesentlich erweiterte seelsorgliche Angebot schnell im Bewußtsein der Gefangenen angekommen. Das Interesse an durch das Seelsorgegeheimnis geschützten Gesprächen wuchs enorm. Weitgehend neu war für mich die Situation der Untersuchungsgefangenen, die auf Grund der Kollusionsgefahr auch für den Seelsorger noch behutsamere Kontakte insbesondere zur Außenwelt erforderlich machen. In der Strafhaft waren die im Vergleich zur Schweiz erheblichen Einschränkungen für mich auffällig und fragwürdig. Telefonische Kontakte müssen dringlich sein, um bewilligt zu werden; Materialien zur Freizeitbeschäftigung brauchen ein umständliches Genehmigungsverfahren und unterliegen strengen Auswahlkri-

terien. Die Gefangen klagen immer wieder, sie fühlten sich gegängelt. Dem Auftrag des Vollzugsgesetzes, das Leben im Vollzug so weit als möglich den allgemeinen Lebensverhältnissen anzugleichen, kommt der Gefängnisalltag dadurch nicht nahe. Unzählige Situationen sind einfach unreal. Am leichtesten hat es der, der es aufgibt, gegen solche Einschränkungen anzugehen oder überhaupt nachzudenken. In Verhältnissen, die mehr persönliche Entscheidungsmöglichkeiten offen halten, habe ich schon oft genug unselbständige, handlungsgemehrte Gefangene bei der Entlassung erlebt; wieviel schlimmer muß dies in Deutschland sein.

Hinzu kommen in Bautzen viele bauliche Mißstände und die zahlreichen selbst für die Bediensteten unerklärliche Vorschriften. Beides wäre wohl dann leichter zu ertragen, wenn die Gefangenen erführen, daß auch Leitung und Bedienstete daran leiden.¹⁴ In der Regel werden aber gegenüber den Gefangenen die mißlichen Verhältnisse beschönigt oder es wird auf spätere Entwicklungen zum Positiven vertröstet; solche Auswege machen nur zornig und bitter, die Gefangenen empfinden, man nehme sie nicht ernst, man habe sie aufgegeben. Die Fortsetzung der Straffälligkeit liegt dann näher als die Hinwendung zu einem deliktfreien Leben. Der Seelsorger kann hier stellvertretend für andere das Mitleiden erlebbar machen und so einige Spannungen abbauen. Gruppengespräche und Gottesdienste sind neben den Einzelgesprächen wichtige Anlässe, um beispielhaft alternative Überlebensmöglichkeiten aufzuzeigen. Daneben erfordert aber auch das Personal viel Aufmerksamkeit und Gesprächsbereitschaft. Viele Bedienstete leiden unter dem widersprüchlichen Auftrag des Vollzugsgesetzes, das Sicherheit der Öffentlichkeit vor den Gefangenen und Vorbereitung der Gefangenen auf ein geordnetes Leben in der Öffentlichkeit in gleicher Weise verlangt. Dazu kommt bei vielen Mitarbeitern die belastende Vergangenheit und die schwierige Umstellung auf ein neues Leben und das nicht nur am Arbeitsplatz. Wenn keine Kollegen in der Nähe sind, sind viele bereit, mit dem Pfarrer über solche Probleme zu reden. Da biblische Botschaft jedoch kein Gesetz ist, kann der Pfarrer nicht die fertigen Antworten haben. Das verwirrt in einer Umgebung, die auf klare Anweisung ausgerichtet ist, kann gelegentlich aber auch befreien. Immer aber bleibt der schwierige Gegensatz zwischen biblischem Leben und einem Leben nach Vorschriften, ein Gegensatz, der gerade im Strafvollzug von Mitarbeitern und Gefangenen sehr massiv erlebt wird.

IV

Von einem Aufbruch zu etwas wirklich Neuem ist, wie die zusammengetragenen Eindrücke erkennen lassen, wenig zu spüren. Die ausbleibende Aufbruchstimmung habe ich in gleicher

¹⁴ Von Bediensteten und anderen Mitarbeitern sollte nicht nur Loyalität sondern auch kritische Loyalität erwartet werden; letztere schließt ein, daß Mißstände ehrlich auch gegenüber den Gefangenen benannt werden dürfen und innerbetrieblich über persönliche Grenzen gesprochen werden kann, ohne daß persönliche Nachteile befürchtet werden müssen.

Weise in der Kirche und im Strafvollzug vorgefunden. Wenn man die lokalen Zeitungen liest und das regionale Fernsehen sieht, läßt sich leicht erkennen, daß auch alle anderen Bereiche des öffentlichen Lebens nichts wirklich Neues bieten. Hauptursache wird sein, daß die Wende aufgrund der ersten freien Wahlen in der DDR zum Anschluß des DDR-Gebietes an die Bundesrepublik führte. Der Wunsch nach schneller Einigung hat einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch verhindert. Der Westen hat sein System auf den Osten übertragen. Die überschaubar geordnete DDR-Gesellschaft hat damit eine Bürokratie von ungeahntem Ausmaß übernehmen müssen. Mitgebracht in die Vereinigung haben die Menschen im Osten die Erfahrung, daß der Staat alles geregelt hat und ein bescheidenes aber zuverlässiges soziales Netz zur Verfügung gestellt hat. Man war versorgt, sogar als Straftentlassener, dem Wohnung und Arbeit garantiert wurden, was allerdings nicht zuverlässig zu einem deliktfreien Leben führte. An diese Versorgungsansprüche hatte man sich gewöhnt und würde sie gern beibehalten; an die neue Bürokratie wird man sich gewöhnen müssen. Die alten Versorgungsansprüche verbunden mit der neuen Bürokratie wirken jedoch allem Neuen, allem das Leben Fördernden, entgegen. Spitz formuliert wird man sagen können, daß Deutschland an den Versorgungsansprüchen seiner Bürger verbluten oder an seiner Bürokratie ersticken wird, was eher geschieht, ist noch offen.

Der Strafvollzug in Bautzen und die Evangelisch-Lutherische Kirche Sachsens zeigen Anzeichen, daß beide auf dem Wege sind, zu ersticken. Die Art, wie sie sich an Bibel und Tradition bindet, macht es der Kirche schwer, sich den dringenden Aufgaben der Zeit zu stellen. So werden die vorher erwähnten Reizthemen der Kirche ganz stark aus der kirchlichen Tradition angegangen. Von Wiederbelebung der alten DDR-Kirche träumen noch viele. Neues kündigt sich nicht an. Der enge, ängstliche Umgang mit den Gesetzen und Vorschriften im Bereich des Strafvollzugs macht es fast unmöglich, Eigeninitiative, Kreativität, Phantasie zuzulassen. Sich an dem Geländer festzuhalten, das das Gesetz bietet, ist die einfachste Lösung für Personal und Gefangene, das Überleben wird möglich, doch neues Leben wird so nicht vorbereitet. Der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz aus Halle bezeichnet in seinem Buch "Die Entrüstung" das alte DDR-System als autoritär-repressiv, das System der Bundesrepublik als autoritär-manipulativ. Europaweit ist jedoch ein Trend zur Rückkehr zu repressiven Verhaltensmustern zu beobachten. In den fünf neuen Bundesländern dürfte der Ausflug ins autoritär-manipulative Verhalten, der im Westen doch einige gesellschaftliche Bewegung ausgelöst hatte, ausgelassen werden. Die Heimkehr in alte Strukturen im Westen, das Verharren im Alten im Osten - hier allerdings mit neuen Namen - kündigt sich an. Menschen, die das alte System endlich abschütteln konnten, stellen mit Erschrecken fest, daß sie heute letztlich wieder an die gleiche Wand rennen. Diese und viele andere ähnliche Erfahrungen machen deutlich, daß es sich bei der Wende nicht um einen eigentlichen Umbruch handelt. Wenn der Leipziger Historiker Hartmut Zwahr seinem Buch über die Demonstrationen im Herbst 1989

den Titel "Das Ende einer Selbstzerstörung" gegeben hat, dann trifft er damit sehr genau, was geschehen ist: Ein krankes System hat sich aufgelöst; es ist ersetzt worden durch ein anderes System. Ein die Menschen an ihre Grenzen heranführender Zusammenbruch hat nicht stattgefunden, darum ist so wenig Aufbruch zu echt Neuem zu finden. Die Bundesrepublik Deutschland ist vergrößert, aber nicht erneuert.

Dennoch werden auch Zeichen eines Aufbruchs erkennbar. In den östlichen Bundesländern wachsen Kräfte nach, die sich ihrer eigenen Lebenserfahrungen bewußt werden. Viele Berater aus den westlichen Bundesländern werden müde, halten ein Leben in den östlichen Bundesländern nicht durch, machen Platz für junge Leute mit unvoreingenommener Haltung. Es tritt nun in den Bereich der Justiz eine junge Generation von Mitarbeitern aus dem Westen ein, die keinem System eng verbunden sind. Einige bewährte Berater haben gemerkt, daß das, was sie brachten, nicht hinreichend überzeugt; sie fangen an, nach neuen Wegen zu suchen. Sie setzen ihre Hoffnung darauf, daß nun, da eine gewisse Ordnung hergestellt ist, die Zeit für einen Aufbruch näher rückt. Ihre beständige Ausdauer, die sie bewiesen haben, wird anerkannt und öffnet Tore zu weiterer phantasievoller Zusammenarbeit. Aufgrund meiner Erlebnisse in Bautzen sehe ich folgende Ansatzpunkte für einen Aufbruch.

1. Zwischen dem Freistaat Sachsen und den Evangelischen Kirchen im Freistaat Sachsen ist eine hervorragende Vereinbarung zur Regelung der Tätigkeit von Seelsorgern in den Justizvollzugsanstalten getroffen worden. Im abschließenden Artikel 10 dieses Staatsvertrages heißt es: "Die Vertragschließenden werden zwischen ihnen eventuell entstehende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung von Bestimmungen dieser Vereinbarung auf freundschaftliche Weise beseitigen". Für mich ist dieser Satz ein Ansatzpunkt zum Umgang mit einem Gesetzestext, der richtungsweisend sein könnte. Dem Gespräch, der klärenden Begegnung, dem vorhandenen guten Willen wird etwas zugetraut. Hier wollen Menschen einander verlässlich begegnen. Es ist zu wünschen, daß diese freundschaftliche Weise nicht durch Verwaltungsvorschriften ersetzt wird, sondern zu einem modellhaft wirkenden Gespräch entwickelt wird. Dies könnte der Anfang eines auch in vielen anderen Bereichen des Strafvollzugs notwendigen Befreiungsschlages von zu viel Gesetz sein. Ich kann mir aufgrund der Schweizer Erfahrungen und nach einzelnen Konfliktlösungen mit Bautzener Inhaftierten gut vorstellen, daß auch deutsche Gefangene sich auf solch einen Umgang mit dem Gesetz einlassen würden. Beispielhaft könnte die Kirche dadurch handeln, daß sie Bibel und Tradition nicht gesetzlich anwendet, sondern als Einladung zu einer den Menschen achtenden Offenheit nach dem Vorbild Jesu Christi. Am Rande sei erwähnt, daß auch in Bautzen diese Offenheit aus evangelikal orientierten Kreisen kaum angeboten wird, da diese Christen wie überall dazu neigen, die Autorität Jesu durch autoritäre Führung durch Christus und seine Getreuen zu ersetzen.

2. Es leben in den neuen Bundesländern zahlreiche Menschen, die während der Wende den aufrechten Gang wiederentdeckt haben; diese Erfahrung haben sie ihren Mitbürgern aus dem Westen voraus. Es besteht die Gefahr, durch die Überbewertung des westlichen Systems, diesen Menschen den aufrechten Gang wieder abzugewöhnen; Klagen einzelner Mitarbeiter in Bautzen und anderer Menschen, mit denen ich Kontakt hatte, lassen so etwas befürchten. "Ich lasse mich nicht noch einmal durch ein System von der Menschlichkeit abhalten", ist mir einige Male und auf sehr verschiedenen Ebenen gesagt worden. Höherer Respekt vor diesen unabhängig denkenden Menschen wäre geboten.¹⁵ Im Bereich der JVA Bautzen sind solche Menschen auch als Mitarbeiter, doch vorwiegend im Beirat (der Aufsichtskommission über die Strafvollzugsanstalt) und in der "Brücke e. V." (einem Verein zur Hilfe an Gefangenen vor und nach der Entlassung) zu finden. Die "Brücke" hat aber nicht nur wegen des nicht ausreichenden Respektes vor dem aufrechten Gang gewisse Schwierigkeiten, sondern auch wegen der fehlenden Rückendeckung im öffentlichen Leben. Es wird auf Dauer nicht genügen, wenn sich der Verein "Brücke" aus einer kleinen Schar von gutwilligen, mehrheitlich christlich gesinnten Bürgern zusammensetzt. Ohne Institutionen wie die beiden großen Kirchen oder die Stadtverwaltung oder auch andere gemeinnützige Einrichtungen als Kollektivmitglieder in diesem Verein, wird die "Brücke" nie die Macht hinter sich haben, die sie braucht, um gegenüber den Eigengesetzlichkeiten des Justizapparates bestehen zu können. Eine Justiz, die weder manipulativ noch repressiv arbeitet, braucht einen solchen Verein nicht zu fürchten, im Gegenteil, sie könnte ihm Teile des eigenen Betätigungsfeldes übergeben, etwa die Bereiche Schule und Freizeitgestaltung, sogar einzelne Arbeitsbetriebe und auch den Sozialdienst.¹⁶

3. Die hohe Geheimhaltungsstufe, die für den Strafvollzug in der DDR galt, führte dazu, daß nur ausgewählt staatstreues Personal eingestellt wurde. Kontakte zum Westen waren verboten, Austritt aus der Kirche geboten, SED-Mitgliedschaft selbstverständlich, Verbindungen zur übrigen Bevölkerung wenig erwünscht. Für die vielen alten Genossen, die heute noch im Vollzug arbeiten, sind diese alten Maßstäbe und Erwartungen wertlos geworden. Integration in einen neuen Alltag, als wäre nichts gewesen, was belasten könnte, ist zu wenig, um die Verluste an Selbstwertgefühlen wettzumachen. Das Vollzugskonzept, auf das hingearbeitet

¹⁵ Die Wende ist zweifellos nicht von den Mitarbeitern des DDR-Strafvollzugs herbeigeführt und in der Regel auch nicht von ihnen begrüßt worden; vielmehr hat die Mehrheit der alten Mitarbeiter Privilegien verloren. Der aufrechte Gang, die Befreiung von Bevormundung, die Freiheit des Sprechens, hat aber auch alte Kommunisten und bewährte Mitläufer nachdenklich gestimmt und zum Teil neugierig gemacht auf einen anderen Lebensstil. Die Übermacht des juristisch motivierten Denkens und Handelns macht alternative Begegnungsformen erneut zu Seltenheit; juristisch abgesicherte Menschlichkeit ist offensichtlich selten menschlich genug.

¹⁶ Die "Brücke" hat derzeit mit schwindendem Interesse in der Öffentlichkeit zu kämpfen und ist auch seitens der Institutionen schon bald nach der Vereinigung nicht so unterstützt worden, daß eine Stärkung der Kräfte aus der Wendezeit erfolgt wäre; auch hier ist die Chance zu einem Aufbruch nicht gegeben worden, da auf den Entscheidungsebenen Phantasie und Mut durch Bindung an vertraute westliche Gewohnheiten erstickt wurden.

wird, die Vision für das Jahr 2000 oder noch später, müßte für das Personal durchschaubar gemacht werden, wenn es mehr leisten soll als nur gut zu funktionieren. Mehr Offenheit und Information würde den verunsicherten Menschen helfen, ihre neue Lebensaufgabe wirklich anzunehmen. Noch mehr Zeit und Geduld und ein noch höheres Maß an Zuwendung müßten für das Personal aufgebracht werden, was gerade auch Pfarrer leisten könnten, wenn es ihnen gelingt, den Vorwurf der "Mittäterschaft" an der Wende zu überwinden. Schlüsselfigur für diese schwierige Aufgabe wird aber der Leiter bleiben.¹⁷

4. Der Westen hatte sich bis zur Wende davor gefürchtet, seine führenden Köpfe östlichen Einflüssen auszusetzen. Darum gab es auch im Westen Reiseeinschränkungen; das rächt sich heute. Die meisten der "Westimporte" sind Menschen, die vor der Wende keine Beziehungen in die DDR hinein gepflegt haben. Der Lebensalltag der Menschen in den neuen Bundesländern, ihre geschichtlichen Erfahrungen, oft sogar ihr Wortschatz, sind somit den neuen Führungskräften sehr fremd. Da Spezialisten aus den neuen Bundesländern kaum schnell vorhanden sein werden, müssen die, die aus dem Westen kommen, ein ungewöhnliches Maß an Bereitschaft zum Zuhören mitbringen; sie brauchen östliche Berater, die ihnen ihr Spezialistentum möglich machen. Es zeichnet sich ab, daß eine neue Art der Zusammenarbeit beginnt. Zusätzlich zu meinen langjährigen Osterfahrungen aus der Zeit vor der Wende haben mir solche Berater sehr geholfen, meine Aufgaben zu erfüllen.

V

Es sieht zunächst so aus, als würde sich das Leben in Sachsen vom Leben im Kanton Zürich so erheblich unterscheiden, daß sich die Erfahrungen, die ich während des Studienurlaubs gemacht habe, nicht auf die Situation im Kanton Zürich übertragen lassen. Dennoch sind verborgene Gemeinsamkeiten vorhanden oder es zeigen sich in Sachsen schon heute einige Probleme, die über kurz oder lang auch unsere im Kanton Zürich sein könnten.

1. Im Kanton Zürich schreitet die Säkularisierung fort; die neue Initiative zur Trennung von Kirche und Staat oder auch der hohe Stellenwert von Psychiatrie, Psychologie und Sozialarbeit im Strafvollzug belegen diesen Trend. Anders ist es in den fünf neuen Bundesländern. Weil die Kirche über Jahrzehnte der kritische Faktor im öffentlichen Leben des SED-Staates war, hat sie heute einen hohen Vertrauensvorschuß für die seelsorgliche Tätigkeit im Straf-

¹⁷ Wichtiger als eine Vielzahl von Konferenzen, bei denen Bedienstete exemplarisch die Entscheidungsfindung miterleben sollen, ist meines Erachtens neben der Transparenz aller Entscheidungen eine große Nähe zu den Bediensteten. In vielen Einzelgesprächen muß durch den Leiter und seine engsten Mitarbeiter der Bedienstete auf den Weg mitgenommen werden, den die Leitung verstehbar vorzeichnet. Ein gegenseitiges Hören und Nachfragen wird helfen, den Bediensteten Unsicherheiten und Ängste zu nehmen und sie Bestätigung erleben zu lassen. Ein streng gehandhabtes Disziplinarrecht schafft lediglich Solidarität der sich bedroht fühlenden Mitarbeiter, aber keine eigentliche Bearbeitung von Problemen.

vollzug erhalten. Aus dieser Situation heraus konnte dann auch der oben erwähnte Staatsvertrag geschlossen werden, ein Vertrag der auch für die Schweiz Vorbildcharakter haben könnte. Der Mangel an Fachkräften im säkularen Bereich führt die Kirche Sachsens, verbunden mit diesem Vertrauensvorschuß, in eine neue Verantwortung. Sie hat die Mitarbeiter, die seit Jahren dem Menschen zugewandt arbeiten. Aufgrund ihrer eigenen Mühen mit der Umstellung auf die neue Zeit hat sie aber trotz dieser vorhandenen Fachkräfte etliche Mühen, den hohen Erwartungen gerecht zu werden, da sie zu sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt ist. Eine geschwächte Kirche, und das wäre die Zürcher Kirche nach der Trennung vom Staat, würde auch in der Schweiz Mühe haben, für Menschen in Nöten und Schwierigkeiten voll einzutreten.

2. Überall kennen Theologen und andere kirchliche Mitarbeiter den biblisch begründeten Auftrag, den die Kirche an ihren notleidenden und schwierigen Mitmenschen hat. Es bereitet aber gerade diesen engagierten Mitarbeitern viel Mühe, wenn die Gemeindeglieder diesen Auftrag nicht mehr mittragen und eine Kirche für ihre ganz eigenen Bedürfnisse fordern. Die Menschen in der ehemaligen DDR machen deutlich, daß solch eine Forderung nichts anderes als ein Hilfeschrei nach Geborgenheit und Heil ist, der unter anderen Voraussetzungen auch in der Schweiz ertönt. Die heutige Welt wird offensichtlich als ähnlich bedrohlich empfunden wie der Sturm, den die Jünger auf dem See Genezareth erlebten. Jesus hat solch eine Situation nicht mit Gesetzmäßigkeit beantwortet, sondern mit dem einfachen Hinweis auf seine helfende, begleitende Nähe. Wie wir diese Nähe lebendig machen können, ohne darüber die anderen Aufgaben zu vernachlässigen, erweist sich als Herausforderung, der wir uns in der jeweils zu uns passenden Art in der Schweiz und in Sachsen zu stellen haben.

3. Frei von der Verpflichtung, nahezu für jeden Sonntag eine neue Predigt zu erarbeiten, habe ich erlebt, wieviel Kraft und Zeit freigesetzt werden für andere Bereiche des kirchlichen Auftrages, wenn dieser Teil des pfarramtlichen Wirkens weniger im Vordergrund steht. Kirchnahe Menschen wollen auf Predigt und Gottesdienst nicht verzichten; kirchenferne Menschen können mit beidem nur wenig anfangen, zumal es schwer ist, eine Sprache zu finden, die von Menschen außerhalb oder am Rande der Kirche verstanden wird. Dennoch sollten wir gerade in kleinen Gemeinden mit wenigen Gottesdienstbesuchern offener werden für weniger arbeitsintensive Formen bei unseren gottesdienstlichen Zusammenkünften.

4. Gefängnisseelsorger erhalten in Sachsen grundsätzlich nur einen Teilauftrag von maximal 50% für die Arbeit im Gefängnis; daneben sind sie Pfarrer in einer normalen Gemeinde. Die Entscheidung für diese Regelung stammt aus der Zeit kurz nach der Wende, als die Gefängnisseelsorge noch voll von den Gemeinden mitgetragen wurde. Bei nachlassendem Verständnis für diese Arbeit geraten die Gefängnisseelsorger in ein zusätzliches Spannungs-

feld. Wird ihr Auftrag im Gefängnis zu Gunsten der Ortsgemeinde reduziert und auf mehrere Seelsorger im gleichen Gefängnis aufgeteilt, wird die Stellung dieser Pfarrer in der schwierigen Umgebung des Gefängnisses geschwächt. Koordinationstreffen der Seelsorger und die notwendigen Kontakte mit dem Personal beanspruchen überdurchschnittlich hohe Anteile vom jeweiligen vorhandenen Zeitrahmen. Die nötige Öffentlichkeitsarbeit kommt unter solchen Bedingungen völlig zu kurz, was eigentlich nicht zu verantworten ist. Auf jeden Fall wäre es gut, wenn die Kirche die Gefängnispfarrer auch im Kanton Zürich stärker gegenüber den Vorbehalten der Ortsgemeinden verteidigen könnte.

VI

Seit den Studiensemestern im damals noch nicht geteilten Berlin habe ich die Entwicklung in der DDR mit Aufmerksamkeit und Anteilnahme verfolgt. Möglichst oft, manchmal zwei- oder dreimal im Jahr, besuchte ich meine dortigen Freunde. Nach dem Fall der Mauer für einige Zeit im Bereich der ehemaligen DDR in meinem Beruf tätig sein zu können, hat für mich bis zum Schluß des Studienurlaubes etwas Außergewöhnliches bedeutet. Während dieser Zeit konnte ich Anregungen aus anderer Umgebung aufnehmen, mußte ich mich neuen Herausforderungen stellen; ich konnte Abstand gewinnen von Gewohnheiten und manches anders angehen, als in den vergangenen Jahren. Mehr Unbefangenheit durch eine ungewohnte Freiheit von den üblichen Alltagslasten hat belebt und gut getan. Viel redliches Mühen und manche gute Arbeit haben mich beeindruckt; manches, was schwer nachvollziehbar oder auch aus meiner Sicht überflüssig schien, hat mich nachdenklich gestimmt, manchmal traurig, gelegentlich auch zornig gemacht. Allen, die diesen Studienurlaub möglich gemacht haben und ganz besonders denen, die sich mit mir auseinandergesetzt haben, sei nochmals gedankt.

Über Rückfragen, Kritik, überhaupt über jedes Echo auf diesen Bericht werde ich mich freuen; ich bin unter folgender Anschrift erreichbar:

Walter Hoffmann, Oberburg 43, CH 8158 Regensberg, Tel.: (00411) 853 12 62

TAGUNGSSTÄTTE UND UNTERKUNFT

Evangelisches Stift Reinhardsbrunn

99894 Reinhardsbrunn 05, Tel: (03623) 3608-0, Fax: (03623) 3608-600

Bitte, stellen Sie sich auf eine einfache Unterbringung in Doppelzimmern ein.

Eine begrenzte Zahl von Einzelzimmern wird unter Berücksichtigung besonders begründeter Wünsche in der Reihenfolge der Anmeldungen vergeben.

TAGUNGSKOSTEN

260,- DM für Vollpension und Tagungsbeitrag.

(Einzelzimmer-Zuschlag 40,- DM wird am Ort erhoben).

Der Betrag ist bei der Anmeldung fällig, Überweisungen bitte auf das

im Anmeldeformular genannte Konto. (Bitte keine Verrechnungsschecks!)

Bei Schwierigkeiten mit der Kostenübernahme durch den Arbeitgeber setzen Sie sich bitte vorab mit der Geschäftsstelle in Verbindung.

ANMELDUNG

bis spätestens 15. April 1995 mit dem beiliegenden Anmeldeformular.

Eine Bestätigung erfolgt nicht. Die Anmeldung wird jedoch erst gültig, wenn die Tagungskosten auf dem o.g. Konto eingegangen sind!

Der Rücktritt nach dem 15.4.1995 ist in voller Höhe kostenpflichtig, wenn der freiwerdende Platz nicht neu vergeben werden kann.

ANREISE

Das Evangelische Stift Reinhardsbrunn liegt landschaftlich reizvoll am Fuß des Thüringer Waldes. Sie erreichen es mit

der Bahn (DB-Kursbuch 608): bis Gotha, vor dem Bahnhof (ca. alle 30 Min.)

mit der "Thüringer Wald-(Straßen-)Bahn" bis Haltestelle "Reinhardsbrunner Teiche";

von dort zu Fuß ca. 12. Min. Gepäcktransport ist möglich - bitte voraussichtliche Ankunftszeit angeben,

mit dem Auto über Autobahn A 4 (Abf. Waltershausen) über Waltershausen

5 km in Richtung Friedrichroda, Abzweig nach rechts beachten.

Bei PKW-Benutzung möglichst Fahrgemeinschaften bilden!

EXKURSIONEN

Gemeinsame Fahrten mit Charter-Bussen werden angeboten nach

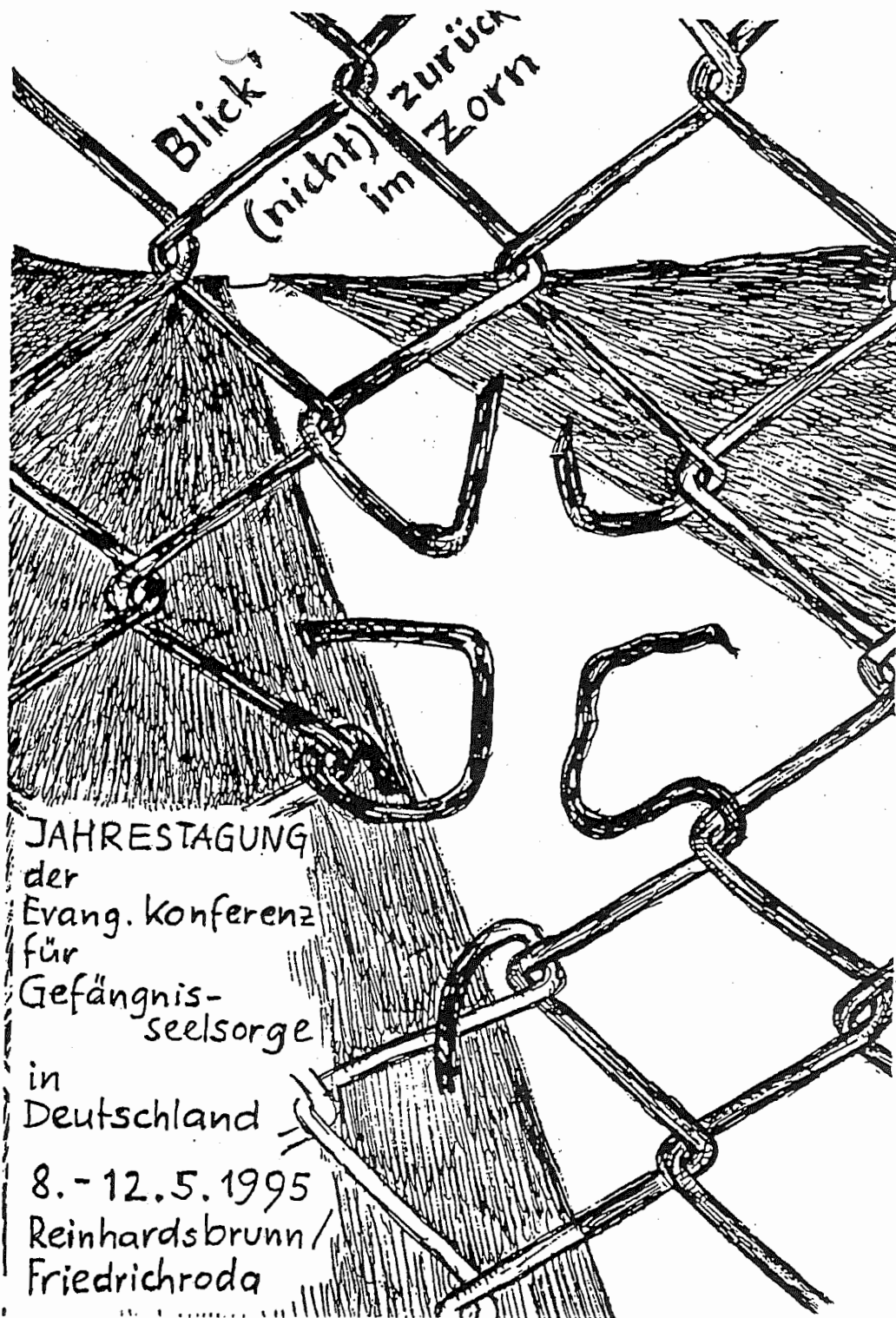
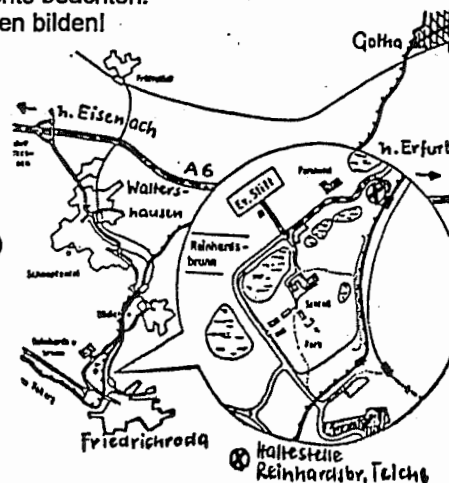
A Eisenach (Wartburg)

B Buchenwald (Gedenkstätte) über Weimar

C Erfurt (Dom, Krämerbrücke, Augustiner-Kloster)

Die Fahrtkosten sind in den Tagungskosten enthalten. Auf dem Anmeldeformular angegebene Wünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Wer ein MUSIKINSTRUMENT spielen kann, bringe es bitte nach Möglichkeit mit!



Auch die Evangelische Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland befindet sich in einem Prozeß des Zusammenwachsens von Ost und West. Im Interesse des gemeinsamen Dienstes soll diese Jahrestagung Gelegenheit geben zur Rückschau - nicht im Zorn, aber mit wachem Blick - auf unser jeweiliges und gemeinsames Herkommen.

TAGUNGSABLAUF

Montag, 8. Mai

bis 17.30 Uhr	Anreise
18.00 Uhr	Abendessen
19.30 Uhr	Abend mit dem Liedermacher Gerhard Schöne, Berlin

Dienstag, 9. Mai

9.00 Uhr	Bibelarbeit: Lk 7, 36-50, Ruth Misselwitz, Berlin
10.00 Uhr	Vorträge mit anssl. Aussprache Vollzugsziele und -praxis in der BRD / DDR Dr. Helga Einsele, Frankfurt a.M. / Frank Hickel, Dresden
15.00 Uhr	Plenum
15.30 Uhr	Gruppenarbeit
19.30 Uhr	Gruppenarbeit

Mittwoch, 10. Mai

9.00 Uhr	Bibelarbeit: Mk 8, 27-30, Wolfgang See, Berlin
10.00 Uhr	Gruppenarbeit
13.00 Uhr	Exkursionen
20.00 Uhr	Abend mit Landesbischof Roland Hoffmann, Thüringen

Donnerstag, 11. Mai

9.00 Uhr	Vorträge mit anssl. Aussprache Bedingungen der Sozialisation in der DDR / BRD Dr. Hans-Joachim Maaz, Halle / N.N.
15.00 Uhr	Mitgliederversammlung
19.30 Uhr	Gesprächsrunden-Angebot: "Volkskirche - Kerngemeinde - Gefängnisseelsorge" "Stasiakten - Nazivergangenheit"

Freitag, 12. Mai

9.00 Uhr	Gottesdienst
ab 10.30 Uhr	Abreise

Feste Zeiten im Haus:

7.45 Uhr Morgenandacht	12.00 Uhr Mittagessen	18.00 Abendessen
8.00 Uhr Frühstück	14.30 Uhr Nachmittagskaffee	

ARBEITSGRUPPEN

In den folgenden Arbeitsgruppen sollen Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus den alten und neuen Bundesländern vertreten sein. Bei der Zusammensetzung werden Ihre Wünsche möglichst berücksichtigt. Geben Sie bitte auf dem Anmeldebogen Ihre erste Wahl und zwei Alternativen an.

1 "Gott in Bautzen"

Im Gespräch mit den Autoren des Buches (Gott in Bautzen. Die Gefangenenseelsorge in der DDR, Ch. Links Verlag, Berlin 1994, 257 S.) soll dieses spezielle Kapitel der DDR-Kirchen-Geschichte und die Frage nach der Rolle der Kirche beim Aufbau eines Strafvollzugs nach westlichem Muster reflektiert werden.

Leitung: Regina Kusch, Journalistin, und Dr. Andreas Beckmann, Politologe (Berlin)

2 Bibliodrama

Einen biblischen Text hören und lesen, ihm mit dem ganzen Körper nachspüren, Assoziationen und Gestaltungseinfällen nachgehen, Distanz gewinnen zu vorgegebenen Urteilen und Wahrnehmungen; einen fremden Text verstehen im Kontext der eigenen Biographie und im Austausch mit anderen, dabei sich selbst begegnen und die Umgebung mit anderen Augen sehen lernen.

Leitung: Dr. Wolfgang Wesenberg, Pfarrer (Potsdam)

3 Gottesdienstvorbereitung

"Vergangenheit ist eine Person, die immer zurückkommt, unerwartet. Sie kündigt sich selten an. Aber meistens schleicht sie unbemerkt hinter dir her ins Haus, und wenn sie dort erst einmal sitzt und sich entspannt, mit Beinen auf dem Beistelltisch, verbirgt man sich am besten." (H. v. Veen)

Oder wir begegnen ihr mit Respekt und lassen sie an uns ihren Gottesdienst tun. Auf der Konferenz können wir dies an uns geschehen lassen und uns mit einem zu gestaltenden Gottesdienst gemeinsam darauf vorbereiten. Vielleicht freut dies die Vergangenheit und sie vergißt, sich zu wiederholen.

Leitung: Siegfried Neher, Pfarrer (Halle), (15-20 Teilnehmer/innen)

4 Kirche im Strafvollzug

Im Erfahrungen austauschenden Gespräch wollen wir uns gegenseitig informieren und bewußt machen, wie wir die Präsenz von Kirche im Strafvollzug erlebt haben bzw. erleben. Wie haben diese Erfahrungen unser Selbstverständnis als "Kirche" geprägt, wie weit gehen von Kirche Wirkungen auf das Leben im Strafvollzug aus? Vielleicht lassen sich am Ende ein paar "wegweisende" Thesen formulieren?

Leitung: OKR Udo Siebert (Eisenach) und ein Mitarbeiter aus dem Strafvollzug

5 Fallbesprechungen

Die Gruppe arbeitet anhand eigener Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Grundlage sollen Beispiele aus der Praxis, Gesprächsprotokolle oder mündliche Fall-darstellungen sein. Die Gruppenarbeit wird analytisch orientiert sein.

Leitung: Christel Hanewinkel, MdB, Pfarrerin/KSA-Supervisorin (Halle und Bonn)

6 Malen

Seinem Erleben durch Malen kreativ Ausdruck zu geben, wird in mancher JVA geübt und hilfreich empfunden. Wir versuchen das auch einmal im Blick auf unsere eigenen Erfahrungen als Seelsorger und Seelsorgerinnen im Strafvollzug.

Leitung: Kathrin Sengewald, (Erfurt), (Material wird gestellt.)

7 Auf den rechten Weg bringen?

Zunehmende Gewaltbereitschaft und rechtsradikale Orientierungen - Phänomene, um deren Verstehen wir uns bemühen müssen, wenn wir ihnen angemessen begegnen wollen.

Leitung: Reinhard Hosmann, Dipl.päd. (Rostock)

- Vorspiel (Band)
- Begrüßung (JPCA-Kollekte)
- Kyrie - St
- Eingang → Im Namen (Neher)

Kyrie: • Lesung cp. 3, 1-3 (Neher)

- Kyrie
- Text 1 Kyrie
- Text 2 Kyrie
- Text 3 Kyrie
- Text 4 Kyrie + Sololied: Um meine Augen...

Gloria:

- Wir sitzen in 4 Richtg.
- Instrumental (Sololied: Der Abend...)
- Wir verstricken uns
 - Lesung: 4 + 5a
 - Kyrie + Gloria
 - Ablegen Stricke
 - Lesung: 5b
 - Schuhe aus

- Bewegung -
- Einleitungssatz
- Gloria
- Lesung: 6a

• kleppersätze

Stp

Credo:

• Credo in... Lesung cp. 3, 6a Neher

- 4 Positionen
- Credo in...
 - 4 Positionen
- Credo in... + kyrie + Gloria

Solo: Ichsuche

Sanctus: • Lesung: cp. 3, 7-10 Neher

- Sanctus → Accord liegen lassen
 - wir...
 - Ich...
 - Schrei...

- Sanctus
dazu dann in der Wiederholung: Kyrie - Gloria - Credo

Solo: Paß gut auf

Agnus:

- Text (Neher-)
- Agnus + 1. 2. 3. 4. plenum (summen außer Agnus)
- Einsetzungsworte
- Vaterunserslied
- Geheimnis des Glaubens
- Agnus + 1. 2. 3. 4.

Communion - Instrumental

• Dankgebet

• Go down, Moses

— Segenswort —

Gottesdienst zur Ev. Konferenz der
Gefängnisseelsorge am 12.5.1995
in Friedrichroda

Musik
Begrüßung

Einführung in den Gottesdienst: Text 2. Mose 3,1-10

Kyrie C As B⁺ Es As B C Es f As Es b C

Es wolle Gott uns gnä...dig sei... und seinen Segen ge... ben

Gloria

Glori...a Glo... H... in excel...is de o... glori...a

Kanon:

Jeder Teil dieser Erde

Je - der Teil die - ser Er - de
Ist un-serm Gott hei - lig.
Je - der Teil die - ser Er - de
Ist un-serm Gott hei - lig.

Credo:

cre - do in unum deum, Credo in unum deum.

Sanctus:

Sanc...tus, Sanc...tus, Sanc...tus

Agnus dei:

Ag - nus de...i, qui tol - lis pec - cata mun... di

Abends mahl's worte:

Vater unser - Lied:

Va - ter un - ser, Va - ter im Him - mel, Ge - hei - lig.
wer - de dein Na - me. Dein Reich kom - me, dein
Wil - le ge - sche - he. Ge - hei - lig wer - de dein
Na - me. Wie im Him - mel, so auch auf Er - den.
Ge - hei - lig wer - de dein Na - me. Un - ser
täg - lich Brot. Herr, gib uns' heu - te.
Ge - hei - lig wer - de dein Na - me. Und ver - gib uns
un - se - re Schuld. Ge - hei - lig wer - de dein

Na - me. Wie auch wir ver - ge - ben un - se - ren
Schuld - nem. Ge - hei - lig wer - de dein Na - me.
Und führ uns, Herr, nicht in Ver - su - chung, Ge - hei - lig
wer - de dein Na - me. Son - dern er - lö - se
uns von dem Bö - sen. Ge - hei - lig wer - de dein Na - me.
Denn dein ist das Reich und die Kraft. Ge - hei - lig
wer - de dein Na - me. Und die Herr - lich - keit in
E - wig - keit. A - men. Ge - hei - lig wer - de dein Na - me.

Textgestaltung und Melodie: Ernst Artzen 1958 nach einem westindischen Chanson

Gemeinsam gesprochen:

Ge - heim - nis des Glau - bens: Dei - nen Tod, o Herr, ver - könn - den wir, und dei - ne Auf - er - ste - hung prei - sen wir, bis du kommst in Herr - lich - keit.

Agnus dei:

Ag - nus de...i, qui tol - lis pec - cata mun... di

Austeilung - Wankgebet - Lied:

1. When Is - rael was in Egypt's land: Let my people go; Op -
press'd so hard they could not stand: Let my people go.
Go down, Mo - ses, way down in Egypt's land.

2. Thus saith the Lord, bold Moses said. Let my people go.
If not, I'll smite your first born dead. Let my people go. Go down,
Moses...

3. No more shall they in bondage toil. Let my people go. Let
them come out with Egypt's spoil. Let my people go. Go down,
Moses...

Text and Melodie: Negro Spiritual

Segensworte

Evangelische Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland

Votum

zur Abschiebehaft und zur besonderen Situation ausländischer Strafgefangener beschlossen von der Mitgliederversammlung am 11. Mai 1995 in Reinhardsbrunn

Grundlage unserer Stellungnahme ist die biblische Tradition. Nach ihr ist es ein Gebot der Liebe und der Gerechtigkeit, die Fremden anzunehmen und sie wie Einheimische zu behandeln. Es gehört zu unserem Dienstauftrag, uns zu Fürsprecher/innen von straffällig gewordenen ausländischen Menschen und ihren Familien zu machen.

Die Evangelische Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland hat sich seit mehreren Jahren mit den vielfältigen Problemen von Menschen befaßt, die in Abschiebehaft genommen und mit staatlichem Zwang in das Land ihrer Nationalität ausgewiesen bzw. abgeschoben werden.

Im *"Wort zur besonderen Situation ausländischer Inhaftierter"* von 1983 und in der *"Stellungnahme zur besonderen Situation ausländischer Inhaftierter"* von 1987 wurde die damalige Abschiebep Praxis kritisiert. Inzwischen sind das neue Ausländerrecht und das Verbrechensbekämpfungsgesetz in Kraft. Wir halten es jetzt wieder für notwendig, auf die unmenschlichen Folgen dieser Gesetzesverschärfung für ausländische Menschen im Strafvollzug hinzuweisen.

1. Zur Situation von Abschiebegefangenen

Die Unterbringung von Abschiebegefangenen in Untersuchungshaftanstalten ist unzulässig. Die Unterbringung in Justizvollzugsanstalten, in denen Freiheitsstrafen verbüßt werden, halten wir für keine Lösung. Abschiebegefangene erleben die Haft als Strafe. Sie leben in Unsicherheit und Angst vor einer ungeklärten Situation in ihrem Heimatland. Sie haben in aller Regel keinen Einfluß auf die Dauer der Haft. Dies gilt besonders für Menschen aus Ländern, deren Behörden die Ausstellung von Personaldokumenten verzögern oder ablehnen. Wir halten die Unterbringung unter Gefängnisbedingungen zum Zweck der Sicherstellung eines Verwaltungsaktes für unverhältnismäßig. Die Selbsttötungen von Abschiebegefangenen zeigen auf erschreckende Weise die Folgen von Angst und Unsicherheit bei einer Abschiebung in ungeklärte Verhältnisse.

Wir fordern daher:

- Der Abschiebeschutz bzw. Abschiebestop für in ihrer Heimat gefährdete Flüchtlinge ist sicherzustellen. Härtefallregelungen müssen den Schutz der Flüchtlinge gewährleisten.
- Abschiebehaft darf nicht zum Zweck der Abschreckung eingesetzt werden. Sie darf auch nicht der Regelfall zur Sicherung der Abschiebung eines Flüchtlings werden.
- Abschiebehaft darf nicht unter Gefängnisbedingungen erfolgen.
- Einzelfälle - besonders bei Jugendlichen und Frauen - müssen schneller geprüft werden; im Zweifelsfalle, etwa bei Verzögerung der Ausstellung von Dokumenten, muß die Entlassung aus der Haft erfolgen.
- Frauen dürfen nicht getrennt von ihren Familien und Kindern untergebracht werden. Sie Versorgung von Kleinkindern durch ihre Mütter muß sichergestellt sein.
- Die rechtliche Situation und die notwendige soziale und seelsorgerliche Betreuung von Abschiebegefangenen müssen verbessert werden.

2. Zur Situation von ausländischen Strafgefangenen

Wir halten den Ausweisungszwang für Strafgefangene im Anschluß an die Verbüßung einer Strafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt werden konnte, für falsch und menschenunwürdig. Dies gilt für ausländische Strafgefangene, die ihren Lebensmittelpunkt seit Jahren in Deutschland haben, hier geboren und aufgewachsen sind.

Mit der angedrohten Ausweisung wird gegen den grundgesetzlich garantierten Schutz der Ehe und Familie verstoßen. Durch solche Ausweisungsankündigungen werden oft familiäre Bindungen schon während der Haft perspektivlos und im Falle der Ausweisung sogar zerstört.

Bei jugendlichen Strafgefangenen bedeutet die Ausweisung, daß sie heimatlos werden. Oft kennen sie das Land ihrer Nationalität nur aus dem Urlaub oder überhaupt nicht und beherrschen kaum die Sprache des Landes, in das sie ausgewiesen werden.

Die Ausweisung von ausländischen Strafgefangenen bedeutet eine unzumutbare und gegenüber deutschen Straftätern ungerechte Doppelbestrafung.

Wir fordern daher:

- **Ausländische Gefangene, die ihren Lebensmittelpunkt in unserem Land haben, sind gegen ihren Willen nicht auszuweisen oder abzuschieben. Dies muß bereits zu Beginn der Strafhaft festgestellt werden, damit sie - ebenso wie deutsche Gefangene - Resozialisierungsmaßnahmen und Vollzugslockerungen in Anspruch nehmen können.**
- **Jugendliche und heranwachsende ausländische Gefangene, die in unserem Land aufgewachsen sind, sind grundsätzlich nicht auszuweisen oder abzuschieben. Sie sind genauso wie ihre deutschen Altersgenossen zu behandeln.**
- **Der vom Grundgesetz garantierte Schutz von Ehe und Familie ist bei ausländischen Gefangenen den ausländerrechtlichen Interessen vorzuordnen.
Der Kontakt zu den Angehörigen ist zu fördern.**

3. Zur Situation von Frauen, die von Abschiebung bedroht sind

Es gibt wesentlich weniger Frauen als Männer in Gefängnissen und Abschiebeeinrichtungen, doch bestehen für sie zusätzliche frauenspezifische Probleme und Gefährdungen. Diesen muß Rechnung getragen werden.

Wir fordern daher:

- **Die Angst von Frauen vor Übergriffen auf ihre sexuelle Identität muß ernstgenommen und als Asylgrund anerkannt werden.**
- **Für Frauen, die durch Schlepperbanden nach Deutschland geholt und zur illegalen Prostitution gezwungen werden, muß ein besonderer Opferschutz entwickelt werden, da sie in ihrem Land häufig als vogelfrei gelten. Diese Frauen müssen auf ihren Antrag hin ein Bleiberecht in Deutschland erhalten.**

Literaturempfehlung zum Thema dieses Heftes:

Die Charaktermauer:

Zur Psychoanalyse des Gesellschaftscharakters in Ostdeutschland und Westdeutschland.

Hrsg. Internationale Erich-Fromm-Gesellschaft

Sammlung Vandenhoeck 1995, 290 S., 29,00 DM, ISBN: 3-525-01429-5

Zum Bezug durch die Geschäftsstelle bieten wir an:

(Preise zuzüglich Porto und Verpackung)

Seelsorger eingeschlossen.

Ein Lese- und Arbeitsbuch zur kirchlichen Arbeit im Gefängnis

Hrsg. Peter Rassow in Zusammenarbeit mit Herbert Koch, Walter Punke, Otto Schäfer, Fritz Sperle und Heinz-Dietrich Stark, Stuttgart 1987. Sonderpreis: 9,00 DM

Reader GefängnisSeelsorge

Hrsg. Manfred Lösch im Selbstverlag der Konferenz

- Heft 1/94: Aktuelle Texte zur Konzeption von Gefängnisseelsorge (2,50 DM)
- Heft 2/94: Seelsorgerliche Verschwiegenheit (3,00 DM)
- Heft 3/94: Als Mann und Frau, Seelsorgerin und Seelsorger im Gefängnis (3,00 DM)
- Heft 4/95: Gefängnisseelsorge - Anpassung oder Verweigerung, Partizipation oder Dissidenz (5,00 DM)
- Heft 5/95: Auf dem Weg der Solidarität.
Zeitgeschichtliche Beiträge zur Gefängnisseelsorge (5,00 DM)
- Heft 6/96: Blick' (nicht) zurück im Zorn. Gefängnisseelsorge im Prozeß des
Zusammenwachsens von Ost und West (8,00 DM)